



Werner Schmidt:

Positive Entwicklung der BayernLB

Wie der Vorstandsvorsitzende bei einer Pressekonferenz in München mitteilte, stieg das Betriebsergebnis im ersten Halbjahr um 3,2 Prozent.

Seite 6



Dr. Gerhard Sabathil:

Warum Kommunen für Europa wichtig sind

Bei der Vermittlung von europäischen Inhalten kommt den Städten und Gemeinden nach Aussage des EU-Botschafters eine bedeutsame Rolle zu.

Seite 3



Dr. Peter Biebl:

Trauer um Neu-Ulms früheren Rathauschef

Der im Alter von 69 Jahren Verstorbene stellte von 1977 bis 1995 historische Weichen für die weitere Entwicklung seiner Heimatstadt.

Seite 14

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 7. September 2006

57. Jahrgang / Nummer 17

Bayerischer Gemeindetag und DStGB:

Vorsichtige Hoffnung

Gemeinsame Pressekonferenz in München zur Finanz- und Förderpolitik

Der Appell war deutlich: „Die Städte und Gemeinden sind offen für niedrigere nominale Steuersätze im Zuge einer Unternehmenssteuerreform. Es muss allerdings gewährleistet sein, dass die Leistungsfähigkeit der Kommunen auch nach einer solchen Reform erhalten und ihre Investitionskraft endlich gestärkt wird“, erklärten der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, und der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Dr. Gerd Landsberg, bei einer gemeinsamen Pressekonferenz in München.

„Wir sehen den politischen Handlungsdruck, der sich aus den im internationalen Vergleich hohen nominalen Unternehmenssteuern ergibt, auch wenn die meisten Unternehmen diese nominalen Steuersätze überhaupt nicht zahlen“, so die Verbandsvertreter weiter. Angesichts der dramatischen Finanzsituation der Kommunen gebe es jedoch keinen weiteren Spielraum für die Entlastung der Wirtschaft.

Laut Brandl und Landsberg haben sich die Gewerbesteuer-einnahmen der Kommunen er-

steigen. Dynamisch entwickeln sich bedauerlicherweise die Ausgaben der Kommunen für soziale Leistungen. Lagen sie 2005 bei 35,5 Mrd. Euro, so werden sie voraussichtlich 2006 - trotz der Entlastung bei Hartz IV - auf 39,4 Mrd. Euro gewachsen sein. Für eine Entwarnung bei den kommunalen Finanzen gebe es also keinen Anlass.

Baustein Gewerbesteuer

Als „unverzichtbar für die Städte und Gemeinden“ bezeich-

neten Brandl und Landsberg die Gewerbesteuer. „Die Behauptung, sie sei ein zentraler negativer Standortfaktor, ist falsch. Sie ist nur ein Baustein im Rahmen unternehmerischer Entscheidungen. Viel wichtiger sind eine gut ausgebaute Infrastruktur und ein positives Lebensumfeld für die Mitarbeiter der Unternehmen. Deswegen brauchen wir eine Verstärkung kommunaler Investitionen für die Infrastruktur, um diesen wichtigen Standortvorteil für Unternehmen zu erhalten und auszubauen“ sagte Brandl.

Trügerischer Überschuss

Vor diesem Hintergrund wies er darauf hin, dass der leichte Überschuss der bayerischen Gemeinden im vergangenen Jahr „trügerisch“ sei. Entspanntes Zurücklehnen wäre völlig fehl am Platze, allenfalls seien vorsichtiger Optimismus und ein leichtes Durchatmen angezeigt. Eine große Zahl von Gemeinden, Märkten und Städten verzeichne keine oder nur eine geringere Verbesserung auf der Einnahmeseite. 790 Gemeinden in Bayern seien 2005 nicht in der Lage gewesen, die vorgeschriebene Mindestzuführung vom Verwaltungszum Vermögenshaushalt zu erwirtschaften. Dies zeige, wie dramatisch die Finanzsituation in vielen Gemeinden sei.

(Fortsetzung S. 4)



Noch bis in den Spätherbst werden die Hochalmen im Landkreis Traunstein von ALG II-Empfängern gepflegt. Landrat Hermann Steinmaßl (3. v. l.) erreicht damit gleich drei Ziele auf einmal: Flora und Fauna werden geschützt, die Hochalmen als touristische Anziehungspunkte erhalten und Menschen, die in die Langzeitarbeitslosigkeit geraten sind, ein festes Lebensgefüge vermittelt.

Startschuss für neues CSU-Grundsatzprogramm:

Klare Werte, klarer Kurs

Auf dem Kongress der Grundsatzkommission in München gab die CSU den Startschuss für eine breite innerparteiliche Diskussion zu ihrem neuen Grundsatzprogramm. CSU-Chef Edmund Stoiber appellierte an alle Mitglieder, sich intensiv zu beteiligen: „Die Menschen vertrauen auf uns. Wir vertrauen auf die Menschen in Bayern. Dafür soll unser Grundsatzprogramm der Wegweiser sein. Gemeinsam für die Zukunft - stark und sozial!“

Der Parteivorsitzende nannte drei „Schlüssel zur Zukunft“ für die Identität der CSU als Volkspartei im 21. Jahrhundert:

- Eine vitale und soziale Gesellschaft brauche aktive Bürger. Die CSU will bürgerschaftliches Engagement unterstützen und private Initiative fördern. Sie will die Mitsprache und Mitentscheidung der Bürger ausbauen - gerade auch vor Ort in den Kommunen. Hier werde aktiver Bürgergeist gelebt.
- Solidarität mit den Schwachen benötige die Leistung der Starken. Deshalb erziehen bayerische Schulen zu Werten und Leistungsbereitschaft, zu Disziplin und Selbstbeherrschung. Deshalb will die CSU Missbrauch bei Hartz IV konsequent stoppen.
- Solidarität brauche Heimat und Identität. Jede soziale Gesellschaft lebt von Werten, die über das Hier und Heute hinausweisen, von Verantwortung für die kommenden Generationen, Liebe zur Heimat, Patriotismus für das Land. Diese Werte seien das Band zwischen den Menschen in Bayern.

Im Vordergrund soll Glück zufolge dabei das Leitbild der solidarischen Leistungsgesellschaft stehen. Statt der bisher vorherrschenden Idee der Verteilungsgerechtigkeit gehe es der CSU um Chancengerechtigkeit.

Sozialstaat neu gestalten

„Wir müssen den Sozialstaat neu gestalten“, forderte Glück. „Was der einzelne zumutbar selbst leisten kann, muss er selbst leisten. Aber wir wollen ebenso klar sagen: Wir lassen die Schwächeren nicht im Stich. Wer überfordert ist, muss Anspruch haben auf verlässliche Hilfe.“

An Glücks Bericht schloss sich eine Podiumsdiskussion zu aktuellen Herausforderungen christlich-sozialer Politik an. Teilnehmer waren Prof. Dr. Elke Mack vom Lehrstuhl für christliche Sozialwissenschaft der Universität Erfurt, Staatsminister a. D. Prof. Dr. Hans Maier vom Lehrstuhl für Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie der Universität München, der Präsident der Vereinigung der Bayeri-

schen Wirtschaft Randolph Rodenstock, der Vorsitzende der CSU-Grundsatzkommission, Landtagspräsident Alois Glück sowie CSU-Generalsekretär Dr. Markus Söder. Die Moderation hatte Georg Fahrenschon, stellvertretender Vorsitzender der CSU-Grundsatzkommission, übernommen. **DK**



So richtig wohl fühlt man sich als deutscher Sprachanwender trotz einem Monat neuester Rechtschreibung denn doch nicht, meint die Vorzimmerperle. Hätte nicht - 17 Jahre nach den „Wir sind das Volk“-Rufen - die Masse der Sprachanwender die Macht, selbst zu definieren, was falsch oder was richtig ist? **Seite 15**



Dr. Jürgen Busse, Dr. Uwe Brandl und Dr. Gerd Landsberg.

freulich entwickelt und werden sich 2006 bundesweit auf 28,1 Mrd. Euro netto erhöhen. Weniger gut sieht es dagegen mit dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer aus, der auf niedrigem Niveau bei ca. 20,8 Mrd. Euro verharrt. Auch die Kassenkredite explodieren weiter und werden bundesweit im Jahre 2006 auf über 26 Mrd. Euro an-

Theo Zellner zum Demographieproblem:

Der Ländliche Raum darf nicht abgeschrieben werden!

Besorgt äußerte sich der Präsident des Bayerischen Landkreistags, der Chamer Landrat Theo Zellner, über die demographische Entwicklung in Deutschland: „Insbesondere die ländlichen, strukturschwachen Regionen sind von der negativen demographischen Entwicklung betroffen. Der Wegzug der Bevölkerung aus den ländlichen Gebieten bedeutet nicht nur entleerte Dörfer, sondern auch Verlust der Steuerkraft und das Wegbrechen kommunaler Einnahmen.“ Zellner sprach sich deshalb für eine besondere Förderung des ländlichen Raums aus, um gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilräumen zu erhalten bzw. herzustellen: „Fördermittel dürfen nicht auf die Metropolregionen in den städtischen Ballungsgebieten begrenzt bleiben. Die Starken sind schon stark genug. Die Regionalförderung muss auch und gerade entlegene Gebiete erreichen. So könnten dauerhafte Standortnachteile ausgeglichen und Arbeitsplätze im gesamten Land geschaffen und erhalten werden. Keinesfalls darf der Gesetzgeber durch die Festlegung von Rahmenbedingungen zur Entvölkerung der Fläche beitragen. Das würde diesen Gebieten den Todesstoß versetzen.“ Insbesondere die Landkreise als Träger von Schulen, Kindergärten oder des ÖPNV würden durch sinkende Einwohnerzahlen vor große Herausforderungen gestellt. „Mit den sinkenden Einwohnerzahlen werden grundlegende Auslastungsprobleme auftreten. Was wir brauchen sind neue Strategien und Standards, um Menschen in peripheren Gebieten nicht von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge abzuschneiden. In Zukunft müssen die Aufgabenlasten der Kommunen und damit deren individuelle Bedürfnisse stärker als bisher Beachtung finden.“

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bayern stärkt ehrenamtliches Engagement	Seite 2
Umweltschutz im Alpha-Forum City	2
Kieslinger erneuert ARGE GL-Vorsitzender	2
GZ-Kolumne Hanns Dorfner: Handlungsbedarf beim kommunalen Finanzausgleich	3
Vorbeugung gegen Sucht und Gewalt im Kindergarten	4
GZ-Fachthemen: Kommunalfinanzen	5 - 7
GalLaBau · Kommunalfahrzeuge	8 - 11
Verkehrswesen · ÖPNV	12
Abfall · Recycling	13/14
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Grünes Licht für Landesversicherung gegen Unfall- und Haftpflichtrisiken:

Bayern stärkt ehrenamtliches Engagement

Stewens: „Wer sich für den sozialen Zusammenhalt engagiert, soll geschützt werden“

Die Staatsregierung hat eine wichtige Entscheidung für die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements in Bayern getroffen. Der Ministerrat gab grünes Licht für den Abschluss einer Landesversicherung, mit der ehrenamtlich engagierte Bürger gegen Unfall- und Haftpflichtrisiken abgesichert werden sollen. Sozialministerin Christa Stewens: „Die Staatsregierung ist der verlässliche Partner der ehrenamtlich engagierten Bürger in Bayern. Mit der neuen Ehrenamtsversicherung geben wir ein klares Signal der Anerkennung und der aktiven Unterstützung für das bürgerschaftliche Engagement. Wer sich bei uns ehrenamtlich engagiert und einen wichtigen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt leistet, soll künftig einen umfassenden Versicherungsschutz haben.“

Die Sorge vor den im Schadensfall drohenden finanziellen Folgen ist nach den Worten der Ministerin oftmals ein wesentliches Hemmnis für bürgerschaftliches Engagement. Es sei eine große Chance, dass 30 Prozent der noch nicht ehrenamtlich tätigen bayerischen Bürgerinnen und Bürger Bereitschaft zum Engagement signalisieren. Stewens: „Wir wollen diesen Menschen Sicherheit geben. Unser Ziel ist es, das große Potential freiwilliger Helfer in Bayern voll auszuschöpfen und das gute soziale Klima in unserem Land weiter zu stärken.“

Sammelverträge

Die Ministerin wies darauf hin, dass das bürgerschaftliche Engagement künftig weiter an Bedeutung gewinnen wird. Stewens: „Viele Bereiche des Gemeinschaftslebens sind ohne diesen freiwilligen und unbezahlten Einsatz bereits heute kaum mehr vorstellbar. Diese Entwicklung wollen wir mit unserer Ehrenamtsversicherung aktiv unterstützen.“ Stewens kündigte an, den Ministerratsbeschluss für eine Landesversicherung ehrenamtlicher Helfer zügig umzusetzen. Stewens: „Mit dem Kabinettsbeschluss können wir umgehend die Realisierung der Ehrenamtsversicherung in Angriff nehmen.“ Im Rahmen der geplanten Landesversicherung schließt der Freistaat für die ehrenamtlich engagierten Bürger in Bayern Sammelverträge mit einem Versicherungsunternehmen ab und übernimmt dafür auch die Versicherungsbeiträge.

Rund 3,8 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Bayern sind

ehrenamtlich aktiv, das sind 37 Prozent der bayerischen Bevölkerung. Die ehrenamtliche Tätigkeit für andere ist oftmals mit Unfallgefahren und Haftpflichtrisiken verbunden. Zwar ist bereits ein Teil der bürgerschaftlich Engagierten über bestehende Versicherungen geschützt. Dennoch gibt es Bereiche, die noch nicht ausreichend abgesichert sind. Nach Schätzungen von Experten verfügen im Haftpflichtbereich derzeit rund 450.000 und im Unfallbereich rund 1,5 Millionen der ehrenamtlich Tätigen über keinen ausreichenden Versicherungsschutz.

Zellner warnt vor kurzfristiger Bundeshaushaltssperre

Zahlungsunfähige ARGEN sind handlungsunfähig

Nach einer Umfrage des Bayerischen Landkreistags haben viele Arbeitsgemeinschaften im Freistaat Bayern schon seit August keine Mittel mehr für die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt haben. Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, reagiert verärgert auf diese Ergebnisse: „Hier handelt es sich um einen handfesten Skandal!“

Die Haushaltssperre des Bundestags, die zur Stärkung des Bundeshaushalts die ohnehin schon knappen Eingliederungsmittel nochmals kürzt, verdammt zahlreiche Arbeitsgemeinschaften zur Untätigkeit. Die Recherche des Landkreistags hatte ergeben, dass wegen der Haushaltssperre in 23 Fällen weniger als 5% der ursprünglich vom Bund veranschlagten Mittel im Eingliederungsbudget - aus dem Vermittlungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose finanziert werden - zur Verfügung stehen. In weiteren 10 Fällen sind nur noch 10% der ursprünglichen Mittel vorhanden. Damit sind von den 68 Arbeitsgemeinschaften und den beiden optierenden Landkreisen annähernd die Hälfte demnächst nicht mehr zahlungsfähig.

Falscher Sparansatz

„Wie sollen diese Arbeitsgemeinschaften und optierenden Träger die Langzeitarbeitslosen für den ersten Arbeitsmarkt fit machen, wenn sie dafür schon im Sommer keine Geldmittel mehr haben?“ fragt Zellner. Wei-

ter führte der Landrat von Cham aus: „Der Bund macht es sich mit der kurzfristigen Umschichtung der Mittel zur Entlastung des Bundeshaushalts zu einfach. Nur wenn Langzeitarbeitslose vermittelt werden, kann beim Arbeitslosengeld II gespart werden. Dieser falsche Sparansatz beim Eingliederungsbudget führt den Grundsatz des Förderens und Forderns bei Hartz IV ad absurdum!“

Völlig unzureichende Finanzausstattung

Die völlig unzureichende Finanzausstattung der Arbeitsgemeinschaften und der optierenden Träger des SGB II durch den Bund ist die Ursache der Misere. Zellner ist der Auffassung, dass die für die Betreuung von Langzeitarbeitslosen zuständigen Stellen aufgrund der rasanten Fallzahlsteigerungen im Bereich von Hartz IV nicht nur viel zu wenig Eingliederungsmittel, sondern vor allem auch zu wenig Geld zur Finanzierung ihrer Verwaltungsaufgaben haben: „Der Bund ist bei der Reform von völlig falschen Zahlen ausgegangen. Uns laufen die Fallzahlen davon, wir haben zu wenig Geld im Eingliederungstitel und gleichzeitig hat uns der Bund Anfang 2006 auch noch zu wenig Geld für das Verwaltungsbudget zugewiesen. Es blieb uns daher nichts anderes übrig, als seit geraumer Zeit aus dem Eingliederungstitel Mittel abzuzweigen, um unsere Personal- und Sachkosten finanzieren zu können. Ich warne den Bund schon jetzt davor, uns das als Fehler vorzuhalten.“



„Umweltschutz in Eigenregie - Wie Kommunen Geld sparen“ lautete das Gesprächsthema, das BR-alpha am vergangenen Dienstag ausstrahlte. Unter der Leitung von Karl Jörg Wohlhüter (Bildmitte) diskutierten (v. l.): Reinhard Heinrich, 1. Bürgermeister von Reichertshausen, GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel, Moderator Wohlhüter, Alfons Sittinger, 1. Bürgermeister Markt Arnstorf und Richard Mergner, Landesbeauftragter Bund Naturschutz.

Umweltschutz im Alpha-Forum City:

Wie Kommunen Geld sparen

Die Energiekosten schnellen in die Höhe, und das bedeutet auch für die öffentlichen Kassen eine enorme Belastung. Dabei könnten Kommunen oft mit ganz einfachen Mitteln viel Geld sparen und zugleich die Umwelt schonen.

„Umweltschutz in Eigenregie“ lautete die These, die Karl Jörg Wohlhüter in BR-alpha am Dienstag mit den Bürgermeistern Reinhard Heinrich aus Reichertshausen und Alfons Sittinger aus dem Markt Arnstorf sowie dem Landesbeauftragten des Bundes Naturschutz, Richard Mergner und GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel diskutierte.

E.ON Bayern Umweltpreis

Die besprochenen Beispiele waren der Preisträgerliste des E.ON Bayern Umweltpreises entnommen. Bekanntlich hatten sich etwa 300 Bewerber vor allem aus bayerischen Kommunen um die hoch dotierten Auszeichnungen bemüht (vgl. Sonderdruck in der Bayerischen Gemeindezeitung Nr. 15/16).

Bürgermeister Alfons Sittinger berichtete über den Markt

Arnstorf (Lkr. Rottal-Inn). Hier wurden früher 23.000 Kubikmeter Trinkwasser pro Jahr benötigt, um im Klärwerk die Rechen und Becken zu säubern. Inzwischen wird mit einer Brauchwasserreinigungsanlage Wasser aus dem Klärwerk so aufbereitet, dass es für diesen Zweck verwendet werden kann. Rund 27.000 Euro spart die Kommune damit pro Jahr - und wertvolles Trinkwasser dazu.

Die Gemeinde Reichertshausen (Lkr. Pfaffenhofen) heizt ihr Schulhaus nicht mehr mit Öl, sondern mit Hilfe „oberflächen-naher Geothermie“. Seit der Preisverleihung und der Veröffentlichung in der Gemeindezeitung steht bei Bürgermeister Reinhard Heinrich das Telefon nicht mehr still und ständig ist er unterwegs um dieses zukunftsweisende und kostengünstige Konzept in anderen Kom-

munen zu erläutern. Verschiedene Bürgermeisterkollegen haben sich inzwischen gemeinsam mit ihren Gemeinderäten und Sponsoren in Reichertshausen angesagt, um die Realisierbarkeit der umweltschonenden Technologie in Augenschein zu nehmen.

Mäzene helfen

Anne-Marie von Hassel berichtete über ein vermögendes Ehepaar, das sich nach der GZ-Lektüre bereit erklärt hat, ein Seniorenzentrum im eigenen Wohnort außergewöhnlich großzügig zu unterstützen - vorausgesetzt der Gemeinde gelingt es, in dem Gebäude Ökonomie und Ökologie sinnvoll in Einklang zu bringen.

Beim Bund Naturschutz, der sich nicht nur auf freiwilliges Engagement verlassen will, wünscht man sich viele Nachahmer. Richard Mergner forderte, dass endlich der „Energiepass“ für Gebäude eingeführt wird.

Arbeitsgemeinschaft der Geschäftsstellenleiter von Kommunen in Bayern:

Reinhold Kieslinger wiedergewählt

Bald nach der Gebietsreform im Jahr 1978 haben sich die Geschäftsstellenleiter von Verwaltungsgemeinschaften und Einheitsgemeinden in Bayern zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Mittlerweile hat die „ARGE GL in Bayern e.V.“ 360 Mitglieder. In jeweils drei Regionaltagungen (Nord-, Süd- und Ostbayern) im Frühjahr und Herbst jedes Jahres vermittelt die Arbeitsgemeinschaft Informationen über aktuelle Trends und Entwicklungen sowohl für die Tagesarbeit im kommunalen Bereich wie auch bei mittel- und längerfristigen Änderungen jeweils mit hochkarätigen Referenten aus Ministerien, Bayerischem Gemeindetag, Regierungen und Landratsämtern. Die Mitglieder können Umfrageergebnisse, Satzungsmuster, Personalbestand, Umlagen, Geschäftsverteilungspläne, Dienstleistungen und andere Informationen über das Internet abfragen und eigene Umfragen über das ARGE-Büro an alle Mitglieder starten.

Zur Mitgliederversammlung mit Neuwahl von Vorstand und Beirat hatte die Arbeitsgemeinschaft nach Elsendorf eingeladen. Dabei wurde Reinhold Kieslinger, Geschäftsstellenleiter der Gemeinde Rimbach, in seinem Amt als 1. Vorsitzender bestätigt.

Kieslinger vertrat von 1986

bis 1998 die Oberpfalz als Beisitzer im Beirat der ARGE. 1998 wurde er stellvertretender Vorsitzender und bei der Neuwahl 2002 als Nachfolger von Rainer Waschke, dem jetzigen Geschäftsführer, Vorsitzender.

Zur diesjährigen Neuwahl waren die Posten eines Stellvertre-

ters, zweier Beiräte und eines Rechnungsprüfers neu zu besetzen, weil der stellvertretende Vorsitzende Hubert Storath, Beirat Rolf Pfeilschifter und Rechnungsprüfer Norbert Keppeler in den wohlverdienten Ruhestand gehen.

Der neue Beirat setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Reinhold Kieslinger, Gemeinde Rimbach, Landkreis Cham, Stellvertretende Vorsitzende Maria Waldhäuser, Gemeinde Schonungen, Landkreis Schweinfurt und Max Pänzinger, Gemeinde Andechs, Landkreis Starnberg, Schatzmeister Heinz Schatto und Geschäftsführer Rainer Waschke.

Die Regierungsbezirke werden im Beirat wie folgt vertreten: Oberpfalz: Alois Weiß, Willmering; Niederbayern: Georg Freisinger, Bischofsmais; Oberbayern: Christa Heintel, Wörthsee; Oberfranken: Manfred Lang, Hallstadt; Unterfranken: Klaus Hahn, Bastheim; Mittelfranken: Otto Tröppner, Höchststadt an der Aisch; Schwaben: Hans-Georg Storbeck, Altenstadt an der Iller. Als Rechnungsprüfer wurden gewählt Thomas Bihler, Thannhausen und Fritz Wölflle, Dirlwang.

Der alte und neue Vorsitzende, Reinhold Kieslinger, verabschiedete die ausgeschiedenen Mitglieder des Vorstandes, des Beirates und aus der Rechnungsprüfung. Er bedankte sich bei den Mitgliedern für das ausgesprochene Vertrauen und will neben der bisherigen Arbeit der ARGE und der Durchführung der Fachtagungen die Arbeit in den Landkreisen weiter intensivieren wo- zu für jeden Landkreis ein Landkreisbeauftragter der ARGE berufen werden soll. Ganz wichtig ist für Kieslinger die weitere enge Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Gemeindetag.

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Wurm
94336 Windberg
am 21.9.

Bürgermeister
Johann Penninger
94148 Kirchham
am 23.9.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Adolf Buck
89347 Bubesheim
am 14.9.

Bürgermeister Jakob Bitscher
86565 Gachenbach
am 20.9.

Bürgermeister Johann Buchner
82409 Wildsteig
am 21.9.

Bürgermeister Karl Steidele
87742 Apfeltrach
am 23.9.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Helmut Schuster
86465 Heretsried
am 12.9.

Bürgermeister Herbert Knur
85459 Berglern
am 15.9.

Bürgermeister Bernhard Gerauer
84181 Neufraunhofen
am 19.9.

Bürgermeister Anton Hartl
86505 Münsterhausen
am 22.9.

Bürgermeister Franz Lehner
94081 Fürstenzell
am 24.9.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Helmut Krämer
91332 Heiligenstadt
am 13.9.

Oberbürgermeister
Andreas Starke
96047 Bamberg
am 17.9.

Bürgermeister Benno Graf
83339 Chieming
am 19.9.

Bürgermeister Werner Pfeifer
95191 Leupoldsgrün
am 19.9.

Bürgermeisterin
Eva-Maria Linsenbreder
97271 Kleinrinderfeld
am 21.9.

Bürgermeister Walter Berninger
63785 Obernburg
am 21.9.

Bürgermeister
Michael Berninger
63906 Erlenbach
am 22.9.

Bürgermeister Josef Neuner
82392 Habach
am 24.9.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Roith
94577 Winzer
am 23.9.



Der Beirat der „ARGE GL in Bayern e.V.“ (v. l. vordere Reihe): Heinz Schatto, Schatzmeister; Rolf-Dieter Pfeilschifter, ehem. BR Niederbayern; Rainer Waschke, Geschäftsführer; Reinhold Kieslinger, Vorsitzender; Hans-Georg Storbeck, BR Schwaben; Christa Heintel, BR Oberbayern; (v. l. hintere Reihe): Manfred Lang, BR Oberfranken; Max Pänzinger, Stellv. Vorsitzender; Maria Waldhäuser, Stellv. Vorsitzende; Alois Weiß, BR Oberpfalz; Thomas Bihler, Rechnungsprüfer; Fritz Wölflle, Rechnungsprüfer; Norbert Keppeler, ehem. Rechnungsprüfer und Referent Wilfried Schober, Bayerischer Gemeindetag.

Warum Kommunen für Europa wichtig sind

Von Dr. Gerhard Sabathil

Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland

Kommunalpolitik und Europapolitik sind direkt miteinander verwoben. Europas Städte, Gemeinden und Landkreise sind für die Europäische Kommission außerordentlich wichtig. Sie sind in Deutschland neben der EU, dem Bund und den Ländern die vierte Verwaltungsebene und bilden damit eine unmittelbare Brücke zu den europäischen Bürgerinnen und Bürgern. Deutsche Kommunen sind europäisch aktiv und betroffen zugleich. Wer, wenn nicht die Kommunen, kann dafür sorgen, dass Europa auch wirklich dort ankommt, wo es sich im täglichen Leben der Bürger und Unternehmen abspielt? Es sind die Städte, Gemeinden und Landkreise, die den direkten Zugang zu Bürgern und Unternehmen vor Ort haben und als Scharnier zwischen der EU und den Bürgern wirken.

Brüssel beeinflusst viele kommunalpolitische Fragen - zwei von drei europäischen Gesetzen greifen direkt in das Leben vor Ort ein. Über 60 Prozent aller kommunalrelevanten Gesetze und Verordnungen entstehen heute auf EU-Ebene: Sei es im Bereich der Energie- und Umweltpolitik, der Abfall- und Abwasserentsorgung, bei der kommunalen Daseinsvorsorge, den Strukturfonds oder einheitlichen Regeln bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Besonders im Bereich Umweltschutz, Lebensmittelkontrolle und Veterinärrecht wird deutlich, dass EU-Entscheidungen nur greifen, wenn auf kommunaler Ebene die entsprechende Umsetzung erfolgt. In der Regel treffen europäische Gesetze nicht unmittelbar kommunale Gebietskörperschaften. Vielmehr erfolgt die europäische Rechtssetzung mittels Richtlinien, die den nationalen Gesetzgeber zur Umsetzung in innerstaatliches Recht verpflichtet.

Dienstleister im Interesse des Gemeinwohls

Das Europa der Kommunen steht im Spannungsfeld zwi-

nenmarkt. Er fördert die regionale Wettbewerbsfähigkeit der Kommunen und ermöglicht gezielte Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation.



Dr. Gerhard Sabathil.

Schätzungen der EU-Kommission zu Folge hat der Binnenmarkt seit 1993 2,5 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen und einen zusätzlichen Wohlstand von über 800 Milliarden

Partner stärker als bislang mit der Umsetzung der Strukturförderprogramme durch die Mitgliedstaaten zu betrauen. Die Regionalpolitik der Europäischen Union basiert auf dem Prinzip der finanziellen Solidarität. Ein Teil der Beiträge der Mitgliedstaaten zum Gemeinschaftshaushalt wird an benachteiligte Regionen und soziale Gruppen im Rahmen von europäischen Struktur- und Kohäsionsfonds umverteilt. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Erweiterung der EU nach Osten. Hier sind Kommunen als Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ganz besonders gefordert. Je unwichtiger Grenzen in Europa werden, desto wichtiger werden die Grenzregionen und ihre Zusammenarbeit. Mit Blick auf die Globalisierung haben die Europäerinnen und Europäer keineswegs exakt die gleichen Chancen. Diese hängen stark davon ab, ob sie in einer florierenden oder einer benachteiligten Region, in einem dynamischen oder einem krisenbetroffenen Gebiet, auf dem Lande oder in der Stadt, an der Peripherie der Union oder einem der zentralen Wirtschaftsstandort leben.

Lissabon-Strategie

Der europäischen Kommunalpolitik wird damit eine neue Dimension zuteil: Das Hauptziel der Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung ist es, die Europäische Union zu einer der wettbewerbsfähigsten Wirtschaftszonen der Welt zu machen. Der Ausgangspunkt für dieses ehrgeizige Ziel sind die Kommunen und Unternehmen vor Ort. Die Beschäftigungsmöglichkeiten, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die Investitionen in innovative Technologien der E-Ökonomie hängen von den Wirtschaftsakteuren und den nationalen, regionalen und lokalen Behörden ab. Auch die Modernisierung von Politik und Verwaltung etwa durch elektronische Behördendienste, „eGovernment“, trägt vor Ort dazu bei, dass Bürokratie abgebaut, Investitionen in zukunftsweisende Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) ausgeweitet, Telekommunikationsnetze ausgebaut und Formen der aktiven Politikgestaltung für die Zukunft fit gemacht werden. „Global denken - lokal handeln“, damit kommt den Städten und Gemeinden nicht zuletzt eine Schlüsselrolle für nachhaltige Entwicklung auch im Bereich des Umwelt- und Klimaschutz zu.

Plan D - mehr Demokratie, Dialog und Diskussion

Und schließlich kommt den Kommunen bei der Vermittlung von europäischen Inhalten eine große Rolle zu. Im Laufe der letzten 20 Jahre ist die Europäische Union umgestaltet worden. Sie hat eine ganze Reihe von Aufgaben übernommen, die sich auf vielfältige Weise auf das Leben der Bürger vor Ort auswirken. Die Kommunikation der EU mit den Bürgern und die Vermittlung von europäischen Politikhalten hat mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten können. Die EU-Kommission hat im Oktober 2005 einen „Plan D“ für mehr Demokratie, Dialog und Diskussion auf den Weg gebracht, mit dem die Bürger in eine weitreichende Diskussion darüber eingebunden werden: Wofür steht die EU, wohin be-

Sommer Sonne
Strand und Meer!

Das passende Reise-Schnäppchen finden Sie unter

www.1a-preisvergleichreisen.de

schen europäischem Binnenmarkt und Wettbewerbsvorschriften einerseits und den Strukturen der kommunalen Daseinsvorsorge in Deutschland andererseits. Städte und Gemeinden sind Dienstleister im Interesse des Gemeinwohls und decken die Grundbedürfnisse der Zivilgesellschaft ab.

Profitieren vom gemeinsamen Binnenmarkt

Gleichzeitig kommt ihnen eine wichtige Rolle bei Europas Wettbewerbsfähigkeit zu. Städte und Gemeinden in Deutschland, aber auch in den anderen europäischen Staaten, äußern ihre Sorge, dass durch die Maßnahmen der Europäischen Kommission, bestärkt durch wegweisende Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes etwa im „Altmark Trans“ Urteil zu Beihilfekontrollen im öffentlichen Personennahverkehr, die kommunale Daseinsvorsorge als unverzichtbarer Teil der gemeindlichen Selbstverwaltungsgarantie ausgehöhlt und beeinträchtigt werden könnte. Dessen ungeachtet profitieren Europas Kommunen von dem gemeinsamen Bin-

nenmarkt. Euro erzeugt. Umso mehr gilt es, die Interessen, Bedürfnisse und Forderungen der Städte und Gemeinden in Europa ernst zu nehmen und sie bereits am Anfang des europäischen Entscheidungsprozesses einzubeziehen.

EU-Fördermittel

Die EU-Kommission unterstützt Kommunen und Regionen aktiv durch die Vergabe von EU-Fördermitteln. Doch haben Kommunen oft Probleme, die EU Gelder direkt in Brüssel zu akquirieren, da sie sich in Zeiten der Finanzknappheit auf ihre Regelaufgaben konzentrieren müssen. Deshalb ist es wichtig, dass auf Bundesebene die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden und dass die Kommunen auch bei der Vergabe der Strukturmittel mitentscheiden können. Bislang sind sie oftmals nur das letzte Glied in der Kette. EU-Regionalkommissarin Danuta Hübner hat jüngst ein integriertes Strategiepapier zum Thema städtische Entwicklung vorgelegt. Im Zeitraum von 2007-2013 sind dafür 34 Prozent der Mittel vorgesehen. Die EU-Kommission spricht sich dafür aus, lokale

GZ

Kolumne
Hanns Dorfner

Liebe Leser

Das jährliche Spitzengespräch zum kommunalen Finanzausgleich hat für die gesamte kommunale Familie ein erfreulich gutes Ergebnis gebracht, das den erhofften Zielen sehr nahe kommt. Verständlicherweise mussten strukturelle Fragen des Finanzausgleichs dabei ausgespart werden. Gleichwohl sollte sich die neu eingerichtete staatlich-kommunale „Arbeitsgruppe Schlüsselzuweisungen“ mit Nachdruck den ländlichen Raum so wesentlichen Problemen der Bestimmung des kommunalen Finanzbedarfs einerseits und der Erfas-



recht und bedarf daher dringend einer zumindest schrittweisen Veränderung des derzeitigen Hauptansatzes. Diese Einwohnerpreisung hat in ihrer derzeitigen Form keine Rechtfertigung mehr.

Ein nicht minder ungerechter Aspekt innerhalb des Systems der Schlüsselzuweisungen ist in den Nivellierungshebesätzen des FAG zu sehen. Weil hier bekanntlich bei der Berechnung der Steuerkraft nicht die tatsächlichen Realsteuerhebesätze und damit nicht die echten Steuereinnahmen berücksichtigt werden, sondern von landesweit fiktiven Sätzen ausgegangen wird, fließen bei gewerbesteuerstarken Gemeinden in Wachstumsregionen große Teile der Steuerkraft überhaupt nicht in den Finanzausgleich ein. Damit werden die Steuereinnahmen insbesondere von kreisfreien Städten deutlich unterbewertet. Kreisangehörigen Gemeinden, die aufgrund ihrer Gesamtsituation keine Möglichkeit haben, ihre Realsteuersätze noch mehr anzuspannen, entstehen durch dieses ungerechte System erhebliche Nachteile. Zumindest im Bereich der Gewerbesteuer könnte meines Erachtens schon eine zweistufige Staffelung eine spürbare Verbesserung und damit ein Mehr an Gerechtigkeit in den Berechnungsmodus der Schlüsselzuweisungen bringen.

Summa summarum stellt der kommunale Finanzausgleich in Bayern in seiner derzeitigen Form eine eindeutige und nicht tragbare Benachteiligung der ländlichen Gebiete und der kleineren Kommunen dar. Auch wenn, wie immer wieder verständlicherweise beteuert wird, ein Eingriff in das komplizierte Räderwerk des Finanzausgleichs schnell zu einer Unwucht an anderer Stelle führen kann, sollte man sich im Hinblick auf das Gesetzesziel des interkommunalen Gleichbehandlungsprinzips nicht vor einer Reform der oben angesprochenen Probleme scheuen. Derzeit laufen die Räder jedenfalls deutlich ungewichtig und holprig.

Handlungsbedarf beim kommunalen Finanzausgleich

sung der kommunalen Einnahmekraft andererseits wädhnen.

Ich meine hier explizit das strittige Themenfeld „Einwohnergewichtung“ und „Landeseinheitliche Nivellierungshebesätze“. Es ist ja nichts Neues, dass dieser finanzpolitische Acker aufgrund der doch sehr unterschiedlichen Sichtweisen und Interessenslagen von Gemeinden, Städten und Landkreisen nur mühsam zu pflügen ist, von dem dann letztlich eine alle zufrieden stellende Ernte eingefahren werden sollte. So ist der Ausgangspunkt bei der Einwohnergewichtung, wonach bei einer zunehmenden Einwohnerzahl in gleichem Maße der Finanzbedarf zunimmt, doch in dieser generalisierenden Aussage längst nicht mehr zutreffend. Auch das so genannte flache Land muss seine Aufgaben umfassend erledigen und dazu gehören da und dort auch überörtliche Einrichtungen im Bereich der Schulen, Kultur und Verkehrserschließung. Insoweit über den schon beinahe diskriminierenden Begriff der „Einwohnerveredelung“ von einem proportional mit den Einwohnerzahlen steigenden Aufgabenzuwachs auszugehen, ist in höchstem Maße unge-

Hanns Dorfner

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl:

Bürokratiemonster aus Brüssel stoppen

Neue Hürden für Vergabe öffentlicher Aufträge unter EU-Schwellenwerten

Scharf kritisierte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl eine neue Veröffentlichung der EU-Kommission zur Vergabe öffentlicher Aufträge. „Brüssel schickt ein neues Bürokratie-Monster auf die Gemeinden los. Auch bei kleineren Aufträgen der Gemeinden sollen künftig aufwändige und investitions-hemmende Ausschreibungen vorgeschrieben werden. Das muss unbedingt verhindert werden!“

Brandl wies darauf hin, dass der durch die Neuregelung ein gewaltiger Bürokratieaufwand bei den Gemeinden verursacht wird - ohne ein Mehr an Wettbewerb. „Damit wird ein neues Feld für EU-rechtliche Nachprüfungsverfahren durch sich benachteiligt fühlende Bieter eröffnet und für zusätzliche Investitionsverzögerungen bei kommunalen Auftragsvergaben gesorgt. Ich fordere Bundesregierung und Staatsregierung auf,

bieten, ihre Wünsche, Ideen und Ängste zu äußern und mit kompetenten Gesprächspartnern zu diskutieren.

Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wird dies eine gute Gelegenheit sein, europäische Themen vor dem Hintergrund der lokalen Rahmenbedingungen zu erörtern und nicht zuletzt, um einen lokalen Bezug zur EU-Politik herzustellen. Wer könnte dies besser leisten als die Kommunen selbst? Sei es bei der europäischen Kohäsionspolitik oder dem Dialog über die Lissabon-Strategie. Bürger, Kommunen und Europäische Institutionen müssen bei Politikinitiativen auf EU-Ebene an einem Strang ziehen. □

ihren Einfluss in Brüssel geltend zu machen, um diese neuen Hürden zu beseitigen“ sagte Brandl.

Die EU-Kommission hat kürzlich eine so genannte „Interpretierende Mitteilung“ über Vergaben öffentlicher Aufträge, für die die Vorschriften der Richtlinien für öffentliche Aufträge nicht oder nicht vollständig gelten, veröffentlicht. Sie dehnt damit Standards für Vergabeverfahren auf kleine Ausschreibungen der Gemeinden aus. So sollen beispielsweise erweiterte Bekanntmachungs-, Fristsetzungs- und Nachprüfungspflichten auch für kleinere Ausschreibungen gelten. Damit sollen die Märkte für öffentliche Aufträge mit kleinem Volumen verstärkt einem europäischen Wettbewerb geöffnet werden.

Brandl: „Dazu hat die EU-Kommission keine Kompetenz. Es gilt das Subsidiaritätsprinzip! Außerdem ist die Kommissionsmitteilung völlig überflüssig, weil unterhalb der EU-Schwellenwerte für die Kommunen kein vergaberechtsfreier Raum existiert, sondern das deutsche Vergaberecht zur Anwendung kommt.“ Den Gemeinden werden damit wieder neue Hürden hingestellt, so Brandl. □

Vorsichtige Hoffnung ...

(Fortsetzung von Seite 1)

„Der leichte Finanzierungsüberschuss in der Gesamtheit beruht in erster Linie auf einem drastischen Rückgang der Investitionen“, so Präsident Brandl. Ein weiterer Abbau der kommunalen Leistungen aber könne nicht die Lösung sein. In Bayern seien die Sozialausgaben einerseits seit 1998 um 1 Mrd. Euro angestiegen. Im Gegenzug sind allein innerhalb der letzten vier Jahre die Bauinvestitionen in Bayern um ebenfalls 1 Mrd. Euro zurückgegangen. „Sollte diese Entwicklung nicht gestoppt werden können, werden wir künftig praktisch alles in Sozialleistungen stecken müssen.“ Die Verabredung des Bayerischen Gemeindetags mit der Staatsregierung, gemeinsam dafür zu sorgen, dass die den Kommunen durch Hartz IV zugesprochene Entlastung in Höhe von 2,5 Mrd. Euro realisiert wird, sei bares Geld wert.

Gewinnunabhängige Elemente

Im Hinblick auf die geplante Unternehmenssteuerreform zeigten sich DStGB und Gemeindetag einig, dass eine Ausweitung der gewinnunabhängigen Elemente bei der Gewerbesteuerung notwendig ist, um die gemeindlichen Steuereinnahmen zu verstetigen. Unternehmen müssten die von ihnen in Anspruch genommen kommunalen Leistungen in guten wie in schlechten Zeiten mitfinanzieren. Die Feuerwehr müsse in jedem Fall fahren, wenn es im Unternehmen brennt, egal ob es dem Unternehmen gut oder schlecht geht. Bayerischer Gemeindetag und Deutscher Städte- und Gemeindebund verwiesen dazu auf ein Argumentationspapier mit zehn Argumenten für die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei der Gewerbesteuer (siehe Kasten).

Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen

In punkto Stärkung des ländlichen Raums verwies Brandl darauf, dass es darum gehen müsse, Arbeitsplätze zu erhalten, aber auch neue zu schaffen. Das kürzlich verabschiedete Landesentwicklungsprogramm Bayern habe gezeigt, dass noch nicht alle den Bedarf für flexible und ortsnahe Handlungsspielräume für die Gemeinden erkannt haben. Brandl und Landsberg verwiesen in diesem Zusammenhang insbesondere auf Handlungsnotwendigkeiten in der Bildungs-, Finanz- und Förderpolitik.

Zehn Argumente

- Verbreiterung der Bemessungsgrundlage schließt Steuerschlupflöcher
- Ertragsunabhängige Elemente in europäischen Vergleich unterdurchschnittlich
- Wirtschaft durch vorhergehende Steuerreform bereits deutlich entlastet
- Ertragsunabhängige Elemente nicht wirtschaftsfeindlich
- Ohne starke Gewerbesteuer keine öffentlichen Investitionen
- Gewerbesteuer kein negativer Standortfaktor
- Gewerbesteuer sichert gute Standortbedingungen
- Nominal hohe Steuersätze werden kaum gezahlt
- Sozialstaat ohne ausreichende Finanzausstattung nicht realisierbar
- Fairer Wettbewerb nur bei Berücksichtigung ertragsunabhängiger Elemente. **DK**

Um die Potenziale der ländlichen Räume zu nutzen, forderten Brandl und Landsberg den Erhalt bzw. die Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum, den Aufbau moderner Kommunikationstechnologie, die Förderung integrierter ländlicher Entwicklung, eine verbesserte Organisation des Tourismus, den Erhalt der Zielsetzung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsverhältnisse sowie der Kulturlandschaft. Die Förderung ländlicher Entwicklung und landwirtschaftlicher Unternehmen müsse einer abgestimmten Zielsetzung folgen. Die unkritische Förderung von Biomasseanlagen könne zu problematischen Folgen für das Landschaftsbild führen. Biogasanlagen von industriellen Ausmaßen, Biomassemais von vier Metern Höhe oder Nutzwälder mit einem Alter von 15 bis 30 Jahren seien touristisch wertlos und mit Tourismusförderung inkompatibel. „Gerade auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung darf der ländliche Raum nicht abgehängt werden“, sagten Brandl und Landsberg. „Das wäre eine verheerende Entwicklung für Deutschland und den Wirtschaftsstandort insgesamt.“

Mehr Kommunikation

„Wir müssen die moderne Informationstechnologie stärker nutzen, um Wirtschaft, Bürgergesellschaft und Verwaltung zu vernetzen und neue Plattformen für mehr Kommunikation schaffen. Darin liegt ein großes Potenzial für eine bessere und bürgernähere Verwaltung, aber auch für eine Stärkung der regionalen Wirtschaft. Die Zukunft für Gewerbetreibende und Dienstleister, Bürger und Verwaltungen hängt maßgeblich von der Verfügbarkeit schneller elektronischer Datenkommunikation ab. Neue Jobs entstehen dort, wo Unternehmen Zugang zur

schnellen Netzen haben“, erklärte abschließend Gerd Landsberg bei der Vorstellung des Telekom-Wettbewerbs T-City.

Wettbewerb T-City

Dieser Wettbewerb, der von der Deutschen Telekom in Kooperation mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund durchgeführt wird, eröffnet den Kommunen große Chancen. „Wir fordern alle Städte und Gemeinden zwischen 25.000 und 100.000 Einwohnern auf, ihre T-City Bewerbung einzureichen und die großen Chancen dieses Wettbewerbs zu nutzen. Wir werden dafür sorgen, dass die wichtigen Erkenntnisse aus dem Wettbewerb auch allen Städten und Gemeinden zu Gute kommen und wir so einen großen Schritt vorwärts ins Informationszeitalter machen“, fuhr Landsberg fort. Die kommunikative und organisatorische Trennung zwischen Verwaltung, Bürgern und Wirtschaft könne durch eine bessere Vernetzung teilweise aufgelöst werden. Die lokale Familienpolitik sei zum Beispiel dadurch zu stärken, dass auf einer gemeinsamen Plattform Kindergärten- oder Betreuungsplätze der Stadt, der Kirchen, von Privaten oder der Betriebe dargestellt, auf freie Plätze hingewiesen und Hilfsangebote interaktiv koordiniert werden.

eLearning und eStädtebau

Auch die Schul- und Bildungspolitik einschließlich der betrieblichen Bildungsangebote könnte so besser koordiniert und konzentriert werden. Die Bildungsangebote müssten künftig elektronisch unterstützt und eLearning-Systeme verstärkt eingesetzt werden. Auch die Sprachförderung der Menschen mit Migrationshintergrund könne hiervon profitieren.

Papilio: Vorbeugung gegen Sucht und Gewalt muss im Kindergarten beginnen

Kreissparkasse Augsburg und betapharm Stiftung starten im Landkreis Augsburg ein flächendeckendes Präventionsprogramm für Kindergartenkinder

„Paula und die Kistenkoblode“ heißt das Stück, mit dem die Augsburger Puppenkiste gleich zweimal bei der Kreissparkasse Augsburg gastierte: einmal für Kindergartenkinder, Pädagogen und Vertreter des öffentlichen Lebens und einmal für den Nachwuchs der Kreissparkassenmitarbeiter. Die Kistenkoblode sind ein Element des Kindergartenprogramms Papilio, das Kinder gegen die Entwicklung von Sucht und Gewalt schützen will. Die Kreissparkasse und die betapharm Stiftung führen dieses Präventionsprogramm als Modellprojekt nun zum ersten Mal flächendeckend in einem deutschen Landkreis ein.

Die Aufführung: Die Kistenkoblode haben ein Problem: Heulibold, Zornibold, Bibberbold und Freudibold wissen nicht, was mit ihnen los ist. Deswegen machen sie sich auf den Weg und treffen das Kindergartenkind Paula: Paula weiß genau, was mit ihnen los ist: Der eine ist traurig, der nächste wütend, der dritte hat Angst und der letzte freut sich nur immer. Die Geschichte geht natürlich gut aus, auch für die Kinder, die im Kindergarten „Paula und die Kistenkoblode“ erleben. Sie lernen die vier Basisgefühle kennen, sie

auch bei anderen zu erkennen und damit umzugehen. „Emotionale Kompetenz“ heißt dieser wichtige Lerninhalt im Leben Drei- bis Siebenjähriger.

Emotionale und soziale Kompetenz

Zweiter wichtiger Baustein ist die soziale Kompetenz, also die Fähigkeit, sich in eine Gruppe einzubringen, seine Interessen anzumelden und gleichzeitig auf andere Rücksicht zu nehmen. In einem Fachvortrag erläuterte Horst Erhardt, Geschäftsführer

200 Jahre nach dem Ende des Heiligen Römischen Reichs:

Bleiben Werte für die Gegenwart?

Von Dr. Georg Sinnacher, Altlandrat und Altbezirkstagspräsident

Am 6. August 2006 jährte es sich zum 200. Mal, dass das Heilige Römische Reich Deutscher Nation endigte. Die Erinnerung daran blieb von den Medien weitgehend unbeachtet, wie auch damals kein großes öffentliches Bedauern spürbar war.

Am 1. August 1806 erklärten die Rheinbundfürsten mit Bayern auf Druck Napoleons ihren Austritt aus dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Wenig später, am 6. August legte Kaiser Franz II auf Forderung Napoleons die Kaiserkrone nieder. Gleichzeitig erklärte der österreichische Kaiser das Reich für aufgelöst. Damit war dessen langer „Todeskampf“ beendet. Napoleon war an einem wichtigen Zwischenziel seiner Bemühungen um die Neuordnung Europas angelangt. Bayern war zur dritten Macht im neuen Deutschen Bund geworden.

Es war eine schicksalsschwere Entscheidung, denn das tausendjährige Heilige Römische Reich Deutscher Nation war kein Nationalstaat, sondern eine frühe mitteleuropäische Union, die nicht nur deutsch orientiert war, sondern eher ein „Mitteleuropa der Regionen“. Es gab wenig Trauer um das untergegangene Reich und schon bald keimte als unerkannte Rache früher deutscher Nationalismus auf. Der Weg zu den Nationalstaaten des 19. und 20. Jahrhunderts nahm seinen verhängnisvollen Verlauf.

Erst nach den bitteren Erfahrungen des überspitzten Nationalismus des 19. und 20. Jahrhunderts und erst recht seit den Erfolgen des vereinigten Europas, in das immer mehr neue, sehr verschiedenartige, auch kleine Mitglieder streben, erhält die Gewichtung dieses Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation neuen Inhalt - nicht zuletzt auch angetrieben durch die jüngs-

te deutsche Föderalismusreform. Hat dieses untergegangene Reich uns ein geistiges Erbe, Lehren an Werten, welche die Zukunft prägen können, hinterlassen?

Bei dieser Frage muss die einstige stark föderalistische Struktur des alten Reiches Ausgangspunkt der Überlegungen sein. Dabei fällt die große Kraft des praktizierten Subsidiaritätsprinzips auf. Möglichst viele Staatsfunktionen wurden von der ortsnahen Herrschaft erledigt. Für die großen Staatsfragen, die Sicherung von Ordnung und Frieden, gab das Reich seit dem Ende des blutigen Dreißigjährigen Krieges durch den Westfälischen Frieden eine funktionierende Rechts- und Friedensordnung, die vor allem Religionskriege unmöglich machte, weil sie die Gleichberechtigung der großen Religionen festlegte.

Für das friedliche Zusammenleben in Toleranz ist dies gerade heute ein großartiges Vorbild. Die religiöse Vielfalt führte durch die gleichzeitige gegenseitige Konkurrenz alter Herrschaften bei aller politischen Schwäche zu einer außerordentlichen kulturellen Blüte in Deutschland, die uns ihren großen Widerhall bis heute täglich spüren lässt. Nicht zuletzt wegen der konfessionellen Spaltung entwickelten sich unterschiedliche Kulturströmungen, die in ihrer Gesamtheit die deutsche Kultur für Europa ausmachen. Diese Vergangenheit prägt Deutschland bis heute. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation kann tatsächlich als Beispiel für ein vereintes Europa dienen, als ein „weises Modell für die Friedenserhaltung“ (Charles Abbé de Saint Pierre, 1712). Eine große Werterkenntnis bleibt auch nach 200 Jahren: Aus der Vielfalt kommt die Stärke! Gibt es ein stärkeres Argument für das Europa der Vielfalt von heute? □



Im Rahmen der Städtebaupolitik könnten wiederum städtebauliche Vorhaben oder Bauplanungen von Unternehmen virtuell dargestellt und mit den Bürgern diskutiert werden. Dies würde die Akzeptanz erhöhen und die Verfahren beschleunigen. **DK**

die ErzieherInnen, die entsprechend fortgebildet werden und auch die Eltern miteinbeziehen.

Erfahrungsraum

Die Präsentation im Sparkassensaal am Martin-Luther-Platz informierte die anwesenden Erzieherinnen, Kindergartenträger und Experten ausführlich über das Programm Papilio sowie die Hintergründe der Entwicklung von Sucht und Gewalt. Demnach liegt das Einstiegsalter für Nikotin und Alkohol derzeit bei elf Jahren und Verhaltensprobleme beginnen immer häufiger bereits im Kindergarten. „Gerade heute, wo viele Kinder alleine oder in Kleinfamilien aufwachsen, bietet die Kindergartenengruppe einen entscheidenden

Erfahrungsraum für die kleinen Menschen“, erläuterte Richard Fank, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Augsburg. „Deshalb haben wir uns ausführlich über dieses einzigartige Programm des beta Instituts informiert und werden es in den kommenden zwei Jahren flächendeckend in unserem Geschäftsgebiet einführen.“ Als Pate des Modellprojekts in ihrem Hei-

matlandkreis leisten die Kreissparkasse und die betapharm Stiftung damit einen langfristig angelegten sozialpolitischen Beitrag für das Gemeinwohl.

Das Projekt im Landkreis ist Teil einer bundesweiten Aufklärungskampagne zur frühzeitigen Prävention in Kindergärten.

Das Besondere an Papilio sind seine Alltagsnähe und sein wissenschaftlicher Hinter-



Beim Spielzeug-macht-Ferien-Tag spielen die Kinder ohne herkömmliches Spielzeug. □



Jeder der vier Kistenkoblode steht für ein Grundgefühl. □



Freudibold - Freude. □



Zornibold - Wut. □



Bibberbold - Angst. □



Heulibold - Traurigkeit. □

Schwankende Gaspreise im Griff - systematisch Haushalte entlasten

GZ-Interview mit Peter Althammer, Leiter des Bereiches Öffentlicher Sektor, Deutsche Bank Nürnberg

Auch kommunale Haushalte sind in erheblichem Maße von den steigenden Energiepreisen betroffen. Über Auswirkungen und mögliche Instrumente der Absicherung informierte Peter Althammer von der Deutschen Bank Nürnberg.

GZ: Herr Althammer, die stark steigenden Energiepreise werden nicht nur von Bürgern und Unternehmen, sondern auch von Kommunen schmerzhaft wahrgenommen. Welche Auswirkungen ergeben sich konkret für kommunale Haushalte?

Althammer: Die Auswirkungen sind in der Tat erheblich. Beispielhaft gab der Kämmerer der Stadt Nürnberg den Mehraufwand für den Haushalt 2006 mit 2,2 Mio an, allein aus den gestiegenen Energiekosten. Die Schwankungen bei Energiepreisen sind vergleichsweise hoch. So ist die historische Schwankungsintensität - auch Volatilität genannt - von Energiepreisen mit 40% p.a. deutlich größer als bei Zinsen (7%), Währungen (9%) oder Aktien (20%). Von daher stecken in Gaspreisen erhebliche Risiken für die Haushaltssteuerung, die sich aber mit modernen Sicherungsinstrumenten kontrollieren lassen können.

GZ: Was sind die Grundlagen dieser Sicherungsinstrumente und wie wirken sie auf den kommunalen Haushalt?

Althammer: Nur in wenigen Fällen verlaufen die „natürlichen“ Marktentwicklungen so, dass sich Preisschwankungen bei den Energiepreisen automatisch durch Entwicklungen in

anderen Bereichen wie zum Beispiel Ausgabenminderungen ausgleichen lassen. Um den Haushalt von diesen Marktpreis-Schwankungen freizuhalten, bieten Sicherungsinstrumente gute Chancen, eine höhere Planungssicherheit zu gewinnen.



Peter Althammer.

nen. Die Grundidee ist vergleichsweise einfach und orientiert sich an den mittlerweile erprobten und bewährten Instrumenten der Zinssicherung. Energie-Lieferanten bieten vereinzelt Sicherungsinstrumente wie die einfache Festpreisvereinbarung an. Diese Methode ist zwar einfach, aber nicht immer auch die Beste. Es kommt auf die Erwartung zur Preisentwicklung an.

GZ: Haben Sie Beispiele?

Althammer: Betrachten wir zunächst die beiden extremen Entscheidungen „keine Absicherung“ gegenüber der „vollständigen Festpreissicherung“. Keine Absicherung bedeutet eine Erwartung auf fallende oder mindestens gleich bleibende Preise, Festpreisvereinbarung auf weiter steigende Preise. Aber dieses sind tatsächlich nur die extremen Positionen. Dazwischen gibt es eine Vielfalt von Möglichkeiten, die sorgfältig geprüft werden müssen. Die Wahl des richtigen „intelligenten“ Absicherungsinstrumentes muss auf die Bedürfnisse der Kommune und des kommunalen Unternehmens individuell abgestimmt werden.

GZ: Ist es nicht schwierig, das richtige Instrument zum richtigen Zeitpunkt auszuwählen?

Althammer: Sicherlich wird es schwierig sein, stets den optimalen Zeitpunkt und das optimale Sicherungsinstrument zu finden. Dennoch lässt sich durch strukturierte Absicherungsmodelle deutlich mehr Stabilität und Verlässlichkeit für die Wirtschaftsplanung erreichen. Eine sinnvolle Aufteilung nach Sicherungsinstrumenten und Sicherungszeitpunkten ist in vielen Fällen zweckmäßig, am besten in einem Portfoliomix. Die Deutsche Bank bietet die Möglichkeit, auf Basis des Grundgeschäfts (Energieförderung) ergänzende Preissicherungsgeschäfte flexibel abzuschließen. Dabei besteht weiterhin Wahlfreiheit hinsichtlich des physischen Lieferanten.

BayernLB:

Weiteres Wachstum des Airports Nürnberg gesichert

Nürnberg - Die BayernLB hat für die Flughafen Nürnberg GmbH das Gesamtinvestitionsprogramm für die Jahre bis 2008 finanziert, mit dem der Airport Nürnberg seine dynamische Entwicklung weiter fortsetzen will. Mit der Finanzierungsmaßnahme soll unter anderem die Rollbahn des Flughafens Nürnberg, dem inzwischen drittgrößten Umsteigeflughafen Deutschlands, weitgehend erneuert werden.

Kooperative Transaktion

Die BayernLB hat bei der vorliegenden Finanzierung das volle Underwriting übernommen und anschließend den Kredit an ein Konsortium syndiziert, zu dem als Co-Arranger die Sparkasse Nürnberg und weitere sechs Sparkassen aus der Region Nürnberg zählen. „Alle teilnehmenden Sparkassen und die BayernLB haben ein nachhaltiges Interesse daran, die bereits hervorragende Qualität der Infrastruktur der Metropolregion Nürnberg weiter zu verbessern. Gleichzeitig werden mit dieser kooperativen Transaktion von BayernLB und Sparkassen die traditionellen guten und intensiven Geschäftsbeziehungen des Flughafens Nürnberg zur Sparkassen-Finanzgruppe nachhaltig gestärkt“, betont Theo Harnischmacher, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der BayernLB. □

GZ: Wie sehen konkrete Ergebnisse aus?

Althammer: Erreicht werden sichere Kalkulationsobergrenzen für den Energiebezug in einem bestimmten Zeitraum und zudem - je nach Geschäftsart - die Chance, an Preissenkungen in einem bestimmten Umfang trotzdem teilzunehmen. Es gibt Varianten mit und ohne Prämienzahlungen. Dabei kommt dem Zeithorizont für die Absicherung eine besondere Rolle zu. Im Gegensatz zu den Zinsen lässt sich aktuell beispielsweise bei der Gaspreisabsicherung über Gasoil bei Laufzeiten von mehr als zwei Jahren ein Preisniveau sichern, welches unterhalb der heutigen Preise liegt. Das ist eine Besonderheit der Energiemärkte!

GZ: Ab wann sind diese Geschäfte auch wirtschaftlich?

Althammer: Das kommt auch hier auf den Einzelfall an. Wir beobachten regelmäßig eine Wirtschaftlichkeit ab einem Geschäftsgegenwert 1 Mio. Euro/Jahr. Die Deutsche Bank analysiert auf den Einzelfall bezogen, welche finanzwirtschaftlich ansteuerbaren Einflussgrößen vorhanden sind, und mit welchen sinnvollen Instrumenten sich diese stabilisierend einbinden lassen. Die Vorteile liegen auf der Hand. Die Sicherung von Energiepreisen leistet einen klaren Beitrag zur Haushaltssteuerung und -entlastung. Gerade in turbulenten Zeiten ein Faktor mit Gewicht. □

Kontakt: Peter Althammer, Deutsche Bank Nürnberg, Tel.: 0911/2014490, mail: peter.althammer@db.com
Hans-Jürgen Gerlach, Deutsche Bank München, Tel.: 089/2389 2209, mail: hans-juergen-gerlach@db.com □

Kommunale Haushalte:

Erstmals Schuldenabbau seit 2000

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung mitteilt, wiesen die Haushalte der kommunalen Körperschaften in Bayern am 31. Dezember 2005 Schulden in Höhe von 16,9 Milliarden Euro aus. Das waren um 0,5 Prozent oder fast 82 Millionen Euro weniger Schulden als im Jahr zuvor. Gut 15,9 Milliarden Euro der kommunalen Schulden waren Kreditmarktschulden und knapp eine Milliarde Euro Schulden bei öffentlichen Haushalten.

Der Schuldenstand der Haushalte der kommunalen Körperschaften in Bayern (Gemeinden, Gemeindeverbände, kommunale Zweckverbände und Verwaltungsgemeinschaften) belief sich am 31. Dezember 2005 auf 16.904 Millionen Euro. Die Verschuldung hat sich somit im Laufe des Jahres 2005 um 0,5 Prozent oder 81,9 Millionen Euro verringert. Im Jahr 2003 war noch eine Zunahme um 1.155 Millionen Euro und im Jahr 2004 eine Steigerung um 480 Millionen Euro festgestellt worden. Ein Nettoschuldenabbau ergab sich zuletzt im Jahr 2000 und davor im Jahr 1985.

Ausnahme Landkreise

Mit Ausnahme der Landkreise wurden für die kommunalen Körperschaften im Durchschnitt weniger Schulden als im Vorjahr ermittelt: Die kreisangehörigen Gemeinden reduzierten ihren Schuldenstand um 87,7 Millionen Euro bzw. 1,4 Prozent auf 6.323 Millionen Euro, die kreisfreien Städte um 59,2 Millionen Euro bzw. 0,9 Prozent auf 6.756 Millionen Euro, die Bezirke bauten ihre Schulden um 5,8 Prozent auf 242,5 Millionen Euro ab, die kommunalen Zweckverbände um 1,9 Prozent auf knapp 1.312 Millionen Euro und die Verwaltungsgemeinschaften ver-

zeichneten am 31. Dezember 2005 einen Schuldenstand von 26,4 Millionen Euro, 5 Prozent weniger als am Jahresende 2004. Die Landkreise meldeten dagegen für 2005 eine Zunahme ihrer Schulden um 106,5 Millionen Euro bzw. 5 Prozent auf 2.244,6 Millionen Euro.

Zusammensetzung

Die Schulden aller kommunalen Haushalte setzten sich Ende 2005 aus 15.947 Millionen Euro Kreditmarktschulden und 957,5 Millionen Euro Schulden bei öffentlichen Haushalten zusammen. Die kommunalen Haushalte verringerten im abgelaufenen Jahr ihre Verschuldung am Kreditmarkt um 240,7 Millionen Euro (minus 1,5 Prozent) und erhöhten sie bei öffentlichen Kassen (insbesondere beim Bund) um 158,8 Millionen Euro (plus 19,9 Prozent).

Die Kreditmarktschulden der Haushalte, der Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner gelten in der Schuldenstatistik als ein Maßstab für die Höhe der kommunalen Verschuldung. Für die bayerischen Kommunen errechnete sich zum 31. Dezember 2005 ein Betrag von 1.177 Euro je Einwohner. Gegenüber dem Vorjahr (1.197 Euro) hat sich diese Belastung um 1,7 Prozent verringert. **DK**

Fürther Landkreisstiftung:

Verstärkte Förderung sozialer Projekte

„Bei der bisherigen Praxis der Spendenvergabe der Sparkasse wird einmalig unterstützt - wenn wir diese Mittel nun als Gründungskapital der Landkreis-Stiftung einsetzen, ist der Effekt wesentlich dauerhafter,“ erläuterte Landrätin Dr. Gabriele Pauli den Hintergrund eines wichtigen Unterzeichnungs-Termins. Das Gründungskapital der Stiftung in Höhe von 200.000 Euro setzt sich aus Mitteln der Sparkasse zusammen, die der Landkreis in den vergangenen Jahren für soziale Zwecke erhalten hat. Diese Mittel wurden nicht ausgegeben, sondern angespart und können jetzt als Stiftungsgrundlage dienen.

„Von den Zinserträgen lassen sich im Moment zwar nur kleine Projekte fördern, es bietet sich aber nun die Möglichkeit, dass Landkreisbürger diese Stiftung unterstützen und damit gezielt im Landkreis einen Beitrag zum Allgemeinwohl leisten können. Jeder Stifter kann natürlich den Zweck seiner Stiftung selbst bestimmen“, betonte die Landrätin. Ein Stiftungsrat, dem außer der Landrätin je ein Mitglied der im Kreistag vertretenen Fraktionen angehören, wird über die Vergabe der Fördermittel entscheiden.

Die Landkreisstiftung wird unter dem Dach der Stiftergemeinschaft der Sparkasse Fürth angesiedelt. Dies bietet den Vorteil einer kostengünstigen Stiftungsgründung und -verwaltung durch die Deutsche Stiftungstreuhand sowie ein optimales Vermögensmanagement im Rahmen des gesamten Stiftungsvermögens der Sparkasse Fürth.

Eine Art Dividende für die Region

„In Form von Spenden und jetzt auch Stiftungen unterstützt die Sparkasse Fürth viele gemeinnützige Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis und in der Stadt Fürth. Wir folgen damit unserem öffentlichen Auftrag und sehen diese Zustiftung als eine Form einer Dividende für unsere Region. Landkreisstiftung und Stiftergemeinschaft sind keine Konkurrenten, sondern Partner in ihrem gemeinsamen Anliegen, Gutes für die Menschen im Landkreis zu bewirken“, erklärte der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Fürth, Rainer Heller.

„Mit dieser Gründung wollen wir natürlich auch Landkreisbürgerinnen und -Bürger anregen, die Stiftung z.B. in ihrem Nachlass zu bedenken oder auch bei einem Jubiläum anstelle von Geschenken eine Spende für die Stiftung vorzuschlagen“, warb Landrätin Pauli um weiteres Kapital für die neue Landkreis-Stiftung. Aber auch größere „Zustiftungen“ mit speziellen Förderzwecken und einem Sitz im Stiftungsrat oder die Einbindung von Stiftungen kreisangehöriger Gemeinden seien künftig unter dem Dach der Landkreisstiftung möglich und gerne willkommen. **DK**

Machen Sie Ihr Finanzmanagement zum Chancenmanagement: Die erfahrenen Spezialisten der Deutschen Bank bieten moderne Finanzinstrumente an, die zielgenau und praxisorientiert auf Kommunen, kommunale Betriebe und Unternehmen zugeschnitten sind. Ihre Chancen: Zinsaufwand senken, Verpflichtungen schneller abbauen und neue Spielräume für Investitionen schaffen.

Mehr dazu erfahren Sie im Internet oder direkt von Ihrem Ansprechpartner:
Hans-Jürgen Gerlach, Tel.: 089-23 90 22 09
E-Mail: hans-juergen-ge.gerlach@db.com
www.deutsche-bank.de/oeffentlicher-sektor

Leistung aus Leidenschaft. **Deutsche Bank**

Positive Entwicklung der BayernLB:

Betriebsergebnis stieg im ersten Halbjahr um 3,2 Prozent

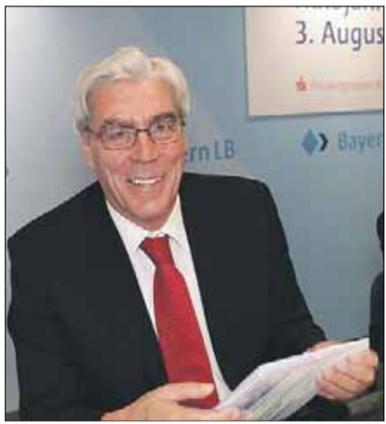
Das Privatkundengeschäft wird weiter ausgebaut

München. Die Bayerische Landesbank (BayernLB) registrierte im ersten Halbjahr 2006 eine gute Geschäftsentwicklung. Wie der Vorstandsvorsitzende Werner Schmidt bei der Halbjahrespressekonferenz in München mitteilte, stieg das operative Ergebnis (Betriebsergebnis) von Januar bis Ende Juni um 3,2 Prozent auf 621 Millionen Euro. Für das gesamte Jahr wird jetzt mit mehr als einer Milliarde Euro gerechnet. Der Jahresüberschuss liegt bei 234 Millionen Euro. Die Eigenkapitalrendite erreicht 15,2 Prozent. Alle Konzernbereiche schrieben dabei schwarze Zahlen.

Für das Gesamtjahr 2006 erwartet Vorstandschef Schmidt einen Überschuss von rund 500 Millionen Euro. Davon sollen nach heutiger Sicht an die Anteilseigner eine versteuerte Di-

nachfrage blieb der Zinsüberschuss mit rund einer Milliarde Euro nahezu unverändert. Insbesondere bei Kreditnehmern mit guter bis sehr guter Bonität hält der Druck auf die Margen weiter an. Der Provisionsüberschuss erhöhte sich leicht um sechs Millionen auf 175 Millionen Euro. Großprojekte zur Umsetzung gesetzlicher Vorgaben belasteten auch in den ersten sechs Monaten den Verwaltungsaufwand. Dieser erhöhte sich um 8,2 Prozent auf 767 Millionen Euro.

Das Ergebnis aus Finanzgeschäften verdoppelte sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 110 Millionen Euro. Dazu hat insbesondere die qualitative Neuausrichtung auf das Kundengeschäft beigetragen. Derzeit leistete das Geschäft mit Privatkunden, so Schmidt, bereits einen Beitrag zum operativen Geschäft von 170 Millionen Euro.



Werner Schmidt.

vidende von sieben Prozent, das entspricht rund 122 Millionen Euro, ausgeschüttet und circa 350 Millionen Euro den Gewinnrücklagen zugeführt werden. Trotz gestiegener Kredit-

„Dieser Anteil soll mittelfristig weiter gesteigert werden“. Gegenüber Ende 2005 ist die Konzernbilanzsumme leicht um 2,6 Prozent auf 349,7 Milliarden Euro angestiegen. Bei einem Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute sind insbesondere die Forderungen an Kunden und die Anlagen in Wertpapieren gestiegen. Auf der Passivseite haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöht. Die Kundeneinlagen verzeichneten einen leichten Rückgang auf 77,4 Milliarden Euro. Ebenfalls reduzierten sich die verbrieften Verbindlichkeiten auf 106,7 Milliarden Euro.

Derzeit zählt die BayernLB 9500 Beschäftigte, 2,4 Prozent mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Da höhere Anforderungen an das Personal gestellt werden erfolgen Neueinstellungen nur für

hochqualifizierte Kräfte. In erster Linie wird durch Weiterbildung auf das Stammpersonal zurückgegriffen.

Die BayernLB will nach Zukäufen in Ungarn und Bulgarien durch weitere Akquisitionen in Mittel- und Osteuropa wachsen. Nach Schmidt ist geplant, bis September die kürzlich eingefädelt Mehrheitsübernahme am rumänischen Geldhaus Romexterra Bank abzuschließen. Bis Anfang 2007 sollen 100 Prozent erworben werden. Schmidt kündigte weiter an, mittelfristig auch in interessante Wachstumsmärkte wie Serbien, Tschechien oder die Ukraine einzusteigen. Auch der Markt in Indien „wird aufmerksam beobachtet“.

In Branchenkreisen wird über ein großes Interesse der BayernLB an der österreichischen Bawag berichtet. Der Wiener Bankkonzern steht nach den jüngsten Skandalen zum Verkauf. Die Münchner könnten durch den Erwerb des Instituts die seltene Chance bekommen, auf einen Schlag eine starke Position im Privatkundenmarkt Österreichs einzunehmen. Schmidt nahm dazu nicht Stellung. Er meinte nur „wovon man nicht sprechen kann, darüber muss man schweigen“.

E. Scholl

Tarifkonflikt an kommunalen Krankenhäusern beigelegt:

Ein hoher Preis

Der Tarifkonflikt an den kommunalen Krankenhäusern ist endgültig beigelegt. Mit einer Mehrheit von 87 Prozent haben die im Marburger Bund (MB) organisierten Ärzte in einer Urabstimmung die am 17. August erzielte Einigung gebilligt. Dem Abschluss des ersten arzt-spezifischen Tarifvertrags für die 700 kommunalen Krankenhäuser waren acht Wochen Streik vorausgegangen. Die Vereinbarung sieht unter anderem Gehaltssteigerungen um bis zu 13 Prozent und eine Verkürzung der Bereitschaftsdienste vor.

Schon vor der Unterzeichnung des Tarifvertrags war klar: Die Umsetzung ist nur mit harten Einsparungen zu schaffen – auch in Bayern. So sah der Verhandlungsführer des Verbands der kommunalen Arbeitgeber, Otto Foit, die Einigung von Anfang an kritisch: „Unser Nahziel war es, im Interesse aller unserer Patienten und Beschäftigten den geregelten Betrieb in den Krankenhäusern wiederherzustellen. Das haben wir erreicht. Ebenso ist es uns gelungen, den Flächentarifvertrag für die kommunalen Kliniken zu erhalten. Dennoch ist dies kein wirklich guter Tag für die Kliniken. Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, dass der uns aufgezwungene Kompromiss für manche Klinik die Existenzfrage verschärfen wird.“

Der Abschluss wird die kommunalen Krankenhäuser jährlich über 500 Mio. Euro kosten und geht damit unweigerlich

mit Einschränkungen in der Patientenversorgung einher.

Die sich aus diesem Tarifabschluss ergebenden massiven Kostenbelastungen können laut VKA schon derzeit nicht refinanziert werden. Daher sei es für den Erhalt der Kliniken ganz entscheidend, dass die im Rahmen der Gesundheitsreform diskutierten Kürzungen in der Krankenhausfinanzierung, die zu weiteren Belastungen in Höhe von jährlich 750 Mio. Euro führen würden, nicht verwirklicht werden.

Die VKA appelliert daher an die Bundesregierung, von den vorgesehenen Veränderungen der Krankenhausfinanzierung Abstand zu nehmen und dauerhaft eine ausreichende Finanzierung der Krankenhäuser sicherzustellen.

Befürchtungen

Der Deutsche Städte- und Gemeindetag befürchtet, dass es verstärkt zu Privatisierungen und Personalabbau kommen könnte. Theo Zellner, Präsident des bayerischen Landkreistages, sieht das genauso: „Wir sind froh, dass der Ärztestreik an den kommunalen Krankenhäusern nun ein Ende gefunden hat. Der Preis dafür war aber hoch, für manche Krankenhäuser zu hoch, denn der Tarifabschluss mit dem Marburger Bund stellt eine erhebliche zusätzliche finanzielle Belastung für die Krankenhäuser dar.“

Die kommunalen Krankenhäuser stünden nun vor dem Problem, diese Zusatzbelastung durch harte Einsparungen im laufenden Betrieb – bis hin zu Personalstellenkürzungen – aufzufangen zu müssen. Ob das jedem Haus gelingen werde, sei fraglich, da viele schon in der Vergangenheit schmerzliche Rationalisierungen vornehmen mussten. Ein Eintreten der kommunalen Träger sei wegen der angespannten Haushaltslage „mit Sicherheit nicht möglich“.

Bayerische Sparkassenstiftung:

50.000 Euro für Literaturdatenbank

Für den Aufbau einer bayernweiten Literaturdatenbank vergibt die Bayerische Sparkassenstiftung 50.000 Euro Startkapital. Hauptinitiator ist der Arbeitskreis für gemeinsame Kulturarbeit Bayerischer Städte e.V., Projektpartner die Bayerische Staatsbibliothek.

Diese Literaturdatenbank ist die Folge der guten Kooperation zwischen dem Arbeitskreis für gemeinsame Kulturarbeit Bayerischer Städte und der Bayerischen Sparkassenstiftung bei der Initiative „Literaturlandschaften Bayern 2004“.

Inhaltliche Vertiefung

In diesem Zusammenhang wurde eine Veranstaltungsdatenbank aufgebaut, die Auskunft über die mehr als 400 unterschiedlichen Veranstaltungen im Zeitraum vom 23. April bis 24. Juni 2004 gegeben hat. Erstmals war es damals möglich, eine größere Anzahl von bayerischen Autoren hinsichtlich ihres Schaffens geographisch zu verorten. 5000 Autor-Ort-Verknüpfungen in Bayern wurden aufgezeigt. Das nun geplante Portal wird dies in größerem Stil nach-

haltig fortsetzen, inhaltlich vertiefen und vernetzen.

Typische Aufgaben

Die Förderung von Literatur gehört zu den typischen Aufgaben der Bayerischen Sparkassenstiftung. Zu ihren Förderprojekten zählen unter anderem das Literaturhaus Nürnberg, das Literatur-Archiv Sulzbach-Rosenberg und der Kinderliteraturpreis der Volkacher Akademie für Kinder und Jugendliteratur.

Der Arbeitskreis für gemeinsame Kulturarbeit bayerischer Städte e.V. ist ein Verbund von derzeit 38 bayerischen Städten. Er setzt sich mit bayernweiten Projekten für die Förderung von Kunst und Kultur ein. Das Festival „Die Literaturlandschaften Bayerns“ wurde heuer mit großem Erfolg wiederholt. **DK**

Zur Verhandlungsführung des Marburger Bundes meinte Zellner: „Herr Montgomery konnte den Marburger Bund als Tarifpartner etablieren, allerdings treibt er einen Keil in die Belegschaft der Krankenhäuser, sowohl innerhalb der Ärzteschaft, die von Verdi oder dem Marburger Bund vertreten wird, als auch beim Pflege- und Verwaltungspersonal. Hier droht möglicherweise eine Entsolidarisierung in mehrfacher Hinsicht! Von Vorteil für die Stimmung an den Krankenhäusern wäre das mit Sicherheit nicht.“

Großes Lob sprach der Präsident dagegen den Verhandlungsführern des Verbands der kommunalen Arbeitgeber aus, die lange Zeit die notwendige harte Linie gegenüber dem Marburger Bund vertreten, sich zum Ende hin dann aber nach acht Wochen Streik doch im Sinne des Schutzes der Patienten zu diesem Kompromiss durchgerungen hätten.

Bärenendienst

Zellner äußerte die Vermutung, dass der Marburger Bund mit seinen überzogenen Gehaltsforderungen den Ärzten und den Patienten insbesondere an kleineren Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung in ländlichen Gebieten einen Bärenendienst erwiesen hat. Für diese Häuser stelle sich aufgrund ihres besonderen Versorgungsauftrages und der strukturellen Gegebenheiten schon heute die Existenzfrage, da sie kaum noch in das durchrationalisierte Bild des heutigen Gesundheitssystems passen.

Da bei kleinen Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung, die häufig nicht mehr als 150 Betten haben, die Vorkosten stärker ins Gewicht fielen als bei großen Krankenhäusern, hätten sie weit weniger Möglichkeiten, Kostensteigerungen aufzufangen. Von dieser Situation sei die Mehrheit der 125 Krankenhäuser in Trägerschaft der Landkreise in Bayern mit insgesamt 21.646 Planbetten betroffen. Viele der Häuser hielten heute schon nicht mehr als den Mindestpersonalbestand vor, der zum Betrieb der Stationen zwingend notwendig ist. Daher wirkten sich nicht nur die unmittelbaren Gehaltssteigerungen, sondern auch andere Komponenten des Tarifabschlusses mit dem Marburger Bund, etwa

die neue Regelung zum Bereitschaftsdienst oder die geänderte Eingruppierung, Kosten treibend aus. Wenn die Mehrkosten nicht kompensiert werden können, drohe diesen Häusern die Privatisierung, wenn nicht sogar die ersatzlose Schließung von einzelnen Standorten.

Der Pleitegeier kreist

Aus dem Tarifabschluss bei den Ärzten müsse auch die Bundespolitik Konsequenzen für ihre Eckpunkte zur Gesundheitsreform 2006 ziehen, fuhr Zellner fort: „Mehrwertsteuererhöhung 2007, Tarifsteigerungen auch im Pflege- und Verwaltungsbereich, deutlich gestiegene Energiekosten und jetzt noch der Abschluss bei den Ärzten sind für die kommunalen Krankenhäuser finanziell schon jetzt nicht zu schultern. Wenn nun noch der Bund mit seinen Eckpunkten daran festhält, von den Krankenhäusern zur Finanzierung des Gesundheitssystems einen Beitrag von 1,5 Prozent des Budgets zu fordern, gehen zahlreiche kommunale Krankenhäuser 2007 schlicht pleite und müssen geschlossen oder privatisiert werden. Entweder der Bund bessert hier nach oder wir machen ihn für die Konsequenzen seiner Politik für die akutstationäre Versorgung der Bevölkerung in ländlichen Regionen verantwortlich.“

Was diesen fast acht Wochen andauernden Arbeitskampf von seinen Vorgängern unterschieden hatte, ist ein Grundsatzkonflikt, der weit über Lohn- und Arbeitszeitfragen hinausreicht: Es ging um die Frage, ob einzelnen Berufsgruppen in großen Betrieben ein eigener Tarifvertrag zusteht – auch auf die Gefahr hin, dass dadurch die Tariffreiheit und der Betriebsfrieden gestört werden. Fast zwei Drittel der 343 Krankenhäuser sind nach Angaben der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG) in kommunaler Hand und waren damit von den Streiks betroffen. Mit 217 kommunalen Krankenhäusern hat Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr viele kommunale Kliniken. Die Gründe dafür liegen in den 70er Jahren. Damals wurden verstärkt kommunale Krankenhäuser zur flächendeckenden medizinischen Versorgung im Freistaat gebaut. **DK**

BayernLB verlieh Wissenschaftspreis 2006

Die BayernLB hat in Gegenwart von Finanzminister Prof. Dr. Kurt Falthäuser und des Physik-Nobelpreisträgers Prof. Dr. Theodor Hänsch die Arbeiten von Jungakademikern mit dem Wissenschaftspreis der BayernLB gewürdigt.

„Wer Spitzenleistungen fordert, muss sie fördern.“ Unter diesem Motto zeichnet die BayernLB seit über zehn Jahren hervorragende Dissertationen und Habilitationen aus, die an bayerischen Universitäten abgeschlossen wurden und sich bankwirtschaftlichen Fragestellungen widmen.

Die beiden Hauptpreise gingen dieses Jahr an Dr. Helmut Schönenberger, Technische Universität München, und an Dr. Christian Kunz, Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Beide Hauptpreisträger wurden für ihre Dissertationen mit einem Preis in Höhe von jeweils 10.000 Euro ausgezeichnet.

„Die Förderung der wissenschaftlichen Know-how-Träger ist bei uns mit der Hoffnung verbunden, dass wissenschaftliches Potenzial in Deutschland gehalten werden kann und so auch die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Standortes erhalten wird. Um diesen Prozess zu unterstützen, laden wir die elf bayerischen Universitäten jährlich ein, prämiierungswürdige Arbeiten einzureichen, die von einer unabhängigen Jury beurteilt werden“, erklärte Dr. Rudolf Hanisch, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der BayernLB, die Zielsetzung des Wissenschaftspreises. **□**

Gemeinsam Werte schaffen

KOMPETENTE
Dienstleistungen für Kommunen

- Bauland-Entwicklung (Beschaffung und Erschließung)
- Kommunale Investitionen
- Einheimischen-Modelle

Ihre Ansprechpartner für die jeweiligen Regierungsbezirke:

Franken: Herr Grauer Tel. 0911 / 23 20 929
Herr von Imhoff Tel. 0911 / 23 20 920

Oberbayern und Schwaben: Herr Danninger Tel. 0821 / 50 22 613

Niederbayern und Oberpfalz: Herr Müllner Tel. 0941 / 78 00 116

Kompetenzzentrum, Planungs-, Dokumentationsdienstleistungen und Konversion: Herr Streng Tel. 0921 / 78 42 34



Wussten Sie eigentlich, dass König Ludwig III im Jahre 1917 die Gründung einer Bayerischen Landessiedlungs Gesellschaft initiierte?

Bayerische Landessiedlung GmbH



Schauplatz Coburg:

Sparkassenvorstände-Tagung der BayernLB

München/Coburg - Auf Einladung der BayernLB kamen die Vorstände der 77 bayerischen Sparkassen zur Sparkassenvorstände-Tagung in Coburg zusammen. Bei dieser hochrangigen Tagung standen u.a. Fragen im Vordergrund, wie die Sparkassenfinanzgruppe Bayern ihre Zusammenarbeit noch stärker intensivieren kann, um ihre bestehende Marktführerschaft weiter auszubauen.

„In Zeiten, in denen die EU in Brüssel die Marke Sparkasse in Frage stellt, freuen wir uns über den Besuch unserer Vorstandskollegen und -kolleginnen aus den gesamten Bayerischen Sparkassen in Coburg ganz besonders“ so Sparkassendirektor Siegfried Wölki, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Coburg-Lichtenfels in seiner Begrüßung.

Besondere Verbundenheit

„Mit dieser jährlichen Tagung tragen wir der ganz besonderen Bedeutung der bayerischen Sparkassen für die Bayerische Landesbank Rechnung“, erklärte Theo Harnischmacher, Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der BayernLB. Harnischmacher weiter: „Mit der Wahl von Coburg und Schloss Ehrenburg bringen wir auch die Verbundenheit der BayernLB und der gesamten Sparkassen-Finanzgruppe mit den bayerischen Regionen und besonders dem Wirtschaftsraum Oberfranken zum Ausdruck.“

Informationen zu wichtigen Vorhaben der Sparkassen-Fi-

nanzgruppe sowie ein Impulsreferat von Professor Dr. Bullinger, Präsident der Fraunhofer Gesellschaft, zum Thema „Kunststück Innovation - Was erfolgreiche Unternehmen verbindet“ rundeten das Programm auf Schloss Ehrenburg, der früheren Stadtresidenz der Coburger Herzöge, ab.

Abschluss der Sparkassenvorstände-Tagung bildete ein gemeinsamer Abend im historischen Coburger Rathaus, bei dem Norbert Kastner, Oberbürgermeister der Stadt Coburg und Stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender der Sparkasse Coburg-Lichtenfels, die Gäste begrüßte.

Die Sparkassen-Finanzgruppe Bayern - bestehend aus den 77 bayerischen Sparkassen, dem Sparkassenverband Bayern, der LBS Bayern, der Versicherungskammer Bayern und der BayernLB sowie zahlreichen Tochterfirmen - sichert flächendeckend allen Bürgern, Unternehmen und Kommunen im Freistaat ein breites Angebot an nationalen und internationalen Finanzdienstleistungen. □



Von links: Sparkassendirektor Siegfried Wölki, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Coburg-Lichtenfels, Moderatorin Kathrin Müller-Hohenstein, Norbert Kastner, Oberbürgermeister der Stadt Coburg und Stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender der Sparkasse Coburg-Lichtenfels, Theo Harnischmacher, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der BayernLB, Alois Hagl, Landesobmann der bayerischen Sparkassen und Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Schwandorf und Werner Netzel, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern. □

Stadt und Landkreis Schweinfurt:

Sparkassen-Fusion zum 1. Januar 2007

Wie Oberbürgermeisterin Gudrun Grieser und Landrat Harald Leitherer vor der Presse bekannt gaben, erfolgt die Fusion auf der Basis des seinerzeitigen Landkreis-Angebotes einer „Fusion auf gleicher Augenhöhe“.

Demnach wird der Verwaltungsrat der Fusionssparkasse im Verhältnis 50:50 besetzt. Die Besetzung der Zweckverbandsversammlung erfolgt entsprechend dem unterschiedlichen Anteilsverhältnis mit 60 % Vertretern des Landkreises und 40 % Vertretern der Stadt. In beiden Gremien ist bei Abstimmungen zur Vermeidung sowohl von Blockaden als auch der Dominanz eines Partners eine 2/3-Mehrheit erforderlich.

Fusionsvorstandsvorsitzender wird der bisherige Vorstandsvorsitzende der Städtischen Sparkasse Jürgen Riese. Mit dessen Eintritt in den Ruhestand im April 2009 übernimmt der bisherige Vorstandsvorsitzende der Kreis-sparkasse Johannes Rieger diese Position im Rahmen seines bestehenden Vertrages.

Landrat und Oberbürgermei-

sterin wechseln sich jährlich im Vorsitz des Zweckverbandes und des Verwaltungsrates ab. Erster Zweckverbands- und Verwaltungsratsvorsitzender wird Landrat Harald Leitherer.

„Historische“ Entscheidung

Landrat wie auch Oberbürgermeisterin zeigten sich mit der erreichten Lösung sehr zufrieden. Nachdem ein Zusammengehen der beiden Sparkassen seit Jahrzehnten immer wieder vergeblich versucht worden war, sei die jetzt getroffene Entscheidung wahrlich „historisch“.

Angesichts der sich dramatisch verändernden Erfordernisse auf dem Banken- und Sparkassen-sektor sei die Zeit reif für diese von Vernunft und Verantwortung getragene Entscheidung. □



Zahlreiches Interesse beim 2. Kommunalforum der Sparkasse Mittelfranken-Süd. □

Kommunales Krankenhaus - quo vadis ?

Die von der Bundesregierung beschlossenen „Eckpunkte einer Gesundheitsreform 2006“ führen auch für die Krankenhäuser zu weiteren Belastungen. Diese werden u.a. durch die kommende Mehrwertsteueranhebung und den Tarifabschluss für die Ärzte noch erhöht.

Gerade weil alles auf eine Unterfinanzierung hindeutet, sollten die kommunalen Krankenhäuser die Entwicklung als Chance begreifen, ihre Strukturen nachhaltig zu ändern bzw. zu verbessern, um positive Ergebnisse zu erzielen. Hinzu kommt, dass die Preise für die DRG's tendenziell fallen werden und die Länder nicht in der Lage sind, ihren Investitionsverpflichtungen nachzukommen. Daher sollten sich die Verantwortlichen auf Seiten der Krankenhäuser und in den Kliniken mit den folgenden Themenkomplexen befassen:

Themenkomplexe

- Schaffung eines gesellschaftsrechtlichen Rahmens (GmbH, gGmbH) mit klarer Kompetenzverteilung, die kurze Entscheidungswege ermöglicht.
- Reorganisation des stationären Bereichs des Krankenhauses mit dem Ziel der Patientenorientierung (Intensivstation, Intermediate-Care-Station, Normalstation, Low-Care-Station). Da diese Strukturveränderungen häufig mit nicht unerheblichen Investitionen verbunden sind, ist auch das Thema Public Private Partnership (PPP) in die Überlegung mit einzubeziehen.
- Einrichtung einer Tagesklinik zur Diagnose und Therapie nicht-stationärer Patienten.
- Installation eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) idealerweise am Krankenhaus. Damit und durch die Kooperation mit niedergelassenen Praxen wird im Verbund mit den Klinikärzten die volle Facharztbreite sichergestellt sowie die Patientenzuweisung stabilisiert. Im übrigen kommt den niedergelassenen Ärzten diese Organisationsform künftig zu gute, denn die Umstellung der Abrechnung auf Pauschal- anstelle Einzelleistungsvergütung bedeutet die Ausschöpfung aller Rationalisierungsmöglichkeiten.
- Um die flächendeckende Patientenversorgung sicherzustellen, können kleinere Krankenhäuser, die in ihrer jetzigen Form nicht überlebensfähig sind, in Portalkliniken umgewandelt werden. Durch Kooperation mit einem Schwerpunktkrankenhaus und in Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten wird bei Verzicht auf stationäre Chirurgie die Diagnostik und Therapie, ambulantes Operieren und Notfallversorgung sichergestellt.
- Kooperationen/Zusammenschlüsse mit anderen Krankenhäusern, auch mit freigemeinnützigen Trägern. Dabei darf sich dies nicht auf zum Beispiel Einkaufskooperationen beschränken, sondern im Mittelpunkt müssen medizininhaltliche Fragestellungen stehen (Verlegung von Abteilungen, Bildung von Kom-

petenzzentren und ähnliches).
 • Prüfung der Frage Outsourcing versus Insourcing für Wäscherei, Reinigung, Speisversorgung, Sterilisation, Labor, Apotheke.

Innovationskraft schaffen

Die vorgenannten Schritte sollten konsequent angegangen und umgesetzt werden. Nur die Schaffung eigener Wirtschaftlichkeit und damit Innovationskraft garantiert den kommunalen Krankenhäusern auch weiterhin die Teilhabe an einer von Trägervielfalt geprägten Krankenhauslandschaft. Da es bei der Durchsetzung dieser Maßnahmen vermutlich zum Teil erheblichen Widerstand zu überwinden gilt, sollte der Krankenhäuser diese Restrukturierungen von externen Fachleuten begleiten oder durchführen lassen.

Der Autor: Dipl.-Kfm Dieter Geitz, Krankenhausberater und -management, Meisenweg 20, 97990 Weikersheim, Tel. 07934/8305, E-Mail: Dieter.Geitz@lycos.de □

2. Kommunalforum der Sparkasse Mittelfranken-Süd:

Leasing - interessant auch für Kommunen?

Die Sparkasse Mittelfranken-Süd hatte die Landräte, Bürgermeister, Kämmerer und sonstige Funktionsträger der Städte und Gemeinden aus der Stadt Schwabach, dem Landkreis Roth und dem Altlandkreis Weissenburg zum 2. Kommunalforum eingeladen. Neben Informationen über die aktuelle Entwicklung auf den Finanzmärkten stand vor allem das Thema „Kommunales Mobilien-Leasing“ auf dem Programm.

Nach der Begrüßung durch den Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse, Matthias Nester, betonte der Verwaltungsratsvorsitzende der Sparkasse, Landrat Herbert Eckstein, in seinem Grußwort die Wichtigkeit der Betreuung der Kommunen. Der Kommunalkundenbetreuer der Sparkasse Bruno Werzinger, der moderierend durch den Vormittag führte, stellte, bevor er auf den ersten Referenten Dr. Michael Kroll überleitete, die beiden Leasingexperten der Sparkasse, Harald Bauer und Rainer Tannert vor.

Sinnvolle Alternative zur Finanzierung öffentlicher Investitionen

Dr. Michael Kroll gilt als der „Leasingpapst“. Er ist Autor verschiedener Fachpublikationen unter anderem auch des Leasing-Handbuchs für die öffentliche Hand. Aus neutraler Sicht durchleuchtete er in seinem Referat die Bedeutung des Leasings auch für die öffentliche Hand.

Leasing galt bisher vor allem als Finanzierungsalternative für Kommunen zur Entlastung der Haushalte. Dr. Kroll legte in seinem Vortrag wert darauf, dass sich Leasing aus anderen Gründen immer mehr als sinnvolle Alternative zur Finanzierung öffentlicher Investitionen entwickelt. Vor allem im Bereich des Mobilien-Leasings und bei Fahrzeugen, Computern, Büro-kommunikation, Medizintechnik usw. konnte in den letzten

Jahren enorme Zuwächse des Leasings verzeichnet werden.

Moderne Leasingverträge beinhalten mehr als die reine Finanzierung. Diese zusätzlichen Leasingvorteile, z. B. aus dem Produktbereich wie Absenkung von Anschaffungskosten, Bauzeiten und Folgekosten, höhere Verwertungserlöse usw. werden im Bereich öffentlicher Entscheidungsträger immer noch zu selten als entscheidungsrelevant in ihre Definition von Wirtschaftlichkeit mit aufgenommen. Auch die umsatzsteuerliche Komponente, die Leasing den Kommunen bietet, ist in der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung nicht unerheblich. Es gibt immer noch große Unsicherheiten, wenn es um die kommunalrechtliche Bewertung alternativer Finanzierungsformen geht.

Stolpersteine

Dr. Michael Kroll zeigte in seinem Referat die Stolpersteine auf und gab wertvolle Ratschläge, was bei der Analyse der Angebote beachtet werden muss.

Der zweite Teil des Kommunalforum besaßte sich mit einem vollkommen anderen Thema. Herr Guy Schmit, der direkt aus Luxemburg angereist war, referierte über die Entwicklungen der Kapitalmärkte in USA und im Euro-land. Nachdem das Zinsniveau derzeit äußerst niedrig ist, werden innovative Kapitalanlagen immer interessanter wie er anhand einiger Beispiele demonstrierte. □

Die 5-Sterne-Wärme für Ihr Zuhause



35.000 Autofahrer in Deutschland haben sich für Erdgas entschieden

und fahren damit umweltschonend zum halben Preis*!

- ✗ 400 Euro Startprämie von der ESB
- ✗ 650 Erdgastankstellen in Deutschland
- ✗ Serienfahrzeuge von Opel, VW, Fiat, Volvo, Mercedes, Ford, Peugeot und Renault.

* 1 kg Erdgas = 1,5 Liter Benzin, 1 kg Erdgas kostet 0,86 Cent (Stand 2/06)

Erdgas Südbayern GmbH

Ungsteiner Straße 31, 81539 München
 Tel. 01 80 5/29 11 11 (12 Cent/Min. im
 Festnetz der deutschen Telekom)
 E-Mail: info@esb.de, www.esb.de

ESB
 Erdgas Südbayern

Wir wünschen gute Fahrt!

Von 100 auf 25:

Der technische Fortschritt im Winterdienst

Nach guten 20 Jahren erheblichen technischen Fortschritts einschließlich einiger echter Quantensprünge ist es in der jüngeren Zeit still geworden um die Geräte für den Winterdienst. Es ist nun die Phase der Anwendung des erreichten Standards in der Streutechnik eingetreten, eines Standards, an den - das ist der Fluch der guten Tat - sich der Anwender schnell gewöhnt hat. Jetzt, wo die Hersteller den Lohn ihrer Mühen ernten wollen, haben sie ganz andere Probleme.

Die hohen Investitionskosten ließen sich nicht wie erhofft der Kundschaft übertragen, daran haben auch harte Winter wie der Vergangene nichts geändert. Es gab gravierende Marktveränderungen, wie die Übernahme der Firma Pietsch durch Küpper-Weisser schon vor Jahren und kürzlich das Aufgehen der renommierten Firma Beilhack in die Schmidt-Gruppe. Weiterhin am Markt aktiv sind neben diesen beiden Großen unter anderen Gmeiner aus Kümmersbruck bei Amberg mit einem umfangreichen Programm an Streuautomaten und Schneepflügen und Epo-ke, ein dänischer Hersteller von Streuautomaten.

Hoher Standard

Noch nie wurde das Streugut so fein dosiert beim Ausbringen und noch nie waren die Routen so rationell geplant. In den 70er Jahren reagierte Industrie und Anwender auf die Umweltdebatte, Salz auf den Straßen galt es als Makel der Industriegesellschaft. Die Debatte hat genutzt, denn heute werden weniger als 25 Prozent des Salzes auf die Straßen gebracht als 1965 - seinerzeit 40 Gramm pro Quadratmeter, heute unter zehn Gramm. Und was für den Anwender fast noch wichtiger ist: der hohe Standard des Winterdienstes, der ja außer der

Glättebekämpfung auch das Räumen umfasst, lässt sich vor Ort in Einmannbedienung umsetzen.

Elektronik macht's möglich

Es hat die Winterdienstspezialisten in der Kommunalgeräteeindustrie viel Schweiß und Geld gekostet, bis alles so stand wie heute. Möglich wurde es erst durch die Elektronik, sowohl bei der Dosierung, wie auch beim automatisierten Streuvorgang und der Streudatenerfassung. Diese drei zentralen Felder der Glättebekämpfung werden über ein Bedienpult gesteuert, so zum Beispiel im System von Schmidt Winterdiensttechnik aus St. Blasien im Schwarzwald, der an alle Produktbegriffe das schöne neudeutsche Wort „logic“ anhängt: Thermologic steht für die automatische Dosierung, Winterlogic für die Streudatenerfassung und Autologic für den automatisierten Streuvorgang. Küpper Weisser, der andere große Hersteller von Winterdiensttechnik in Deutschland ebenfalls im Schwarzwald beheimatet - nennt sein System Intelligent Mobile Spreading™ (IMS).

Anforderungen aus der Praxis finden sich im Detail wieder bei diesen Systemen. Zum Beispiel die Streubreite: keine Straße ist immer gleich breit, es gibt verschieden viele Fahrstreifen, wes-

halb die Einknopfbedienung außer der reinen Breite auch asymmetrische Einstellungen ermöglicht. Die Streubreite selbst hängt ab von der Tellerdrehzahl und der Verschwenkung der Tellerleinheit.

In der Entwicklung der letzten 20 Jahre hat der Begriff der Thermologie eine große Rolle gespielt. Geradezu ein epochaler Fortschritt war in den 90er Jahren das System ThermoMat von Küpper Weisser, mit dem erstmals die Streumenge automatisch angepasst wurde an die Temperatur der Fahrbahn. Kernstück dieser Technik ist eine Infrarotkamera. Erste Schritte mit elektronisch geregelter Streudichte hatte Küpper Weisser übrigens schon 1973 gemacht.

Epochaler Fortschritt

Heute suchen die Sensoren nicht nur nach Temperaturen, sondern auch nach Nässe, Eis und Schnee sowie auf der Straße verbliebenem Restsalz und nehmen zusätzlich „von oben“ über GPS die Wettervorhersage mit auf in die Berechnungen. Das ist wichtig, denn binnen weniger hundert Meter kann die Fahrbahntemperatur stark variieren durch die Wirkung hoher Gebäude, Brückenpassagen und von Verkehrseinflüssen.

Gegenüber einer Einstellung des Streuers von Hand lassen sich über die Elektronik allein 15 Prozent Streumaterial einsparen, das sind zum Beispiel auf einer 45 Kilometer langen Streustrecke gut 500 Kilogramm! Auf einer solchen Fahrt ändert sich 280 Mal die Einstellung!

Vollautomatisch geht es aber auch nicht, dem Bediener bleiben

Aufgaben. Er stellt die Art der Feuchtigkeit ein und falls - es ist der Idealfall - präventiv gestreut wird, statt der gemessenen die erwartete Temperatur. Den Rest macht dann die Dosierung des Systems.

Eine weitere Aufgabe des Fahrers ist die Auswahl des Streumaterials, etwa Salz, Feuchtsalz oder Splitt. Dies ist Bestandteil des Fahrer-Menüs (am Beispiel des Systems von Schmidt), das zudem Mengen und Stunden zählt und die Strecke aufzeichnet und damit Grundlagen für das Protokoll zur Rechtfertigung im Streitfall oder bei Dienstleistern im Auftrag der Kommunen auch für die Abrechnung liefert. Streupläne und Materialeinsätze lassen sich auf diesem Wege optimieren und die Einsätze überwachen.

Solide Handwerksarbeit

Die Streudatenerfassung und Routenplanung führt den Fahrer entlang eines vordefinierten Streuweges, wobei die Einstellungen des Streuers automatisch angepasst werden. Gibt es keine Überraschungen, kann der Bediener sich ganz auf das Fahren konzentrieren, dafür sorgen GPS und der Streuweg-Navigator. Elektronik auf der ganzen Linie!

Die gute alte Mechanik spielt hier aber immer noch eine wichtige Rolle. Die Feinheiten eines Streuautomaten stecken nämlich ebenso im Verteiler- und Mischsystem. Seine Antriebskraft kann der Streuer auf fünf verschiedene Arten erhalten, je nach Voraussetzungen des Basisfahrzeuges: aus dessen Hydraulik, abgenommen von der Lkw-Achse oder einem am Streuer mitlaufenden Rad, von einer Aufsteckpumpe mit Zapfwelle oder geräteeigenem Motor. Natürlich sind Streuautomaten - kein Wunder bei der den Rost fördernden Ladung - äußerst robust und widerstandsfähig ausgelegt - solide Handwerksarbeit ist also weiterhin gefragt. Matthias Röcke

Selbstverpflichtung der Erdgaswirtschaft:

Bioenergie für Erdgasfahrzeuge

Die deutsche Erdgaswirtschaft hat durch eine freiwillige Selbstverpflichtungserklärung angeboten, die Nutzung von Biogas im Kraftstoffsektor aktiv zu fördern. „Wir haben uns verpflichtet, dem Erdgas, das als Kraftstoff verwendet wird, bis zum Jahr 2010 bis zu 10 Prozent Biomethan beizumischen, sofern dieses auf Erdgasqualität aufbereitet ist“, so Michael G. Feist, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e.V. in Berlin.

Bis 2020 soll der Anteil auf bis zu 20 Prozent steigen. Voraussetzung dafür ist, dass die derzeit gültige Steuerermäßigung für Erdgas als Kraftstoff und die Steuerbefreiung für Biogas beibehalten werden.

Biomethan, auch Bioerdgas genannt, wird aus organischen Lebensmittelrest- und Abfallstoffen sowie aus nachwachsenden Energiepflanzen wie Mais oder Roggen gewonnen und setzt somit nicht mehr Kohlendioxid frei, als die Pflanzen während ihres Wachstums über die Photosynthese aufgenommen haben. Bioerdgas ist uneingeschränkt als Kraftstoff für Erdgasfahrzeuge geeignet. Es kann als Beimischung oder in Reinform in Erdgasfahrzeugen genutzt werden. Sein Einsatz im Verkehrssektor kann die gesamten Treibhausgasemissionen eines Fahrzeugs um 55 bis 65 Prozent verringern, so das Fazit einer Studie des Wuppertal-Instituts.

Auch aus ökonomischer Sicht bietet Bioerdgas in dieser Verwendung eine sinnvolle Alternative. Die Erzeugungskosten für aufbereitetes Biogas zur Verwendung in Erdgasfahrzeugen entsprechen unter günstigen Bedingungen etwa dem Tankstellenpreis für Erdgas. Im Vergleich

zu den flüssigen Biokraftstoffen der ersten Generation (insbesondere Biodiesel) weist Biogas den Vorteil auf, die landwirtschaftlichen Flächen deutlich besser auszunutzen: Aus einem Hektar lässt sich mehr als viermal so viel gasförmiger Kraftstoff herstellen als bei der bisherigen Produktion von Biodiesel.

Mit der Nutzung von Bioerdgas als Kraftstoff für Erdgasfahrzeuge ergeben sich für die Landwirtschaft neue interessante Absatzmöglichkeiten. Die Untersuchungen unter der Leitung des Wuppertal-Instituts haben ergeben, dass durch eine gezielte und effiziente Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen die Produktion von 100.000 Gigawattstunden (GWh) Biogas im Jahr 2030 (40.000 GWh in 2020) realistisch ist. Dieser Wert entspricht acht Prozent des Kraftstoffbedarfs, den der Mineralölwirtschaftsverband für 2020 prognostiziert. Um diese Menge aufzunehmen, müssten dann in Deutschland über vier Millionen Erdgasfahrzeuge unterwegs sein. 2030 könnte durch den massiven Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen sogar ein Fünftel des gesamten deutschen Kraftstoffbedarfs durch heimisches Bioerdgas gedeckt werden. □



Das BOKIMOBIL HY 1251.

Präsentation auf der GaLaBau 2006:

BOKIMOBIL mit Euro-IV-Motor

Auf der GaLaBau 2006 präsentiert die Kiefer GmbH, Dorfen, ihr BOKIMOBIL HY 1251 mit dem neuen Euro-IV-Motor von IVECO. Beim vorgestellten BOKIMOBIL HY 1251 hat der Diesel-Motor eine Leistung von 80 KW bzw. 109 PS und ein kraftvolles Drehmoment von 280 Nm. Der Hubraum beträgt 2.998 ccm. Der Euro-IV-Motor ist serienmäßig mit Partikelfilter ausgestattet und das Kühlsystem verfügt über eine temperaturabhängige Steuerung des Lüfters.

Mit der Einführung des neuen Motors gehen einige weitere technische Neuheiten beim BOKIMOBIL einher. So sind die Fahrzeuge ab jetzt mit Scheibenbremsen ausgestattet und die Kabine ist hydraulisch kippbar. Das BOKIMOBIL präsentiert sich in neuem Design mit abgeschrägter Stirnwand an der Motorkiste.

Extreme Wendigkeit

Des weiteren zeigt die Kiefer GmbH auf der GaLaBau das kürzlich entwickelte BOKIMOBIL Kommunalfahrzeug HY 1351B mit einer Außenbreite von 1.700 mm. Allrad-Lenkung und 4 Lenkungsarten (Vorder-, Hinterrad, Rundgang- und Hundegangelenkung) sorgen weiterhin für die extreme Wendigkeit beim HY 1251B und beim HY 1351B, zum Beispiel beim Kehr- und Mäheinsatz. Auch das schaltgetriebene BOKIMOBIL Typ 1151 ist nun ebenfalls mit einer Außenbreite von 1,70 m verfügbar, damit ist das Fahr-

zeug für Transportaufgaben noch besser ausgerüstet. Dafür dient auch die Option, das zulässige Gesamtgewicht auf 6 Tonnen zu erhöhen.

Bei der B-Ausführung der BOKIMOBILE kann anstelle des Beifahrersitzes auch eine Bank für zwei Beifahrer eingebaut werden. Das Schnellwechselsystem sorgt dafür, dass eine Reihe von Anbaugeräten in kürzester Zeit mit dem BOKIMOBIL zum Einsatz kommt.

Der vorgestellte Mobilbagger Typ 4551 verfügt seit kurzem über die Möglichkeit in der Spur abzustützen. Die 1-teilige Kurzabstützung Typ 900 kann anstelle des serienmäßigen vorderen Stützschildes und der zweiteiligen Abstützungen hinten eingesetzt werden. Die Stützfüße klappen einfach ab und sind seitlich verschwenkbar. Für das notwendige Gewicht sorgt das Heckgewicht, das beim Einsatz der Kurzabstützung Typ 900 eingesetzt wird. □

Gute Ausgangslage für BayWa-Konzern

Schwieriger Start ins neue Jahr / Rekordergebnis im zweiten Quartal

München. Der Handels- und Dienstleistungskonzern BayWa konnte, bedingt durch den harten Winter, das ungewöhnlich niedrige Ergebnis des ersten Quartals, weitgehend aufholen. Wie Vorstandschef Wolfgang Deml bei der Halbjahrespressekonferenz berichtete, wurde im ersten Halbjahr 2006 ein Umsatz- und Gewinnplus erzielt. Damit bestehe für das Geschäftsjahr 2006 eine gute Ausgangslage für die geplanten Steigerungen.

Im ersten Halbjahr stiegen die Umsätze im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 9,7 Prozent auf 3,36 Milliarden Euro. Neben den hohen Ölpreisen haben dazu auch die seit April anziehenden Baustoffgeschäfte beigetragen. Der operative Gewinn lag mit 25,3 Millionen Euro noch 2,8 Millionen Euro unter dem Vorjahreswert.

„Wir konnten die in diesem Jahr besonders extremen Witterungs- und Marktschwankungen schon bis Juni größtenteils ausgleichen und holen weiter auf“, betonte Deml. „Dazu haben neben unseren Kerngebieten in Deutschland und Österreich auch die Konzerngesellschaften in Osteuropa beigetragen“. Damit könne der Konzern mit Blick auf das Gesamtjahr seinen Wachstumskurs fortsetzen und seine Ertragsstärke weiter verbessern.

In der Bausparte zeigt sich, so Deml, eine erfreuliche Entwick-

lung. So konnte der hohe Rückstand aus dem ersten Quartal bis zur Jahresmitte wettgemacht werden. Die Umsätze erreichten Ende Juni 821 Millionen Euro und übertrafen die Vergleichszahl 2005 um 13,8 Prozent. Das Plus kam je zur Hälfte aus den neuen Baustoffhandelsunternehmen und aus höherer Marktleistung. Das Hauptgeschäft ist die Altbauanmietung.

Das Agrarsegment stabilisierte den Umsatz zum 30. Juni mit 1,4 Milliarden Euro auf Vorjahresniveau. Dabei lag der Agrarhandel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Betriebsmitteln mit 1,1 Milliarden Euro nur noch knapp hinter dem Vorjahreszeitraum zurück. Während der Getreidehandel gut verlief, waren bei landwirtschaftlichen Betriebsmitteln die Folgen des wesentlich später einsetzenden Frühjahrsge- schäfts und der kurzen Vegetationszeit spürbar. E. Schöll

BOKI MOBIL KOMMUNALFAHRZEUG

EIN KONZEPT - UNZÄHLIGE LÖSUNGEN

GaLaBau 2006
Halle 9 / Stand 405

WIR FREUEN UNS AUF IHREN BESUCH

1200 - 1700 mm Fahrzeugbreite

INFO DURCH: **KIEFER GMBH**
MACHINENBAU, FÄHRZEUGBAU UND VERLEIH

POSTFACH 1246
84402 DORFEN
TELEFON: (08081) 414-0
TELEFAX: (08081) 414-99
www.kiefergmbh.de

Weltpremiere auf der IAA Nutzfahrzeuge 2006 in Hannover:

Neuer kompakter Unimog von Mercedes-Benz

Universeller Geräteträger mit neuem Frontlenker-Fahrerhauskonzept

Mercedes-Benz schlägt auf der internationalen Automobilausstellung IAA 2006 in Hannover vom 21. bis 28. September ein neues Kapitel in der Geschichte des legendären Unimog auf: Der leichte Unimog-Geräteträger erweitert die aktuelle Palette des Unimog um einen neuen Typ. Mit 7,5 t bis 8,5 t Gesamtgewicht verfügt er über ein neues, eigenständiges Fahrerhauskonzept. Enorme Wendigkeit sowie permanenter Allradantrieb und zahlreiche Anbaumöglichkeiten für Arbeitsgeräte stellen eine hohe Leistungsfähigkeit sicher.

Der neue kompakte Unimog bietet die herausragende Technik des Unimog in Verbindung mit einem niedrigen Fahrzeuggewicht und ausgeprägter Wendigkeit zu einem günstigen Preis.

So nutzt der neue kompakte Unimog Fahrgestell und Antriebs-technik des klassischen Unimog, jedoch mit einem auf 2700 mm verkürzten Radstand. Dies verringert den Wendekreis-Durchmesser auf weniger als 12,8 m. Da-

durch entpuppt sich der neue Unimog als wendige und kompakte Arbeitsmaschine. Auch die Höhe ist auf rund 2700 mm reduziert worden - dies ist besonders wichtig bei niedrigen Durchfahrten.

Das Leergewicht beläuft sich auf 5,1 t einschließlich einer 2,25 m langen Kipp-Pritsche (Winterdienst-Ausrüstung). Bei einem maximal zulässigen Gesamtgewicht von 8,5 t verbleiben an Nutzlast für Anbaugeräte und/

oder Ladung 3,4 t. Wer die volle Nutzlast nicht ausnutzen muss, kann den neuen „Kompakten“ deshalb auch mit 7,5 t zulässigem Gesamtgewicht erwerben.

Frontzapfwelle und hohe Vorderachslast

Gleichzeitig verfügt der neue kompakte Unimog über eine enorme Leistungsfähigkeit. Die zulässigen Achslasten von 4,5 t (vorn) und 4,6 t (hinten) ermöglichen den frontseitigen Anbau von Arbeitsgeräten. Daraus resultiert eine hohe Flexibilität und die Möglichkeit des wirtschaftlichen Ganzjahres-Einsatzes: So können mit dem Kompakten problemlos Frontausleger-Mähgeräte oder 3,4 m breite Schneepflüge in Verbindung mit

1,5 m³ fassenden Feuchtsalz-Streuautomaten betrieben werden. Der neue leichte Unimog-Geräteträger verfügt über Anbaupunkte, die identisch mit denen seiner „großen Brüder“ sind.

Der neue kompakte Unimog verfügt zudem über eine Kipper-Hydraulik, optional auch über eine genormte Zweikreis-Winterdienst-Hydraulik, ein Zapfwellen-Getriebe vorn sowie einen Nebenantrieb vom Getriebe und eine Frontanbauplatte. Damit lassen sich zahlreiche unterschiedliche Geräte betreiben.

Ein echtes Profigerät

Gleichzeitig ist der neue Unimog als echtes Profigerät entwickelt worden: Ein permanenter Allradantrieb mit drei Differenzialsperrern ist ebenso selbstverständlich wie die Portalachsen mit hoher Bodenfreiheit und einer Einzelbereifung in der Größe 315/60 R 22,5, alternativ 335/80 R 20 MPT.

Den Antrieb übernimmt der Vierzylinder-Turbodiesel Mercedes-Benz OM 904 LA. Er leistet aus 4,25 l Hubraum 115 kW (156

PS). Der Motor mit Blue-Tec-Dieselseltechnologie entspricht der EU-Abgasrichtlinie Euro 4. Die Kraftübertragung übernimmt das mechanisch betätigte Achtgang-Schaltgetriebe UG 100/8, das um acht Arbeitsgänge erweitert werden kann. Mit einer Geschwindigkeit von ca. 1,5 km/h bei Nenndrehzahl im kleinen Gang verfügt der kompakte Unimog auch über Langsamfahr-Eigenschaften. Gleichzeitig reicht die Übersetzung im höchsten Gang für eine Geschwindigkeit von 90 km/h. Im Unterschied zu anderen Arbeitsmaschinen besitzt der neue kompakte Unimog ausgezeichnete Schnellfahr-Eigenschaften und kann Verbindungsstrecken problemlos auf der Autobahn zurücklegen.

Im Unterschied zum U 300 verfügt der neue kompakte Unimog über ein neues Frontlenker-Ganzstahlfahrerhaus. Die Frontlenker-Kabine ermöglicht eine gute Rundumsicht. Sie ist durch weit öffnende Türen gut zugänglich und bietet innen Raum für drei Personen. Der Fahrer nimmt hinter einem elegant gewölbten und gleichzeitig funktionellen Arma-

turenträger Platz. Das Lenkrad ist in Höhe und Neigung verstellbar. Analog zum U 300 erfolgt die Bedienung der optionalen Hydraulik über einen Joystick in der Mittelkonsole.

Für den Service an den Antriebsaggregaten ist die Kabine bereits in der Serienausführung werkzeuglos kippbar, ein Novum in der Geschichte des Unimog. Zwischen Kabine und Pritsche ist ausreichend Platz für Anbauten und Geräte, etwa für einen Ladekran oder für Staukästen mit Werkzeug und Arbeitsmaterial, das gut zugänglich außerhalb der Kipp-Pritsche untergebracht wird.

Über seine umfangreichen Aufgaben im öffentlichen Dienst oder bei Dienstleistern hinaus eignet sich der neue Unimog auch für den Einsatz im Baugewerbe, im Garten- und Landschaftsbau sowie bei Energie-Versorgern. Mercedes-Benz liefert den neuen Unimog im Laufe der zweiten Jahreshälfte 2007 aus. Der Preis wird deutlich unter dem des U 300 liegen - ein starkes Argument für den Neuen speziell in Zeiten einer angespannten Kassenlage der öffentlichen Haushalte. □

Der Unimog.



Perfektion erfahren.

Besuchen Sie uns auf der
IAA Nutzfahrzeuge 2006
21.-28. September in Hannover
Halle 14/15

► Der Unimog ist anders. Weder Allrad-Lkw noch Schlepper. Sondern eine Fahrzeug-Gattung für sich. Mit doppeltem Leistungs-Plus: Erstens ist der Unimog als professioneller Geräteträger so vielseitig wie kein zweites Fahrzeug. Zweitens

garantiert Ihnen das einzigartige Unimog-Fahrwerkskonzept jederzeit uneingeschränkte Handlungsfreiheit. Selbst dann, wenn andere Fahrzeuge scheitern.

► Bei jeder Herausforderung - auf und abseits der Straße: Der Unimog bietet Ihnen passgenau, was Sie für Ihren individuellen Arbeitseinsatz brauchen. Power pur, ungebremste Dynamik, einzigartige Effizienz - alles auf perfekte Weise miteinander verbunden. Das Ergebnis: Meter für Meter das gute Gefühl, sich auch unter schwierigsten Bedingungen auf überlegene Technologie verlassen zu können.

► Was drin ist für Sie mit dem Unimog erfahren Sie bei Ihrer Unimog-Vertretung. Oder unter www.mercedes-benz.com/unimog
Mehr bewegen. Unimog.



Mercedes-Benz

DaimlerChrysler auf der IAA-Nutzfahrzeuge 2006:

Geballte Nutzfahrzeug-Kompetenz

50 Fahrzeuge auf 11 000 m² in Halle 14/15 allein bei Mercedes-Benz
Drei Themeninseln präsentieren Technologie- und Innovations-Kompetenz

Die ganze Nutzfahrzeug-Kompetenz der DaimlerChrysler AG, das Spektrum an Nutzfahrzeugen aller Bauarten und Größen von Transportern über Lkw und Spezialfahrzeugen bis hin zu Omnibussen - der Auftritt der großen Marke mit dem Stern und der vielen anderen zum Konzern zählenden Nutzfahrzeug-Marken gibt all dies auf der IAA-Nutzfahrzeuge 2006 in Hannover auf beeindruckende Weise wieder: DaimlerChrysler begleitet seine Kunden als Partner auf ihren Transportwegen und lässt sie auch im harten Alltagsgeschäft nicht allein, ob mit maßgeschneiderten Fahrzeugen, individuell auf den Kunden und seine Bedürfnisse abgestimmten Dienstleistungen oder einem umfassenden After-Sales-Service.

11.000 m² Ausstellungsfläche, 50 Fahrzeuge aller Bauarten und Größen, zahlreiche weitere Exponate, Technologie- und Innovations-Inseln, zentrale Beratungspunkte - dies sind nur einige der nüchternen Rahmendaten für die Präsentation von Mercedes-Benz am schon traditionellen Standort in der Halle 14/15 auf dem Messegelände in Hannover, in der auch die Experten der größtenteils markenübergreifenden Dienstleister konzentriert sind und den interessierten Fachbesuchern Rede und Antwort stehen.

Präsentations-Erlebnis

Von der weltweit führenden Nutzfahrzeugmarke und vom Erfinder des Lkw, Transporters und Omnibusses werden indes nicht nur besondere Fahrzeuge erwartet, sondern stets auch ein außergewöhnliches Präsentations-Erlebnis. „Your Way“ ist das diesjährige Motto des Mercedes-Benz-Auftritts auf der

Mobiworx Raubling:

Alles im Blick mit Telematik

Effektiver und innovativer Winterdienst in der Praxis erfolgreich angewendet

Jürgen Potocnik, der „geistige Vater“ der MOBIWORX Telematik GmbH aus dem oberbayerischen Raubling weiß aus den vielen Gesprächen mit Entscheidern in Kommunen und Ämtern: Der effiziente Winterdienst geht weit über das Telefonieren mit dem Fahrer hinaus. Für mehr Transparenz und eine hohe Kostenersparnis sorgt das internetbasierte Linux-Telematiksystem „Mobidat“ - der ganze Stolz der Raublinger Denk- und Innovationschmiede.

Potocnik kennt viele Einsatzleiter, die nicht mehr ohne den schlaun Helfer an Bord ausrücken lassen: „Alle Fahrzeuge können lückenlos verfolgt werden. Sobald der Schlüssel umgedreht wird und das Fahrzeug den Hof verlässt, wird das Internet aktiviert“.

Erhöhte Wirtschaftlichkeit

Die Kunden von MOBIWORX profitieren zusätzlich von den Online-Wetterdaten und von vielen Auswertungen, die per Knopfdruck abrufbar sind und die Wirtschaftlichkeit erhöhen. Und das völlig ohne aufwändigen Eingabe-, Installations- oder Verwaltungsaufwand. Versicherungen bestätigen ebenfalls den Wert dieser Lösung. Kein Wunder, können doch Schadensfälle einfach, mi-

nutiös und dokumentenecht nachvollzogen und nachgewiesen werden.

„Liebling“ vieler Einsatzleiter

Landkreise, Straßenbauämter und Autobahnmeistereien setzen längst auf das patentierte System, das sogar automatisch Abrechnungen für Fuhrunternehmer erstellt. Und nicht zuletzt ist Mobidat vielleicht auch deshalb der „Liebling“ vieler Einsatzleiter, weil diese den Winterdienst am Wochenende bequem von zu Hause aus steuern können. Internet macht's möglich.

Kontakt: MOBIWORX Telematik GmbH, D-83064 Raubling, Tel. +49 (0) 80 35/96 46 30; www.mobiworx.de

ders hervorgehoben werden.

Weltpremieren

Auch die Präsentation der Fahrzeuge gibt das Motto „Your Way“ wieder: Sie sind um die zentrale Plattform herum im Kreis wie auf vielen Fahrspuren gegliedert. Lkw, Transporter, Sonderfahrzeuge und Omnibusse sind innerhalb dieser Flächen nach ihren Einsatzgebieten angeordnet. Im Zentrum der Bereiche stehen die herausragenden Weltpremieren: Bei den Transportern ist dies der neue Mercedes-Benz Sprinter, bei den Omnibussen der Hochdecker-Reisebus Mercedes-Benz Tourismo (neben dem als weitere Weltpremieren auch der 10,5 m lange Stadtbus Citaro K und die neuen Minibus-Varianten auf Basis des Mercedes-Benz Sprinter gezeigt werden). Im Bereich der Lkw und Kommunal-Fahrzeuge wird als Welt-

GaLaBau 2006:

Freiräume gestalten

Nürnberg als Treffpunkt für Gestalter, Planer und Kommunen

Auch die 17. Internationale Fachmesse für Urbanes Grün und Freiräume, die vom 13. bis 16. September in Nürnberg stattfindet, steht im Zeichen der lebenswerten Gestaltung des Wohn- und Arbeitsumfeldes. Hier treffen sich Fachbesucher aus Kommunen, Landschaftsarchitekturbüros und Garten- und Landschaftsbau-Betrieben, um sich über neue Trends zu informieren, aber auch, um unter den Ausstellern die geeigneten Partner für ihre Projekte zu finden.

Das Wohnumfeld hat einen maßgeblichen Einfluss auf die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Bevölkerung. Immer mehr Menschen leben in Städten, in denen der begrenzte Raum kreative Gestaltungsideen erfordert. Denn wo wenig Wert auf multifunktionelle Architektur, lebendige Begrünung und attraktive Freiraumgestaltung gelegt wird, entwickeln sich schnell soziale Brennpunkte. Eine Herausforderung, die Kommunen, Architekten, Landschaftsarchitekten, aber auch Landschaftsgärtner in den kommenden Jahren gemeinsam meistern müssen.

Umfassende Palette

Dabei spielt die ansprechende Gestaltung urbaner Freiräume eine erhebliche Rolle. Die Zulieferer sind für diese Aufgabe gut gerüstet. Sie bieten eine umfassende Palette an Park- und Objektmöbeln, Müllboxen und Containermöbeln oder Zaun- und Torsystemen an - mit pfiffigem Design und langlebigen Materialien. Und sie nutzen die GaLaBau 2006, um genau die passenden Zielgruppen anzusprechen. „Die GaLaBau ist für uns im Bereich Freiraumgestaltung in diesem Jahr die wichtig-

premiere erstmals der neue kleine Mercedes-Benz Unimog gezeigt, der die aktuelle Palette des Unimog um eine dritte Baureihe mit 7,5 t bis 8,5 t zulässigem Gesamtgewicht erweitert und auf dem verkürzten Fahrgestell des Unimog U 300 basiert. Alle drei Weltpremieren werden entsprechend ihrem besonderen Stellenwert inszeniert. Die drei Fahrzeuge sind einheitlich in brillantsilber lackiert.

Flaggschiffe

Einen weiteren Höhepunkt in den unterschiedlichen Bereichen bildet die Präsentation der Flaggschiffe. Dies sind der Mercedes-Benz Actros als Fernverkehrs-Lkw, der Mercedes-Benz Atego als Sinnbild für den Verteiler- und Nahverkehr sowie der Hochdecker-Reisebus Mercedes-Benz Travigo als herausragender Luxus-Reisebus. Diese Flaggschiffe werden auf Plattformen präsentiert. Auf den dazu gehörigen Tribünen können die Besucher Platz nehmen, das entsprechende Fahrzeug in Ruhe erfassen und zusätzlich vertiefende Informationen via Bildschirm-Präsentationen aufnehmen.



Der vorrangig im Kommunal-Bereich eingesetzte Mercedes-Benz Eonic mit Niederflur-Fahrerhaus präsentiert sich auf der IAA Nutzfahrzeuge 2006 in Hannover mit neuer Frontgestaltung im Kühlerbereich. Eine neue Hinterachse hat jetzt 13 Tonnen statt bisher 11,5 Tonnen. Tragfähigkeit und modifizierte Stoßdämpfer führen zu einer verbesserten Fahrstabilität und Spurtreue. Bild: DaimlerChrysler

SPD-MdL Klaus Wolfrum:

Winterdienstpauschale wieder einführen!

Deutlich kritisiert hat der Hofer SPD-Landtagsabgeordnete Klaus Wolfrum die Abschaffung der Winterdienstpauschale. „Es muss endlich eine gerechte Lösung her, denn es geht um die Finanzausstattung unserer Kommunen“, forderte der Haushalts- und Finanzpolitiker. Wolfrum will nicht hinnehmen, dass die Winterdienstpauschale für die Kommunen gestrichen und stattdessen die Pauschale für den Straßenunterhalt erhöht wurde. „Das bedeutet, dass alle Gemeinden in Bayern diese Pauschale bekommen - unabhängig davon, ob sie viel Schnee haben oder nicht.“

Weit über eine halbe Million Euro pro Jahr müssten Städte in einer Größenordnung wie etwa Münchberg und Helmbrechts in Oberfranken für den Winterdienst aufbringen. Bei kleineren, aber besonders schneereichen Gemeinden wie etwa Schwarzenbach am Wald sei der Betrag kaum geringer, erklärte Wolfrum. Dies seien Kosten, von denen sich Kommunen im Münchner und Augsburger Speckgürtel keine Vorstellung machten. „Aber auch sie bekommen aufgrund der höheren Pauschale für den Straßenunterhalt jetzt mehr Geld, während die vom Winterdienst hart betroffenen Gemeinden auf einem Großteil ihrer Ausgaben sitzen bleiben“, betonte der SPD-Politiker. DK

Ausstattung auch im Privatgarten gefragt

Natürlich wird auch im privaten Umfeld Wert auf eine ansprechende Gestaltung gelegt. Auf Ausstattungen im Privatgarten hat sich die Firma gartenakzente aus dem bayerischen Eschenlohe spezialisiert, deren Produkte direkt an den Privatkunden, aber auch an den Landschaftsgärtner als Wiederverkäufer vertrieben werden. Geschäftsführer Wolfgang Huber verspricht sich auf der GaLaBau einen intensiven Kontakt zu der Zielgruppe aus dem Garten- und Landschaftsbau. Seine Aufgabe sieht er in der umfassenden Information der Fachbesucher: „Indem sie den Kunden im Rahmen einer hochwertigen Gartengestaltung auch hochwertige, fertige Ausstattung anbieten, haben Landschaftsgärtner die Möglichkeit, sich nicht nur als serviceorientierter Dienstleister zu profilieren, sondern auch noch etwas zu verdienen. Leider sehen viele diese Chance noch nicht.“

Attraktive Konzepte

Statt passiv auf den wirtschaftlichen Aufschwung zu warten, entwickelt die Branche des Garten-, Landschafts- und

Sportplatzbaus aktiv Konzepte, um auch in Zukunft ein attraktives Wohn- und Arbeitsumfeld zu sichern. Konzepte, die sich durch die Zusammenarbeit von Planern, Kommunen, Zulieferern und ausführenden Betrieben realisieren lassen. Mit knapp 900 Ausstellern und rund 50.000 Fachbesuchern bringt die GaLaBau in Nürnberg zusammen, was zusammen gehört. □

Grenzenlose Gartenschau 2006

Bei der Grenzenlosen Gartenschau 2006 in Marktredwitz und Cheb/Eger erwartet den Besucher bis 24. September 2006 nicht nur eine Landesgartenschau in einer Stadt, sondern eine gemeinsame, grenzüberschreitende Gartenschau in zwei Städten, zwei Regionen, zwei Ländern, zwei Sprachen und zwei Kulturen. Unter dem Motto „Gartenbau kennt keine Grenzen“ präsentiert das Bayerische Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten die Vielfalt heimischer Gartenbauprodukte in Erzeugung und Vermarktung. So wurde den Besuchern zum Beispiel ein vielfältiges Angebot an Spezialitäten und weiteren Produkten, die aus Wildkräutern und Wildfrüchten hergestellt sind, präsentiert. □

Tractor people

MAT GmbH
Zirndorfer Str. 7
84478 Waldkraiburg
Email: info@matgmbh.com
Internet: www.matgmbh.com
Tel. 08638/9441-21

MAT Serviceleistungen

- Ratenzahlung
- Leasing
- Inzahlungnahme
- Eigene Reparaturwerkstätte
- Ersatzteilversorgung im Haus

Erfassung

Starten Sie durch, mit effizienter Betriebsdatenerfassung.

Profitieren Sie von der nutzenbringenden Auswertungssoftware.

Erstellen Sie verständliche Analysen und Tourenverfolgungen auf Knopfdruck.

Übermittlung

Auswertung

Merkmale von MOBIDAT:

- ✓ Störungsfreier Dauerbetrieb
- ✓ Einfachste Anwendung
- ✓ Kundenspezifische Auswertungen
- ✓ Weiterverarbeitung der Daten
- ✓ Erfassung sämtlicher Anbaugeräte
- ✓ Günstige drahtlose Datenübertragung
- ✓ Patentschützes System

Jetzt testen!

Telefon 08035/96463-0 · www.mobiworx.de



Kann das ganze Jahr über voll genutzt werden: der flexible Puma von LEIBER.

Maytec Abrollsystem auf LEIBER Puma

Auf der GaLaBau 2006 stellt die Firma LEIBER den Puma mit dem Maytec Abrollsystem AR-L vor. Die Kombination des Geräteträgers von LEIBER mit dem Maytec Abrollsystem erhöht die Flexibilität des Fuhrparks von Kommunen und privaten Betrieben enorm.

Das Fahrzeug kann sich sehr schnell und einfach auf schnell ändernde Aufgaben einstellen und kann somit das ganze Jahr voll genutzt werden. Mit 6 t zulässigem Gesamtgewicht hat der Puma eine hohe Nutzlast. Sie bewegt sich, je nach Ausstattung des Fahrzeugs bei ca. 3.200 kg. Dies ist ideal für den Einsatz eines Salzstreuers. Durch die hohe Nutzlast muss der Puma weniger oft zum Nachfüllen des Streuers in den Bauhof - dies spart Zeit und Geld.

Eingesparter Arbeitsgang

Ist die Arbeit des Winterdienstes getan, kann der Salzstreuer mit dem Maytec Abrollsystem in kürzester Zeit von einem Mitarbeiter abgesetzt werden. Das Fahrzeug ist für neue Arbeiten frei und kann zum Beispiel Container mit geschnittenem Astwerk transportieren. Der Container (fast 8 m³ Volumen sind je nach Ausstattung möglich) wurde im Vorfeld schon gestellt. Das direkte Ein-

werfen des Materials in den ebenerdig stehenden Container ist einfach. Man spart den Arbeitsgang des nachträglichen Einsammelns der Asthaufen. Der Container ist in wenigen Minuten aufgenommen und der Lkw kann sich auf seine Hauptaufgabe, den Transport, konzentrieren.

Vielfältige Einsatzmöglichkeiten

Rasenmäher, Kehrmaschinen, Walzen, Rüttelplatten etc. sind einfach und sicher aufzuladen, da der Abrollbehälter zu diesem Zweck auf den Boden gestellt werden kann. Wasserfässer, Sinkkastenreiniger und andere Sonderaufbauten sind in Minutenschnelle einsatzbereit. Kleincontainer können selbst entsorgt werden.

Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt der Möglichkeiten, die Ihnen der LEIBER Puma mit dem Maytec Abrollsystem bietet. LEIBER informiert gerne über weitere Einsatzmöglichkeiten.



Alt und Jung begegnen sich im ER-LEBENS GARTEN und knüpfen miteinander Kontakte.

ER-LEBENS GARTEN in Schrobenhausen

Garten zur Wahrnehmung der Sinne für die Bewohner des Alten- und Pflegeheimes St. Georg

In einem Alten- u. Pflegeheim steht in der Regel die Grund- und Behandlungspflege im Vordergrund, die Pflege des Geistes und der Psyche werden eher vernachlässigt. Nicht so im Alten- und Pflegeheim St. Georg, wo die ganzheitliche Pflege einen wichtigen Ansatz darstellt.

Im Garten zur Wahrnehmung der Sinne sollen Reizangebote für wahrnehmungsgestörte ältere Menschen, die demenziell oder psychisch erkrankt sind, geschaffen werden. Auch sollen die bereits bestehenden Angebote im allgemeinen für die Senioren von St. Georg, auch im Rahmen seines Leitbildes, weiter verbessert werden. Darüber hinaus ist die Öffnung der Einrichtung im Bereich des Ge-

meinwesens der Stadt Schrobenhausen und des Umlandes geplant. Dies soll zu einem Mehr an Transparenz beitragen.

Ziel ist, Generationen zusammen zu führen. Alt und Jung können sich so im Park begegnen und miteinander Kontakte knüpfen. Weiterhin hat der Park natürlich auch für die Kinder einen gleichen oder ähnlichen Effekt, was die Stimulationsangebote betrifft.

Landkreistag, Gemeindegtag und Landschaftspflegeverbände:

Alarmstufe Rot

Gemeinsame Resolution für eine zukunftsfähige ländliche Entwicklung

In höchstem Maße alarmiert zeigten sich Vertreter von Landkreistag, Gemeindegtag und Landschaftspflegeverbänden bei einer gemeinsamen Pressekonferenz in München: Aufgrund der geplanten Mittelkürzungen in der 2. Säule des EU-Agrarhaushalts und der beabsichtigten Einsparungen des Freistaats bei der Förderung der sog. Ländlichen Entwicklung in Höhe von ca. 26 Prozent für die neue Förderperiode 2007 bis 2013 befürchteten sie negative Konsequenzen für landwirtschaftliche Betriebe, die wiederum auf den gesamten ländlichen Raum ausstrahlen könnten. Dies gelte insbesondere für die freiwillige und kooperative Umsetzung von Natura 2000, BayernNetz Natur und die Förderung der Dorferneuerung.

„Die ländliche Entwicklung hat nur dann eine Zukunft, wenn die Kooperation im Naturschutz weiterhin möglich ist und die Förderung der Dorferneuerung erhalten bleibt“, betonten unisono Gemeindegtagspräsident Dr. Uwe Brandl, Landkreistagspräsident Theo Zellner sowie Klaus Blümlhuber, Sprecher der Landschaftspflegeverbände in Bayern. Daher wurde eine „Gemeinsame Resolution zur Zukunft der ländlichen Entwicklung“ erarbeitet, in der dazu aufgerufen wird, den „Bayerischen Weg“, der die gleichwertigen Lebensbedingungen in Stadt und Land anstrebt, nicht zu verlassen. „Wir wollen, dass Kommunen, Landwirtschaft und Naturschutz ihre vorbildliche Zusammenarbeit auch in Zukunft fortsetzen können“, so die Vertreter der Verbände.

Die von den europäischen Staaten beschlossene Umsetzung von Natura 2000 und der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie stellt laut Resolution auch für Bayern eine große Aufgabe dar. Der Freistaat sei verpflichtet, den Verlust von Tier- und Pflanzenarten durch ein europäisches Biotopverbundsystem und den Schutz von Arten zu stoppen und umzukehren. Auch das bayerische Biotopverbundsystem „BayernNetz Natur“ trage zu diesem Ziel entscheidend bei. Die Bayerische Staatsregierung sei bisher stets bemüht gewesen, dies alles im Rahmen des sogenannten „Bayerischen Weges“ freiwillig umzusetzen. Speziell die Förderprogramme des Naturschutzes würden helfen, Akzeptanz zu schaffen und Maßnahmen mit Hilfe der betroffenen Landwirte effektiv zu realisieren. Nur so könnten die vielfältigen, kleinstufig strukturierten Kulturlandschaften als Lebensraum für Mensch und Natur sowie als Standortfaktor für Tourismus und Naherholung erhalten werden.

Eine konfliktarme Umsetzung der Naturschutzziele, insbesondere bei Natura 2000, lasse sich nur auf freiwilliger Basis und in Kooperation mit den Land- und Forstwirten erreichen, zeigten sich die Verbandsvertreter überzeugt. Die geplanten Kürzungen im Umweltressort stoßen daher bei den bayerischen Landkreisen und Gemeinden und den Landschaftspflegeverbänden auf Unverständnis. Trotz der zusätzlichen Pflichtenaufgaben im Naturschutz werde der Anteil des Umweltbereiches von jährlich 28 Mio. Euro auf 21 Mio. Euro EU-Mittel reduziert und betrage damit lediglich 12 Prozent des Gesamtvolumens der Ländlichen Entwicklung. Die daraus resultierenden Mittelkürzungen beim Bayerischen Vertragsnaturschutz- und Landschaftspflegeprogramm betreffen die Landkreise und Gemeinden in besonderem Maße.

Die bayerischen Landkreise und Gemeinden, die reich an Natura 2000-Gebieten sind und die erhebliche Konflikte bei der Meldung dieser Gebiete ausgetragen haben, setzen weiterhin auf die freiwillige Umsetzung. In Bayern befinden sich ca. 360.000 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche in Natura 2000-Gebieten. Vertragsnaturschutz wird laut Resolution

augenblicklich auf nur 8 Prozent dieser Flächen, also auf etwa 29.000 Hektar angewandt. Der aktuelle Vertragsbestand müsste demzufolge erheblich ausgebaut werden. Zusätzlich bestehe ein großer Bedarf für Maßnahmen im Landschaftspflegeprogramm. Stattdessen sei jedoch eine 25-prozentige Kürzung der Naturschutzgelder angekündigt worden.

Gerade die Dorferneuerung sei zu einem nicht mehr wegzudenkenden Entwicklungsmotor für die ländlichen Gemeinden geworden. Die Verbandsvertreter dankten der Staatsregierung, dass sie die Fördergelder in den genannten Bereichen in den vergangenen Jahren auf konstant gleichem Niveau halten konnte. Jedoch werde es im Zuge der Programmplanung zur Umsetzung der ELER-Verordnung im Jahr 2007 zu einem spürbaren Rückgang der EU-Mittel kommen. Man müsse bei Dorferneuerung und Flurneuordnung mit Einschnitten von 25 bis 30 Prozent rechnen.

Das Vorrangprinzip des ländlichen Raums - auch im jüngst verabschiedeten Landesentwicklungsprogramm an prominenter Stelle enthalten - könne nunmehr in der Realität gelebt werden, erklärten Brandl, Zellner und Blümlhuber. So wurden beispielsweise in der Oberpfalz 415 neue Anträge auf Dorferneuerung gestellt, die ohne Mittelhöhung nicht gefördert werden könnten.

Gäbe es weniger Geld in Förderprogrammen, so würde sich dies verheerend auf die landwirtschaftlichen Betriebe auswirken, prognostizierten die Verbandsvertreter. Ende des Jahres werden ca. 75 Prozent der Vertragsnaturschutz-Vereinbarungen auslaufen - in einzelnen Landkreisen bis zu 90 Prozent. Aufgrund mangelnder Finanzausstattung könnten diese in vielen Fällen wohl nicht mehr verlängert werden. Nach Berechnungen der Landschaftspflegeverbände sind davon allein in 2006 ca. 2.500 landwirtschaftliche Betriebe betroffen. Im Naturschutz bestehe somit für Landwirte keine Planungssicherheit mehr.

Der Bayerische Landkreistag, der Bayerische Gemeindegtag und die Landschaftspflegeverbände in Bayern fordern deshalb die Bayerische Staatsregierung auf, bedarfsgerecht Landesmittel bereitzustellen, um die massiven Kürzungen der EU-Mittel im Bereich der Förderung des ländlichen Raumes weitestgehend auszugleichen.

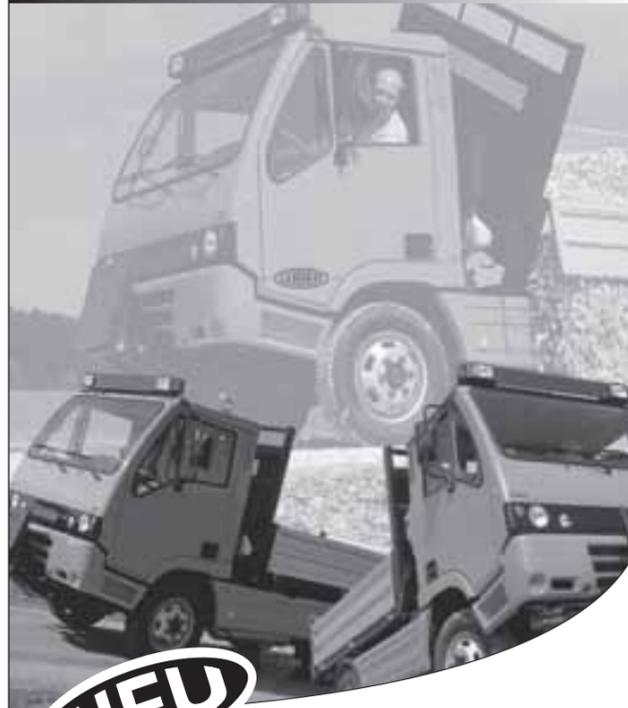
• in der Programmplanung für den ländlichen Raum auch für eine Schwerpunktsetzung zu Gunsten des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu sorgen. Pro Jahr seien mindestens 37 Mio. Euro an EU-Mitteln für die Maßnahmen im Bereich des Umweltministeriums nötig. Der Schwerpunkt sei dabei im Bereich Vertragsnaturschutz und Landschaftspflege zu setzen.

• ihre Zusage zur Finanzierung der freiwilligen und kooperativen Umsetzung von Natura 2000 und BayernNetz Natur weiterhin zu erfüllen und • bei der Förderung der Dorferneuerung keine Kürzungen vorzunehmen. DK

LEIBER

Der Herausforderer ist da.

Fahrzeugbau



NEU

Der PUMA.

Schnell, vielseitig, stark: Die neue Dimension in seiner Klasse.

- Zul. Gesamtgewicht 6,0 t
- Vorbautenträger für Frontanbaugeräte
- Vielfältige Möglichkeiten mit Kugelwechselsystem
- Hohe Nutzlast
- Kraftvolle Motorleistung / 90 km/h
- Sperrdifferential an der Hinterachse und Längssperre



Spezialist für den Ganzjahreseinsatz

LEIBER GROUP

LEIBER OHG

Rudolf-Diesel-Straße 1-3
D-78576 Emmingen-Liptingen
Tel: + 49 (0) 74 65 / 292 - 151
Fax: + 49 (0) 74 65 / 292 - 71 51

www.leiber.com
info@leiber.com

Verkehrstelematik:

Thema für alle Städte

Konsens zwischen Städten, Staat und Wirtschaft - Schaidinger und Beckstein sehen Zukunft in „intelligenter“ Verkehrssteuerung

Die Verkehrspolitik von Staat und Kommunen muss den Autoverkehr künftig verstärkt so steuern, dass die Bürgerinnen und Bürger auch mit zunehmendem Verkehrsaufkommen auf den vorhandenen Straßen mit möglichst wenig Staus und Emissionen an ihr Ziel kommen können. Dies ist keineswegs nur ein Thema der Großstädte, sondern erfordert ein Netzwerk von Informationen, an dem große, mittlere und kleinere Städte beteiligt sind. Die Städte erwarten dabei vom Freistaat Bayern, dass er sie beim Aufbau von Verkehrsleitsystemen finanziell unterstützt. Die Industrie muss ihre innovativen Technologien zur besseren Steuerung des Verkehrs sowie zur Fahrgast- und fahrerfreundlichen Information über Reisezeiten und Reisehindernisse zügig weiterentwickeln.

Dies waren die wesentlichen Ergebnisse einer Informationsveranstaltung in Regensburg unter dem Motto „Intelligente Verkehrssteuerung in bayerischen Städten“.

Wichtige Mobilität

Eingeladen dazu hatten der Bayerische Städtetag gemeinsam mit den Firmen BMW und Siemens, dem ADAC Südbayern, dem Bayerischen Industrie- und Handelskammertag, der Landesgruppe Bayern des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) und die Stadt Regens-

Hans Schaidinger, stellte bei der Tagung fest, dass die Autofahrer in Deutschland jährlich 13 Millionen Stunden im Stau verbringen, 33 Millionen Liter Kraftstoff würden in dieser Zeit verbraucht. Experten schätzten den gesamten volkswirtschaftlichen Schaden auf 300 Millionen Euro im Jahr.

Verkehr intelligent steuern

Da man sich eine neue Verkehrsinfrastruktur wegen der dabei entstehenden gewaltigen Kosten und der Belastung der Umwelt so nicht mehr leisten könne, sei es vorrangige Aufgabe der

sein können. Beides ergänze sich vielmehr wechselseitig wie Hard- und Software. Der Städtetagsvorsitzende untermalte sein Plädoyer für die moderne Verkehrssteuerung durch einen Hinweis auf neue Erkenntnisse der Deutschen verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft. Die Wissenschaftler hätten eine Leistungssteigerung durch Verkehrsleitmatic zwischen 10 und 15 Prozent errechnet. Die Emissionsminderungen lägen bei 20 bis 25 Prozent, wenn man beispielsweise über Fahrgemeinschaften oder über Car-Sharing erreicht, dass im Berufsverkehr in jedem Auto nicht nur eine sondern zwei Personen sitzen. Innenminister Dr. Günther Beckstein berichtete in seinem Grußwort über das Verkehrsforschungsprojekt „Mobinet“, das Projekt „Bayern-Info“

„Travolution“ in Ingolstadt:

Projekt zur Verkehrsforschung

Mit der Unterzeichnung des Kooperationsvertrages hat in Ingolstadt das Projekt „Travolution“ Einzug gehalten. Dieser Name steht für ein größeres Forschungsvorhaben im Bereich Verkehrsmanagement, das im Rahmen des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens „Informations- und Kommunikationstechnik“ vom Freistaat Bayern gefördert wird.

Hierbei arbeiten die Abteilung Umwelt und Verkehr der Audi AG Ingolstadt, der Lehrstuhl für Verkehrstechnik der Universität München sowie das Büro Gevas Software-Systementwicklung und Verkehrsinformation GmbH München und die Stadt Ingolstadt, vertreten durch das Amt für Verkehrsmanagement und Geoinformation zusammen.

Reisezeitsparungen und Entlastung

Als Projektziel wurde definiert, für den motorisierten Verkehr erhebliche Reisezeitsparungen und eine Entlastung während der Verkehrsspitzen zu erreichen. Durch ein flüssigeres Fahren, kürzere Reisezeiten und weniger Stops sollen auch die Umweltbelastungen reduziert werden. Der Verkehrsablauf im Hauptverkehrsstraßennetz soll durch die Anwendung der ver-

sowie über die privatwirtschaftlich organisierte „Verkehrsinformationsagentur Bayern“ (VIB). Zentrale Aufgabe aller dieser Projekte sei es, mit einem Bündel von Lösungsansätzen den PKW-Verkehr hin zum öffentlichen Verkehr zu verlagern, den verbleibenden Autoverkehr zu verflüssigen und hierzu, vor allem über die VIB, sämtliche Verkehrsdaten von Staat und Kommunen zu verknüpfen und den Nutzern zugänglich zu machen.

Bringschuld

Der Innenminister stellte klar, dass Verkehrsdaten eine „Bringschuld“ der staatlichen und kommunalen Verkehrsbehörden sei. Zum Aufbau des notwendigen Informationsverbands im Rahmen der VIB stellte der Minister in Aussicht, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten auch Aufwendungen zum Auf- und Ausbau städtischer Verkehrsleitsysteme staatlich zu fördern, wenn diese der Verknüpfung mit den Aufgaben der VIB dienen.

Thomas Kostenbade/IBSt



Im Landkreis Schweinfurt werden die Kreisstraßen saniert. Dabei kommt flächendeckend eine mit Rapsöl versetzte Bitumenemulsion als Bindemittel zum Einsatz. Durch den nachwachsenden Rohstoff wird nicht nur die Umwelt geschont, sondern auch die Gebrauchseigenschaften werden verbessert. □

Landkreis Schweinfurt saniert Kreisstraßen:

Bindemittel mit Rapsöl im Einsatz

Der Landkreis Schweinfurt saniert in diesem Jahr wieder mehrere Teilstrecken seiner Kreisstraßen mit einer so genannten Oberflächenbehandlung. Die Maßnahmen haben bereits begonnen. Neben kleinen „Flickarbeiten“ im gesamten Landkreis die Kreisstraße SW 54 nördlich von Dürrfeld auf etwa zwei Kilometern Länge, die Kreisstraße SW 42 zwischen Frankenwinheim und Brunnstadt auf ebenfalls zirka zwei Kilometern Länge und die Kreisstraße SW 22 zwischen Wipfeld und der Landkreisgrenze Würzburg auf etwa einem Kilometer Länge und saniert.

Dabei setzt der Landkreis wieder flächendeckend eine mit Rapsöl versetzte Bitumenemulsion als Bindemittel ein. Durch den nachwachsenden Rohstoff wird nicht nur die Umwelt geschont, sondern auch die Gebrauchseigenschaften werden verbessert: Die Langzeitbeständigkeit ist höher, und das bei extremer Hitze auftretende Überfetten mit dem dadurch bedingten Nachsplitten wird minimiert.

Preiswerte Verbesserung

Diese Art der Oberflächenbehandlung stellt eine kostengünstige Möglichkeit dar, die Grif-

figkeit der Fahrbahnoberfläche zu verbessern und eine Abdichtung der Deckschicht bei kleinen Rissen und so genannten Ausmagerungen zu erreichen.

Warnung vor Rollsplit

Das Tiefbauamt im Landratsamt und die Mitarbeiter des Bauhofs bitten alle Verkehrsteilnehmer um Verständnis bei auftretenden Verkehrsbehinderungen und wegen des unvermeidlichen Rollsplitts um erhöhte Aufmerksamkeit sowie angepasste Fahrweise. Die betroffenen Straßen werden selbstverständlich dementsprechend ausgeschildert. □

Huber zu ÖPNV-Zuweisungen:

Freistaat stärkt ÖPNV

Für den gesamten Freistaat stehen wie im vergangenen Jahr rd. 47 Millionen Euro ÖPNV-Zuweisungen zur Verfügung. Rund 16 Millionen Euro davon sind für die vier bayerischen Großstädte und die Städteachse Nürnberg - Fürth - Erlangen vorgesehen. Die übrigen rund 31 Millionen Euro stehen zur Förderung des allgemeinen ÖPNV im ländlichen Raum zur Verfügung.

Der Freistaat Bayern den einzelnen Regierungsbezirken zwischen 3,4 Millionen Euro und 15,3 Millionen zur Unterstützung des ÖPNV-Betriebes durch die kommunalen Träger zur Verfügung, teilt Bayerns Verkehrsminister Erwin Huber mit. Zwischen 1,1 Millionen Euro und 7 Millionen Euro davon sind für die jeweiligen Großstädte bestimmt. Huber: „Der Freistaat investiert mit den ÖPNV-Zuweisungen in einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr sowohl in den Ballungsräumen als auch im ländlichen Raum.“

ÖPNV-Angebot auf hohem Niveau

Die Zuweisungen sollen die Aufgabenträger in die Lage versetzen, das ÖPNV-Angebot auf hohem Niveau beizubehalten und damit möglichst viele Fahrgäste anzusprechen. Leistungsverbundene öffentliche Verkehrsverbindungen garantieren Mobilität und schnelle Wege für Arbeitnehmer. Damit tragen Sie wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand in allen Regionen Bayerns bei. Gerade auch für die vielen Tourismusregionen im Freistaat sind attrakti-

ve Verkehrsverbindungen von besonderer Bedeutung.“

Die ÖPNV-Zuweisungen stellen im Freistaat Bayern die wichtigste Finanzierungsquelle der Verkehrsleistungen im allgemeinen ÖPNV dar und werden in erster Linie für den Linienbetrieb mit Omnibussen eingesetzt. Die Fördermittel des Freistaates, deren Umfang sich nach dem jeweiligen Kfz-Steueraufkommen bemisst, werden über die Bezirksregierung in München an die Aufgabenträger des allgemeinen ÖPNV, die Landkreise und kreisfreien Städte, verteilt. □

Regierungsbezirk	Euro
Schwaben	6,7 Mio.
Unterfranken	5,7 Mio.
Mittelfranken	8,3 Mio.
Oberfranken	3,4 Mio.
Oberpfalz	4,3 Mio.
Oberbayern	15,3 Mio.
Niederbayern	3,4 Mio.
	47,1 Mio.
Stadt	
Augsburg	2,1 Mio.
Würzburg	1,1 Mio.
Großraum Nürnberg-Fürth-Erlangen	4,7 Mio.
Regensburg	1,1 Mio.
München	7 Mio.
	16,1 Mio.

Verkehrstelematik

„Verkehrstelematik“ bedeutet die Anwendung von Informations- und Kommunikationstechniken, abgekürzt IuK-Techniken, im Verkehr. Der Wortteil „Telematik“ ist ein in der Branche übliches Kunstwort, das die beiden Begriffe Telekommunikation und Informatik verknüpft. Bei der Verkehrstelematik unterscheidet man üblicherweise zwischen den individuellen und den kollektiven Systemen. Beispiele für individuelle Systeme sind die Routenwahl durch ein Navigationssystem, der satellitengestützte Notruf oder Hotel- und Freizeinfos. Markante Beispiele für kollektive Informationssysteme sind die Verkehrsnachrichten im Rundfunk, Wechselwegweiser oder auch Warnanlagen an den Straßen mit digitaler Technik, die auf Staus, Nebel oder Glätte aufmerksam machen. Eine besondere Bedeutung haben institutionelle Telematik-Systeme, die verkehrübergreifend dem Verkehrs- und Mobilitätsmanagement dienen. Ein Beispiel dafür ist die neue Verkehrsinformationsagentur Bayern (VIB), die die Oberste Baubehörde zum 01. 01. 2006 an ein Industriekonsortium unter Leitung der Siemens AG vergeben hatte. Ko/IBSt

burg. Bei den Fachreferaten der Veranstaltung ging es vor allem um die Lösung von Parkproblemen, die optimierte Steuerung des Verkehrs durch Lichtsignalanlagen und die Möglichkeiten wie man durch eine moderne Steuerung von Individualverkehr und öffentlichem Verkehr die für die Industriegesellschaft wichtige Mobilität künftig umweltfreundlicher und auch kostengünstiger organisieren kann. Der Verbandsvorsitzende, Oberbürgermeister

Verkehrstelematik den Verkehr mit modernen Systemen „intelligent“ so zu steuern und zu lenken, dass man mit der heute vorhandenen Infrastruktur möglichst auskommt.

Leistungssteigerung

Schaidinger stellte klar, dass alle Maßnahmen der Verkehrstelematik kein Ersatz für die reine Ordnungspolitik oder für Weiterentwicklungen der Infrastruktur



Mit einem symbolischen Spatenstich begannen Landrat Dr. Karl Vogele, Scherstettens Bürgermeister Helmut Baur und Mickhausens Bürgermeister Anton Müller den Neubau eines gemeinsamen Rad- und Gehweges von Konradshofen nach Münster. „Ein Freudentag für die Gemeinden und den Landkreis. Unser über 100 Kilometer langes Radwegenetz wird wieder enger geknüpft“, freute sich Vogele. Das gesamte Vorhaben kostet knapp 700 000 Euro. Der Freistaat Bayern beteiligt sich mit 65 Prozent zu. Die verbleibenden Kosten teilen sich der Landkreis (70 Prozent) und die Gemeinden Scherstetten (10 Prozent) und Mickhausen (20 Prozent). Vogele dankte den Grundeigentümern, die ihren Grund für die Maßnahmen zur Verfügung gestellt hatten. Erst durch deren Entgegenkommen konnte die Maßnahme umgesetzt werden. „Der Rad- und Gehweg, aber auch die Straßenbaumaßnahmen sind ein wichtiger Beitrag, um die Verkehrssicherheit für die Radfahrer, Fußgänger und auch des Kfz-Verkehrs an dieser gefährlichen Strecke zu erhöhen“, so Vogele. Im Bild (v. l.): Kreisbaumeister Frank Schwindling, Planer Andreas Endres, Mickhausens Bürgermeister Anton Müller, die Kreisbauausschussmitglieder Hans Merk und Walter Aumann, Uwe Wiedemann von der Baufirma Klaus, Bauausschussmitglied Rudolf Lautenbacher, Scherstettens Bürgermeister Helmut Baur, Landrat Dr. Karl Vogele und Bauausschussmitglied Franz Settele. □

Erfolge durch den Einsatz der verkehrsadaptiven Netzsteuerung konnten u. a. bereits bei der Neuen Messe in München-Riem erzielt werden. Hier wurden Wartezeiten und die Anzahl der Stops um 25 bis 30 Prozent reduziert. Für die Realisierung sind technische Erweiterungen an den Lichtsignalanlagen und dem Verkehrsrechner erforderlich, die von der Stadt Ingolstadt getragen werden und die vom Freistaat Bayern außerhalb des Forschungsprojektes „Travolution“ mit GVFG-Mitteln zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Kommunen bezuschusst werden. DK

Altstandorte und Flächenrecycling:

Weg vom Negativimage!

Neue LfU-Studie: Fast 700 Hektar Fläche in Bayern saniert
650 Sanierungsfälle auf Altstandorten abgeschlossen

Sanierte Flächen früherer Industriestandorte sollen nach den Vorstellungen des Präsidenten des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU), Albert Göttle, stärker als bislang genutzt werden. Nach einer aktuellen Studie des LfU liegen mehr als drei Viertel dieser Flächen in bester zentraler Lage und haben eine gute Verkehrsanbindung. Zwischen der Nutzungsaufgabe und dem Beginn der Sanierung lagen aber rund ein Drittel der Flächen länger als fünf Jahre brach, bevor die Flächenentwicklung angegangen wurde.

Für Göttle ist dies ein Akzeptanzproblem: „Wir brauchen eine Neubewertung in den Köpfen und müssen weg vom Negativimage: sanierte Flächen eignen sich hervorragend zur Folgenutzung und verringern den Flächenfraß durch Wohn- und Ge-

werbegebiete auf der grünen Wiese.“ Die Studie hat alle den Behörden bekannten Sanierungen früherer Industriestandorte in den letzten 25 Jahren unter die Lupe genommen und für 87 Standorte die Folgenutzungen genau ausgewertet.

Für die erfolgreiche Umwandlung der Industriebrache in der Innenstadt wurde die Stadt vor fünf Jahren in einem Landeswettbewerb des Bayerischen Innenministeriums ausgezeichnet.

Wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit

Die Auswertung der registrierten Flächenrecyclingprojekte zusammen mit den Landratsämtern zeigt: Die Kosten der Altlastensanierung spielen bei einem Flächenrecyclingprojekt in Anbetracht der Gesamtkosten mit Neubebauung nur eine untergeordnete Rolle. Entscheidend ist das Negativimage, selbst wenn die Sanierung erfolgreich abgeschlossen wurde. Hemmnisse können durch eine gezielte Projektsteuerung bei der Sanierung und eine wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit bei der geplanten Nachnutzung abgebaut werden. Positivbeispiele aus ganz Bayern zeigen, wie früher industriell genutzte Flächen erfolgreich und sinnvoll recycelt werden können.

Gelungene Rückbauten

Dazu gehören das ehemalige Braunkohlekraftwerk in Schwan-

dorf, der frühere Postbetriebshof in Amberg, das ehemalige Traktorenwerk in Donauwörth sowie die Husqvarna-Meister-Werke in Schweinfurt, Kaliko in Bamberg, das Vierheilig-Gelände in Ingolstadt und schließlich das Projekt „Am Leonhardsberg“ in Nürnberg. Dort wurden nach der Einstellung des Schlachthofbetriebs von 1998 bis Mitte 2000 mit Ausnahme der beiden denkmalgeschützten administrativen Gebäude am Haupttor sowie des sog. Kief'schen Baus alle anderen Bauten abgebrochen. Die aus betrieblichen Gründen vorhandenen großen unterirdischen Kühlräume sowie ein umfangreiches Entwässerungsnetz (Verrohrung des historischen Landgrabens) wurden ebenfalls rückgebaut.

Das Schlachthofareal wurde in das Modellprogramm „Offensive Zukunft Bayern - Siedlungsmodelle“ aufgenommen, das zum Ziel hat, preiswertes, ökologisches und soziales Wohnen zu ermöglichen. Um die Umnutzung des Schlachthofareals zeitnah zu realisieren, schrieb die Stadt Nürnberg 1995 den „Städtebaulichen Ideen- und Realisierungswettbewerb Nürnberg - St. Leonhard“ aus.

Rahmenplan

Im Jahr 2000 wurde ein neuer städtebaulicher Rahmenplan erarbeitet. Ein vielfältiges Angebot kostengünstiger Miet- und Eigentumswohnungen bietet Raum für unterschiedlichste Wohnformen (Betreutes Wohnen, Mehrgenerationenwohnen, Alleinerziehende). Neben kleinen, den Wohneinheiten zugeordneten Freiräumen wurde ein zentraler öffentlicher Quartiersplatz angelegt. Die bestehende Altbausubstanz wurde saniert und wird nun für gemeinnützige Zwecke genutzt (Bibliothek, Kinderkulturzentrum), Einzelhandelsgeschäfte und Praxen entlang der Rothenburger Straße erweitern das Infrastrukturangebot.

Darlehen vom Freistaat

Zwischenzeitlich sind nahezu 20.000 m² Grün und Freiflächen angelegt, fast 55 Prozent aller Bauflächen sind bereits verkauft, 161 Wohnungen bezogen und zwei Parkhäuser fertig gestellt. Weitere 213 Wohnungen, Läden und Praxen sind derzeit im Bau.

Der Freistaat Bayern und die Stadt Nürnberg haben zur Umsetzung des Projekts die „Projektentwicklungsgesellschaft St. Leonhard Nord mbH“ errichtet.

Gemeindeeigene Hausmülldeponien:

Möglichkeiten zur finanziellen Entlastung

In einer Gemeinschaftsveranstaltung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, der Regierung der Oberpfalz, der Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH (GAB), dem Bayerischem Gemeindetag sowie dem Bayerischen Städtetag in Regensburg wurden die neuen gesetzlichen Möglichkeiten zur finanziellen Entlastung der kreisangehörigen Gemeinden bei der Erkundung und Sanierung von gemeindeeigenen Hausmülldeponien ausführlich dargestellt und diskutiert.

Hierzu konnte der oberpfälzische Regierungspräsident Dr. Wolfgang Kunert Bürgermeister, Entscheidungsträger der Gemeinden sowie Vertreter der Landratsämter und Wasserwirtschaftsämter begrüßen.

Dr. Waltraud Ellenrieder-Woratschek vom bayerischen Umweltministerium erläuterte den Kernpunkt des Gesetzes, nämlich die paritätische Finanzierung eines Unterstützungsfonds mit jährlich je 5 Mio. Euro von Freistaat Bayern und kreisangehörigen Gemeinden bei einer Laufzeit von zunächst fünf Jahren. In den kommenden fünf Jahren stehen somit 50 Mio. Euro bereit. Die jährlichen Fondsbeiträge des Freistaates Bayern stammen aus den aufgelaufenen Zinserträgen des Altlastensanierungsfonds. Die kreisangehörigen Gemeinden beteiligen sich durch eine Solidarumlage an der Finanzierung des Fonds. Im Falle einer Erkundung oder Sanierung trägt die betroffene Gemeinde zudem einen angemessenen Eigenanteil je Hausmülldeponie.

GAB-Geschäftsführer Dr. Thilo Hauck stellte dar, wie seine Gesellschaft künftig die anstehenden Aufgaben partnerschaftlich mit den Gemeinden angehen will. Zum „Ob und Wann“ der Erkundung und Sanierung gemeindeeigener Hausmülldeponien gaben wiederum Dr. Juliane Thimet vom Bayerischen Gemeindetag, der sich gemeinsam mit dem Städtetag für die Umsetzung der Fondslösung zur Finanzierung eingesetzt hatte, und Thomas Kostenbader vom Bayerischen Städtetag wichtige Informationen.

Derzeit gibt es rund 1.055 gemeindeeigene Hausmülldeponien mit der höchsten Prioritätsstufe. **DK**

Zur Finanzierung hat der Freistaat Bayern der Gesellschaft ein zinsgünstiges Darlehen gewährt. Die Stadt Nürnberg hat der Gesellschaft die Flächen des ehemaligen Schlachthofareals verkauft, wobei sich der Kaufpreis um den für die Altlastensanierung aufgewendeten Betrag reduziert. Für den Fall, dass nach Abwicklung der Gesellschaft keine Überschüsse erzielt werden, trägt die Gesellschaft einen Teil der Kosten. Voraussichtlich belaufen sich die Kosten für die Altlastensanierung auf gesamt 5,6 Mio. Euro.

5.400 Altstandorte

Dieses Beispiel zeigt, dass bausubstanzbedingte Kontaminationen kostenmäßig nur in den Griff gebracht werden können, wenn eine penible Vorerkundung und eine lückenlose Bauüberwachung erfolgen. Die Gewährung zinsgünstiger Darlehen kann die Chance zu einer neuen Nutzung einer Industriebrache, wie dem ehemaligen Schlachthofgelände in Nürnberg, eröffnen. **DK**

Das LfU wertete sämtliche registrierten Sanierungsprojekte ehemaliger Industriestandorte der vergangenen 25 Jahre in Bayern aus. Von insgesamt 650 abgeschlossenen Sanierungen wurden 570 Einzelfälle näher unter die Lupe genommen, mehr als die Hälfte davon in den Ballungsgebieten der großen Städte. Von der chemischen Reinigung im Wohnviertel, der aufgelassenen Tankstelle an der Hauptstraße bis zur Eisenhütte und großen Tanklagern reicht die Palette der Sanierungsprojekte. Insgesamt wurden dabei 700 Hektar Landesfläche saniert, das entspricht der Fläche von 900 Fußballfeldern. Über drei Millionen Tonnen Boden wurden dabei aufbereitet oder deponiert, mehr als 2.200 Tonnen organische und anorganische Schadstoffe nachweislich aus dem Boden, der Bodenluft und aus dem Grundwasser herausgeholt. In Bayern gibt es rund 5.400 Flächen ehemaliger Produktionsstandorte, sogenannte Altstandorte, mit einer Altlast oder einem Altlastenverdacht. **DK**

bvse Zahlen - Daten - Fakten

„Zahlen, Daten, Fakten“ aus der Recycling- und Entsorgungsbranche hat der Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. zusammengetragen und als Broschüre herausgegeben. Wer sich einen guten Überblick verschaffen will und einen schnellen Zugriff auf alle relevanten Daten benötigt, für den ist diese neue bvse-Broschüre eine gute Informationsquelle. Die Broschüre kann für 5 € erworben werden. Kontakt: info@bvse.de. **□**

Erfolgreiche Projekte

Vom Schlachthofgelände zum Stadtteilpark, von der Tubenfabrik zu hochwertigen Loftwohnungen. Auch das LfU selbst profitiert von einem erfolgreichen Flächenrecyclingprojekt: Auf dem Gelände der früheren Chemischen Fabrik Marktredwitz, einem der größten Altstandortfälle Bayerns, befindet sich nach abgeschlossener Sanierung seit 1999 das Kösseine-Einkaufszentrum - mit einer Dienststelle des LfU.

RGK Südost für flächendeckende Einführung der Biotonne in Bayern

Die Regionale Gütegemeinschaft Kompost Südost e.V. setzt sich seit längerem für die flächendeckende Einführung der Biotonne in Bayern ein. Erfreulicherweise unterstützt auch das StMUGV grundsätzlich diesen Weg, dennoch gibt es nach wie vor auch in Bayern noch Landkreise ohne die getrennte Erfassung von Bioabfällen.

Die Gründe für die getrennte Sammlung und Nutzung von Bioabfällen sind vielfältig und erschöpfen sich nicht in der schrittweisen Reduktion klimarelevanter Gase, wie sie etwa mit der EU-Deponierichtlinie verfolgt wird.

Kein „grüner Luxus“

Dieses Ziel kann auch durch eine mechanisch-biologische oder thermische Behandlung von Abfällen erreicht werden. Eine Getrenntsammlung von Bioabfällen ist dazu nicht erforderlich. Die getrennte Sammlung ist auch kein „grüner Luxus“ oder Selbstzweck. Die wesentlichen Ziele der Kreislaufwirtschaft von Bioabfällen können heute wie folgt benannt werden:

- Gewinnung von Humusdüngern,
- Rückführung von Pflanzennährstoffen und
- Gewinnung von Stoffen zur Torfsubstitution.

Defizite in der Humusbilanz

Steigende Defizite in der Humusbilanz landwirtschaftlicher Flächen, wie sie im intensiven Ackerbau bereits häufig gegeben und im Zuge der Förderung des Anbaus nachwachsender Rohstoffe zur energetischen Verwertung zunehmend zu erwarten sind, sind wichtige Gründe für eine gezielte Nutzung von Bioabfällen. Mit Gülle, deren Humusreproduktionsleistung im Vergleich zu Kompost nur 7-14 % beträgt, können Humusgehalte verarmter Böden nicht angehoben werden. Überschüsse an Gülle sind in punkto Humus wertlos. Humusmehrende Fruchtfolgen wären dagegen zwar wirksam. Sie sind betriebswirtschaftlich aber wenig attraktiv. Die getrennte Sammlung und kostenneutrale Nutzung von 10

Mio. Tonnen Bioabfällen als Humusdünger ist hier wahrlich kein Luxus oder Selbstzweck.

Phosphatmangel

Dies gilt auch für die Nutzung und Rückführung von Pflanzennährstoffen. Allen voran Phosphat. Allenfalls 90 Jahre kann man noch auf verfügbare Phosphatvorräte zurückgreifen. Über die getrennte Sammlung und Verwertung von Bioabfällen können rund 10 % der eingesetzten phosphathaltigen Mineraldüngemittel substituiert werden. Das ist nicht irrelevant wenn man bedenkt, dass dieser Nährstoff wegen seiner Knappheit die weltweite Nahrungsmittelproduktion mittel- bis langfristig absolut limitieren wird. Denn im Gegensatz zu fossilen Energieträgern, die u.a. durch Wasser, Wind und Sonne ersetzt werden können, ist Phosphat nicht substituierbar.

Verlust wertvoller Feuchtgebiete

In Punkto Torf sind die Importe in den vergangenen 10 Jahren um das 6-fache auf über 3 Mio. m³ pro Jahr gestiegen. Die Abtorfung intakter Hochmoore bedeutet dabei nicht nur den Verlust wertvoller Feuchtgebiete aus Sicht des Naturschutzes, sondern auch den Verlust einer funktionierenden CO₂-Senke, die wachsende Hochmoore tatsächlich sind. Statt CO₂ auf Dauer zu binden, führt die Abtorfung zu CO₂-Emissionen, weil der im Torf gebundene Kohlenstoff in Verlauf der Nutzung zum Großteil mineralisiert wird. Die mit Komposten aus der getrennten Sammlung mögliche Substitution von Torf in Höhe von rund 1,5 Mio. m³ würde so nicht nur die Importabhängigkeit von der Ressource Torf verringern, sondern auch

die Emission von rund 500.000 t CO₂ vermeiden.

Schließlich bleibt noch das Kostenargument: Eine aktuelle Studie der Humus- und Erdwirtschaft NRW hat ergeben, dass die getrennte Sammlung von Bioabfällen kostengünstiger als die gemeinsame Erfassung und Entsorgung mit dem Restabfall ist.

Für zwei Strukturen (ländliches und städtisches Entsorgungsgebiet) wurden klassische Entsorgungssituationen mit den für diese Gebiete typischen abfallwirtschaftlichen Randbedingungen definiert. Dabei wurden für die beiden untersuchten typischen Entsorgungsgebiete Einsparungen in Höhe von rund 14 % (ländliches Gebiet) bzw. 3 % (städtisches Gebiet) errechnet. **□**

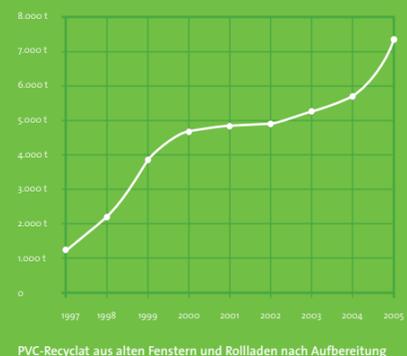
Heiße Kurven.



Die führenden deutschen Kunststofffenster-Profilhersteller arbeiten gemeinsam in der Initiative Rewindo für weniger Ressourcenverbrauch und mehr PVC-Recycling. Und das freiwillig und mit großem Erfolg. 2005 wurden mehr als 7.000 Tonnen reines PVC-Recyclat aus ausgebauten Fenstern und Rollläden zurückgewonnen. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft. Unterstützen Sie uns dabei.

www.rewindo.de/Infoline 0228. 921 28 30

Scharfe Kurven.





Treffen der vier fränkischen JU-Bezirksverbände in Neuendettelsau: Vordere Reihe v.l.: MdB Georg Fahrenschon, CSU-Bezirksvorsitzender Joachim Herrmann und Bezirkstagspräsident Richard Bartsch. Hintere Reihe die vier fränkischen JU-Bezirksvorsitzenden Steffen Vogel, Kathrin Gwosdek, Thorsten Fiedel und Richard Seidler. Foto: Peter Müller

Frankentreffen der Jungen Union gibt Impulse für die politische Ausrichtung der CSU:

Klare Werte - klarer Kurs, auch in der Kommunalpolitik

Neuendettelsau. Die Junge Union der vier fränkischen Bezirksverbände will aktiv daran mitwirken, dass sich die CSU im Zuge der laufenden Debatte um ein neues Grundsatzprogramm gleichzeitig grundsatztreu und modern ausrichtet. Auf der Grundlage klarer Wertvorstellungen sollen dabei die Herausforderungen der Zukunft vom demographischen Wandel über die Globalisierung bis hin zur künftigen Stellung der Kommunalpolitik sichtbar und Lösungen aufgezeigt werden.

In Plenumsdebatten und Arbeitskreisen beschäftigte sich die JU aus Ober-, Mittel- und Unterfranken sowie Nürnberg/Fürth/Schwabach bei ihrer gemeinsamen Klausur mit Politikern aller Ebenen und externen Fachleuten mit dem „C“ in der Politik, der wirtschaftlichen Belebung, der Bildungs- und Familienpolitik, und der Frage, ob Werte in der Politik heute wertlos seien.

Der Bezirksvorsitzende der

CSU-Mittelfranken, Joachim Herrmann, versicherte: „Das neue Grundsatzprogramm wird wertorientiert die Grundlagen beschreiben und dabei die Balance zwischen unterschiedlichen Sichtweisen und Interessen halten“. Für den Fraktionsvorsitzenden der CSU im Bayerischen Landtag müsse zuerst die eigene Position sauber definiert werden, um dar-

auf aufbauend Konzepte zur Umsetzung erarbeiten zu können.

Rückzug aus Detailfragen

So müssten die künftigen Aufgaben des Staates vor allem unter dem Gesichtspunkt des Rückzugs aus Detailfragen dargestellt werden. Deregulierung und Konzentration auf Wesentliches sei das Gebot der Stunde. Als entscheidend nannte Herrmann alle Fragen im Zusammenhang mit Bildung und Ausbildung „als Grundlage für Zukunftsperspektiven junger Menschen mit gleichwertigen Chancen“.

Grundsätzlich werde die CSU

VBS fordert umfassenden Wettbewerb in der Entsorgungswirtschaft:

Kritik an Konzept des „Citizen Value“

„Citizen Value - Dem Bürger verpflichtet“ - so ist das jüngste Strategiepapier des VKS im VKU überschrieben. So löblich die durch den Titel zum Ausdruck gebrachte Orientierung am Gemeinwohl sein mag, einige der darin enthaltenen Thesen und Forderungen stoßen zum Teil auf Widerspruch des Verbandes der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS), der die Interessen der privaten Entsorgungswirtschaft in Bayern vertritt.

Schwer nachvollziehbar sei z. B. die Behauptung des VKS, dass Marktmechanismen in der Entsorgungswirtschaft nicht funktionieren und bei Privatunternehmen Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit zwangsläufig auf der Strecke bleiben würden. Dabei sei die gut funktionierende Kreislaufwirtschaft in Deutschland erst durch das unternehmerische Risiko der Privaten und ihren Glauben an die Zukunft des Recyclings entstanden. Insbesondere die Verpackungsentsorgung durch Private wird als Erfolgsgeschichte und ein Beweis für die Leistungsfähigkeit der privaten Unternehmen, die in Deutschland in erster Linie für die Wiederverwertung von Rohstoffen zuständig sind, gewertet. Deren Arbeit sichere Deutschland die höchsten Wiederverwertungsquoten weltweit. Aber auch im Hausmüllbereich, der in weiten Teilen Bayerns durch private Entsorgungsunternehmen als Beauftragte übernommen wird, erledigen diese ihre Aufgaben seit Jahrzehnten zur vollsten Zufriedenheit ihrer Auftraggeber.

Kompletter Wettbewerb

Der VBS widerspricht auch der Forderung des VKS nach Übertragung der Zuständigkeit für alle hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle auf die Kommunen. Aus Sicht der privaten Entsorgungswirtschaft sollte der Gewerbeabfall stattdessen komplett dem Wettbewerb unterliegen,

nicht zuletzt auch weil die Abgrenzung von gewerblichen Beseitigungsabfällen und Verwertungsabfällen in der Praxis nur schwer möglich ist.

Anspruch auf optimales Preis-Leistungs-Verhältnis

Der Bürger habe Anspruch darauf, dass ihm für die von ihm gezahlten Gebühren ein optimales Preis-Leistungs-Verhältnis geboten wird. Es sei keineswegs so, dass per se kommunale Unternehmen dem Bürger einen besseren Service und günstigere Preise bieten. Vielmehr gelte auch hier die Feststellung Ludwig Erhards: „Der Markt ist der einzig demokratische Richter, den es überhaupt in der modernen Wirtschaft gibt.“

Faire Rahmenbedingungen

Dieser Wettbewerb müsse jedoch zu vernünftigen Bedingungen stattfinden. In der Schaffung fairer Rahmenbedingungen sieht der VBS die zentrale Aufgabe der öffentlichen Hand, da ansonsten die Gefahr bestehe, dass die Ausschreibungen zu Dumpingpreisen führen und mittelständischen Entsorgungsunternehmen zwischen Großkonzernen und kommunalen Unternehmen zerrieben werden. Bedenklich seien Tendenzen, dass auch in Bayern Landkreise dazu übergingen, ihre Entsorgungsleistungen zu bündeln um dadurch vermeintliche Synergieeffekte im Kostenbereich zu erzielen. Diese

die Ausgewogenheit zwischen wirtschaftlicher Kompetenz und Solidarität mit den Schwachen formulieren, aber auch die Notwendigkeit von Reformen beschreiben. Joachim Herrmann: „Wir müssen den Menschen aufzeigen, dass Reformen keine Demontage des Sozialstaats darstellen, sondern zur Zukunftssicherung notwendig sind“. JU-Landesvorsitzender und Europaabgeordneter Manfred Weber forderte in der Diskussion dazu auf, „soziale Gerechtigkeit nicht auf Besitzstandswahrung zu verwechseln“.

Solide Finanzen

Dass Bayern künftig ohne neue Schulden auskommen will, wurde allgemein als vorbildlich bezeichnet. Zahlreiche Diskussionsbeiträge nannten das Begrenzen staatlicher Verschuldung einen „Wert an sich“, weil es eine grundsätzliche Frage sei, die kommenden Generationen nicht jeglicher Gestaltungsmöglichkeit zu berauben.

Demokratieproblem Verschuldung

Bundestagsabgeordneter Georg Fahrenschon sah in übermäßiger staatlicher Verschuldung sogar ein Demokratieproblem, weil dadurch politische Entscheidungsspielräume genommen würden. Das gelte für alle politischen Ebenen.

Der stellvertretende Vorsitzende der CSU-Grundsatzkommission konstatierte ein steigendes Interesse der Menschen an grundsätzlichen Fragen der Politik. Das neue Grundsatzprogramm böte eine Chance zur Abgrenzung gerade auch in einer Großen Koalition, aber auch zur Darstellung der „CSU-Politik aus einem Guss“ anstelle oft festzustellender Beliebigkeit bei

Stadt Neu-Ulm trauert um Dr. Peter Biebl

Im Alter von 69 Jahren ist der frühere Oberbürgermeister der Stadt Neu-Ulm, Dr. Peter Biebl, verstorben. Er lenkte von 1977 bis 1995 die Geschicke seiner Heimatstadt „Mit Dr. Biebl verlieren wir eine herausragende Persönlichkeit. Er hat sich mit Leib und Seele für diese Stadt eingesetzt“, würdigte ihn Oberbürgermeister Gerold Noerenberg.

Mit seinem Wahlsieg am 19. Juni 1977 läutete der damals 40-Jährige eine neue politische Ära im Rathaus Neu-Ulm ein, das bis heute ununterbrochen in CSU-Hand geblieben ist.

Der Beginn seiner Amtszeit war geprägt von der schwierigen Aufgabe, die von 1972 bis 1977 eingemeindeten acht Stadtteile zu integrieren. Ein Wir-Gefühl musste in nunmehr 13 Stadtteilen für eine homogene und geeinte Gesamtstadt entstehen.

Biebl war stärkster Befürworter für die städteübergreifende Landesgartenschau 1980. Auch die gemeinsamen Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm wurden gegründet. Biebl initiierte Sanierungsprojekte der Innenstadt. Seine Handschrift tragen zahlreiche kulturelle und sportliche Projekte. Auch die drei Städtepartnerschaften hat er immer gepflegt.

In den letzten fünf Jahren seiner Amtszeit stellte Biebl historische Weichen für die weitere Stadtentwicklung. Man erwarb immense US-Areale. Zudem wurde Neu-Ulm Hochschulstandort. Im Mittelpunkt seiner Arbeit stand jedoch immer der Mensch. Für alle Bürgerinnen und Bürger jederzeit da zu sein und ein offenes Ohr für ihre Anliegen zu haben, charakterisierte Biebls Selbstverständnis vom Amt als Oberbürgermeister. □

anderen und so genannten „freien“ Gruppierungen: „Die CSU als Volkspartei hat eine ganz andere Ausrichtung als reine Klientel- oder Regionalparteien“.

Grundsätze und Interessenlagen

So sei es auch in der Kommunalpolitik wichtig, den Bürgerinnen und Bürgern generelle Leitlinien aufzuzeigen. Auch wenn es immer wieder heißt, es gebe „keine roten, schwarzen oder farblosen Kindergärten“, so wisse bei der CSU dennoch jede Wählerin und jeder Wähler, welche grundsätzliche Richtung vertreten werde.

Stellung der Kommunen

Im Zuge der Föderalismusreform wurde seitens der Jungen Union auch die künftige Stellung der Kommunen hinterfragt. Für Joachim Herrmann, Georg Fahrenschon und Bezirkstagspräsident Richard Bartsch bildeten die Kommunen das entscheidende Fundament zur politischen Organisation menschlichen Zusammenlebens und sie zeigten sich davon überzeugt, dass gerade durch die Belebung von Föderalismus und Subsidiarität die Kommunen noch gestärkt würden.

Nicht unter den Tisch gekehrt wurden bei der Jungen Union die unterschiedlichen kommunalen Interessenlagen bei Clusterbildungen, Förder- und Metropolregionen. Es wurde dabei aber auch deutlich, dass ein gesunder Wettbewerb der Kommunen so lange nicht schade, wie in vernünftigen Gesprächen die Unterscheidung zwischen eigenen und gemeinsamen Interessen erfolge.

Mut zur Zivilcourage

Um sich gegen oft nur kurzfristige Zeitgeistströmungen den Blick für das Ganze und Notwendige nicht verstellen zu lassen, sei bei allen Zukunftsfragen „Mut zur politischen Zivilcourage“ erforderlich, so der ehemalige Bundesminister Carl-Dieter Spranger. In Übereinstimmung mit allen Diskussionspartnern meinte Bundestagsabgeordneter Norbert Geis, dass Politik verlässlich und berechenbar sein müsse.

Weitere Diskussionen

Nicht nur „im eigenen Saft“ will die Junge Union in Franken unter Führung der vier Bezirksvorsitzenden Kathrin Gwosdek, Richard Seidler, Steffen Vogel und Thorsten Fiedel das Besprochene vertiefen: „Wir wollen mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Heimat an einem Konzept mitarbeiten, welches die Zukunftschancen der jungen Ge-

neration aufzeigt und Mut zur politischen Mitwirkung gibt - mit klaren Werten und klarem Kurs“.

pmw

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scheriele (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen

Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 40 vom 01.01.2006

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Tagung der Senioren-Union / Bezirksverband Schwaben in Königsbrunn:

Gründung von Ortsvereinen als vordringliche Aufgabe

Sozialministerin Christa Stewens hielt Hauptreferat

Königsbrunn (gri). Etwa 775 Mitglieder zählt der Bezirksverband Schwaben der Senioren-Union der CSU, sagte Vorsitzender Günter Würmseher bei der diesjährigen Jahreshauptversammlung (JHV) im Hotel Zeller in Königsbrunn, Landkreis Augsburg. Etwa 50 Mitglieder waren schwabenweit zur JHV erschienen, bei der die bayerische Sozialministerin Christa Stewens das Hauptreferat hielt.

Nach einem kurzen Informationspart von Gerd Langen über eine ausgewogene Finanzlage des Verbandes gab der seit Mai 2005 amtierende Bezirksvorsitzende Günter Würmseher Auskunft über die bisherige Verbandstätigkeit. Eine besondere Dankadresse galt dabei dem Ehrenvorsitzenden Erich Schweiger

weiter. Es müsse auch, so der Vorsitzende, dem Seniorenverband der gleiche Stellenwert zuerkannt werden wie der Frauenunion oder der Jungen Union.

Partei muss mehr auf die Basis hören

Der Ortsverbandsvorsitzende

gehöre. Ihrer Aussage zufolge zählt der KV-Augsburg derzeit 110 Mitglieder. Auch hier fehlen noch vielerorts die Ortsverbände. Zum Schluss seiner Ausführungen hielt der Bezirksvorsitzende noch ein Kurzreferat über „Gemeinden ohne Menschen - eine demographische Herausforderung.“

Volk ohne Zukunft

Die bayerische Staatsministerin für Familie, Soziales und Gesundheit, Christa Stewens, meinte vor den Senioren, dass es ein großes Glück sei, in der Ehe, gemeinsam mit den Enkeln, alt zu werden. Leider leben wir aber in keiner kinderfreundlichen Gesellschaft. Sie meinte dazu: „Ein Volk ohne Kinder - ist ein Volk ohne Zukunft!“ In der Änderung unserer kinderentwöhnten Gesellschaft liege auch für den Freistaat Bayern eine große Herausforderung.

Ambulant vor Stationär

Zur Altenpflege war zu hören, dass die ambulante Pflege, hierzu werden vorwiegend finanzielle Gründe angegeben, dem stationären Aufenthalt immer mehr vorgezogen werde. Der größte Teil der älteren Leute, so die Ministerin, will zu Hause alt werden und dort auch menschenwürdig sterben. Dazu müsse aber die Pflegeversicherung umgestaltet werden. Auch müssen dabei die Prioritäten neu definiert und richtig gesetzt werden. Dazu gehöre aber auch, das Ansteigen der Demenzerkrankungen mehr zu gewichten.

Förderprogramme „50 plus“

Die Ministerin wies auch auf die bayerischen Förderprogramme „50 plus“ hin, sagte, dass nur Bayern neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen habe. Zu dem Fortkommen im Alter meinte sie, dass eine Absenkung des Rentenniveaus unvermeidbar sein.

Gesundheitsreform

Breiten Raum widmete die Ministerin der Gesundheitsreform. Entgegen dem Vorhaben der Bundesregierung müssen die privaten Krankenkassen weiterhin Bestand haben. Auch die freie Arztwahl muss erhalten bleiben. Um die Allgemeinärzte auf dem Lande zu halten, müssen Anreize geschaffen werden, um so der Überversorgung in den Städten entgegenzuwirken. Auch plädierte die Ministerin dafür, dass auch die Fachärzte weiterhin in der Fläche verbleiben. Wörtlich hieß es: „Wir von der Union wollen, dass alle Menschen den notwendigen Zugang zu allen medizinischen Möglichkeiten haben!“

Modelle reformieren

Christa Stewens sagte auch, dass alle Sozialhilfeempfänger krankensichert sind. Auch müssen die erstarrten Ausschreibungsmodelle zur Beschaffung von Hilfsmitteln reformiert werden. Zu der Zahl der gesetzlichen Krankenkassen meinte die Ministerin, dass die Anzahl reduziert und sich bei etwa 100 einpendeln wird. An den hochaktuellen Vortrag schloss sich eine lange Aussprache an.



Von links: Therese Wicha, Vorsitzende des Kreisverbandes (KV) Augsburg, Winfried Meyer, Vorsitzender des KV Mering, davor Erich Schweiger, Bezirksehrenvorsitzender, Staatsministerin Christa Stewens, Klaus Kahlert, Vorsitzender des KV Ostallgäu, Bezirksvorsitzender Günter Würmseher und Beisitzerin Karin Weigl. Bild: Grimmeiß

ger aus Steppach, der den Bezirksverband 1995 gegründet und zehn Jahre erfolgreich geführt hatte.

Bedeutendes Wählerpotential

Als Hauptaufgabe des Verbandes stellte Versammlungsleiter Günter Würmseher heraus, dass die Gründung von Ortsverbänden enorm wichtig sei. Auch viele Städte in Schwaben hinken diesbezüglich hinterher. Leider werde auch von der Partei die Senioren-Union CSU nicht sonderlich ernst genommen. Dabei stellten die Senioren doch ein bedeutendes Wählerpotential dar, hieß es

von Mering, Winfried Meyer, meinte zur Mitgliederwerbung, dass man nicht unbedingt der CSU angehören müsse, um Mitglied bei der Senioren-Union werden zu können. Ein Mitglied aus dem Kreisverband Donau-Ries meinte, dass die Partei mehr auf die Basis hören müsse, denn sie bringe eine Menge Erfahrung ein aus Kommunalpolitik und Vereinstätigkeiten.

Demographische Herausforderung

Die seit 2005 amtierende Vorsitzende des KV-Augsburg, Therese Wicha meinte, dass in jedem Gemeinderat ein Sprecher von der Senioren-Union

700 Jahre Markt Bruck

Für Fürstfeldbruck ist heuer ein besonderes Jahr. 1306 wurde Bruck in einer Urkunde zum ersten Mal als Markt erwähnt. Die Brüder Heinrich und Watt von Gegenpoint haben damals ihren Besitz geteilt: „Ich Heinrich von Gegenpiund tun kunt allen denen die disen brief sehent, lesent oder hörent...“ - so beginnt die Urkunde, die sich heute im Bayerischen Hauptstaatsarchiv befindet.

Und einige Zeilen später heißt es: „danach so haben wir getauscht den margt daz prugg...“ Auf dieser Urkunde beruht also das Jubiläumsjahr, sie bildet deshalb auch den „Hintergrund“ auf der Titelseite der Jubiläumsbroschüre. Die Brücke über die Amper hat dem Ort den Namen gegeben, das Zisterzienserkloster Fürstfeld hat von der Gründung 1263 durch Herzog Ludwig den Strengen bis zur Aufhebung 1803 die Geschichte Brucks wesentlich bestimmt. Im Namen Fürstfeldbruck, der 1908 amtlich eingeführt wurde, aber schon lange vorher gebräuchlich war, leben beide Traditionen - die des Klosters und die des Marktes und seiner Bürger - weiter bis in unsere Gegenwart.

2006 ist aber auch das Jahr, in dem die Stadt zur großen Kreisstadt erhoben wurde. Was liegt näher, als sich aus einem solchen Anlass auch mit der Geschichte zu beschäftigen, denn Gegenwart hat nur mit Vergangenheit eine Zukunft. Ein Stadtführer ist erschienen, Tafeln zur Geschichte von Bruck wurden an zentralen Stellen aufgestellt, es gab und gibt Ausstellungen, Vorträge, Konzerte und vieles mehr - kundgetan „allen denen die disen brief sehent, lesent oder hörent...“

Vom 30. September bis 3. Oktober werden unter dem Motto „10 Jahre in Fürstfeld“ Tavernenwirte, Krämer, Handwerksmeister und etliche Vaganten „aus all teutsch Landen“ zusammenkommen, um den Besuchern ein unvergessliches Fest der Sinnenfreuden zu bereiten. Mit über 140 Handwerkern, Händlern und Spielern gehört der mittelalterliche Markt zu den größten reisenden Kulturspektakeln Europas. Zum Brucker Jubiläum ist auch ein Zug in die Stadt geplant. □

Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Wunderbar, wenn nicht mehr das Chaos regiert, sondern wieder Ordnung waltet, wenn wieder feststeht, was falsch und was richtig ist.“ Mein Chef, der Bürgermeister, wurde poetisch-ironisch, als er für sich persönlich das Jubiläum „Einen Monat neuere Rechtschreibung“ beging.

Wir hatten ja alle sehnsüchtig-gespannt darauf gewartet, dass nach der alten und der neuen nunmehr ab 1. August 2006 die reformierte Reform-Rechtschreibung endlich verbindlich werde. Seither darfe eine Politikerin wie Fanny Bacher als viel versprechend und eine wie Claudia Elfer als vielversprechend charakterisiert werden, ohne dass man in Angst vor dem roten Korrekturstift eines pensionierten Deutschlehrers leben müsste.

Naja, so richtig wohl fühlt man sich als deutscher Sprachanwender ja denn doch nicht. Wir

Rufen hätte die Masse der Sprachanwender die Macht, selbst zu definieren, was falsch und was richtig ist. Einfach, indem sich die Schreibweisen, die dem Sprachempfinden entsprechen, nach den ewigen Gesetzen der Evolution durchsetzen. Oder wird das Autokorrekturprogramm im Computer der neue Sprachdiktator?

Unsere deutsche Sprache ist doch wandlungsfähig und in der novativ. Schließlich nehmen wir ja immer wieder tolle Wörter in unseren sprachlichen Schoß auf. Ein gutes Beispiel dafür ist das Wort „chillen“, das ich - Kleinstadtluhn das ich nun einmal bin - vor einem Vierteljahr noch gar nicht kannte. Es muss aber schon ein etabliertes und raffiniertes Wort sein, denn wie käme sonst einer der Lordsiegelbewahrer der deutschen Sprache, eine ehrwürdige Qualitätszeitung aus dem großen Frankfurt dazu, das „chillige Dahinrollen“ auf einem Hollandrad zu rühmen?

Auch die knochenharten Anwälte einer bedeutenden Internet-Suchmaschine werden sich wohl der vox populi geschlagen geben müssen, wenn sie neuerdings Verlage ansprechen und verlangen, dass das Verb „googlen“ nicht mehr verwendet werden darf, sondern diese spezielle Art der Internet-Recherche künftig „eine Google-Suche starten“ heißen soll. Ja, wie soll ich den herausbekommen, was „chillen“ bedeutet, wenn ich nicht mehr „googlen“ darf? Aber Scherz beiseite, ein kleiner Tipp für die Cops von der Sprachpolizei: Sie könnten mal bei einem bestimmten deutschen Unternehmen nachfragen, wie viele Werbe-Millionen es bisher gespart hat, weil Papiertaschentücher bei uns schlicht „Tempo“ heißen!

Mein Chef, der Bürgermeister, ist ein konservativer Mensch, der statt chillen weiterhin ausruhen sagen, das googlen mir überlassen und so schreiben wird, wie es ihm sein Gefühl sagt. Auch wenn er es sicher nie so toll treiben würde wie Mark Twain auf dem heutigen Kalenderblatt: „Mir tut jeder Mensch leid, der nicht genug Phantasie hat, ein Wort mal so und mal so zu schreiben.“

the Sabrina

Der Duden-Nutzer hat die Auswahl

in den Behörden kennen ja den Link zum überarbeiteten Regelwerk für die deutsche Sprache und sicher hat es sich kaum ein Mitarbeiter im Rathaus entgehen lassen, die 104 Seiten gründlich durchzuarbeiten. Und die Schüler lernen jetzt in der Schule die neuen Regeln. Für manche sind es jetzt drei verschiedene Arten der verbindlichen Schreibung, die sie nacheinander als richtig anzusehen hatten. Ob es dafür einen PISA-Bonus gibt?

Aber was macht der vielzitierte (alt.: viel zitierte) „Mann auf der Straße“? Ganz früher zog Otto Normalverbraucher den „Duden“ zu Rate. Im Zeitalter aufbrechender Monopole konnte er dann nicht nur den Telefonanbieter und den Stromlieferanten, sondern auch das Wörterbuch wechseln und sich alternativ dem „Wahrig“ anvertrauen. Und jetzt? Dem „Duden“ wird vorgeworfen, gleichsam guerillamäßig durch eine Vielzahl von Empfehlungen die Reform der Reformer wieder reformieren zu wollen. Der „Wahrig“ gibt auch Empfehlungen, die aber manch andere nicht als das Wahre empfinden. Und der Nutzer hat das, was er noch nie hatte: Die Auswahl.

Ja: 17 Jahre nach den „Wir sind das Volk“-

Landkreisübergreifendes Konzept für Wirtschaftsförderung

Minister Erwin Huber informierte sich über Zusammenarbeit der Landkreise Altötting und Mühldorf

Vor knapp einem Jahr haben die beiden Landkreise Altötting und Mühldorf eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, die jetzt mit einer gemeinsamen Datenbank zur Wirtschaftsförderung eine weitere Umsetzung erfährt. „Unternehmen denken und handeln nicht landkreisbezogen“ betonten Ulla Stadler und Monika Bachinger, Wirtschaftsförderinnen an den Landratsämtern Altötting und Mühldorf, „deswegen sollten unsere Aktivitäten immer einen regionalen Bezug haben. Nur so können wir Wertschöpfungsketten in der Region ganzheitlich betrachten.“

Die gemeinsame Datenbank der Landkreise beinhaltet ca. 8.000 Datensätze von Unternehmen. Sie dient zur individuellen Betreuung und Ansprache von Betrieben z.B. wenn es um die Information zu staatlichen Förderprogrammen oder die Vermittlung von Kooperationspartnern geht. Integraler Bestandteil ist deshalb auch eine Unternehmensbörse, die wie ein Branchenbuch funktioniert und in die sich jedes Unternehmen selbst eintragen kann. „Dieser kostenlose Service für unsere Unternehmen ist unser sehr wichtig. Wir können nur dazu aufrufen, dass möglichst alle Betriebe die Unternehmensbörse nutzen“, so Stefan Jetz, stellvertretender Landrat des Landkreises Altötting.

Der Landkreis Mühldorf a. Inn hat die Einführung des neuen EDV-Systems außerdem dazu genutzt, ein Wirtschaftsportal für Investoren und Unternehmen aufzusetzen. Darin finden bestehende Betriebe nützliche Hinweise zu den Themen Ausbildung, Modernisierung und Erweiterung, Internationalisierung, Kooperationen sowie Exi-

stanzgründung. Investoren werden über alle verfügbaren Gewerbeflächen informiert. „In unserem Wirtschaftsportal werden alle wirtschaftsrelevanten Informationen übersichtlich und aktuell gebündelt. Das ist für die Investorenwerbung und professionelle Betreuung ansässiger Unternehmen ein großer Gewinn“ erklärte Landrat Georg Huber. Damit ist er einer Meinung mit Wirtschaftsminister Erwin Huber, der die Kostenersparnis aufgrund der gemeinsamen IT-Struktur der beiden Landkreise lobend hervorhob.

Hohe Dynamik

Der Minister machte deutlich, dass die wirtschaftliche Dynamik im Osten Münchens überdurchschnittlich ist. Der südostbayerische Raum habe damit eine vielversprechende wirtschaftliche Zukunft. Er unterstrich die Partnerschaft des Wirtschaftsministeriums, das den Raum in der Standortwerbung für Bayern aufgenommen habe. Auch die Cluster-Offensive der Bayerischen Staatsregie-

rung solle die Innovationsfähigkeit von Unternehmen gerade im ländlichen Raum stärken. „Die Vernetzung dieser Unternehmen ist eminent wichtig, da eigene Forschung für mittelständische Firmen häufig nicht zu finanzieren ist und sie nur im Verbund am Technologietransfer teilnehmen können“ so Erwin Huber. Alle Firmen der Region seien eingeladen, sich an der Cluster-Offensive zu beteiligen.

Das Wirtschaftsportal des Landkreises enthält Informationen zur bayerischen Clusterstrategie und kann unter www.chancen-im-osten-von-muenchen.de im Internet abgerufen werden. DK

Schrobenhausen:

Stephan setzt sich durch

Karlheinz Stephan (CSU) ist in einer Stichwahl im oberbayerischen Schrobenhausen mit 54,7 Prozent der Stimmen zum neuen Bürgermeister gewählt worden. Sein Konkurrent Werner Lemal, der Kandidat der Freien Wähler, erreichte 45,3 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag laut Wahlleiter ungewöhnlich niedrig. Von den über 12.000 wahlberechtigten Schrobenhausenern gaben nur 47,5 Prozent ihre Stimme ab. DK

Beitrag der Günzburger KPV zum CSU-Grundsatzprogramm

1945 startete die CSU mit „zehn“ Grundsätzen. Das Grundsatzprogramm von 1946 bestand dann bereits aus „dreißig“ Punkten. Obwohl die folgenden Programme immer umfassender wurden, blieb den kommunalen Interessen bisher eine eigene Betrachtung bzw. ausreichende Berücksichtigung versagt - so die führenden Vorstände in der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CSU im Landkreis Günzburg im Vorspann ihres Beitrages zum neuen CSU-Grundsatzprogramm.

Dabei ist insbesondere eine Stärkung des ländlichen Raumes dringend erforderlich, fordert der KPV-Kreisvorsitzende Hans Josas. Aufgrund der demografischen Entwicklung werden hier leider massivste Auswirkungen z. B. auf die Lebensqualität erfolgen. Verwiesen wird dabei auf das Beschlusspapier „Zukunft des ländlichen Raumes - den Wandel aktiv gestalten“ der CSU Schwaben. Der Bezirksparteitag fand dazu im Juli in Burtenbach statt.

Kommunalfinanzierung

Für Landrat Hubert Hafner und den Fraktionsvorsitzenden im Kreistag, Offingens Bürgermeister Alois Brunhuber, geht es um die Glaubwürdigkeit, dass auf

landes-, bundes- und europäischer Ebene auch die kommunalen Interessen entsprechend beachtet und vertreten werden. Nach Meinung des KPV-Kreisverbandes Günzburg muss die CSU sich für eine verlässliche Kommunalfinanzierung einsetzen. Landrat Hafner fordert direkte bzw. eigene Steuereinnahmen für die Landkreise. Lieber weniger Programme auflagen und den Kommunen das Geld belassen. Der Staat sollte dazu seine Zuschusszusagen auch einhalten und zeitnah auszahlen.

Für Balzhausens Bürgermeister Gerhard Glogger (stv. KPV-Kreisvorsitzender) wird die Gewerbesteuer immer ungerechter. Seine Alternative: Ausbau der Beteiligung an der Umsatzsteuer.

Eine bessere Grundfinanzierung kleinerer Gemeinden, Städte und ländlicher Flächenlandkreise zur Erfüllung des Aufgabenspektrums garantieren, das ist der Wunsch von Bibertals Bürgermeister Robert Strobel. Die bisher auf Einwohnerzahlen basierenden Systeme in der Finanzierung von Infrastruktur müssen durch den Faktor „Fläche“ ergänzt werden, ebenso sind die gleichen Bagatellgrenzen bei staatlichen Förderungen in der Anwendung bei Stadt - Land in der Praxis ungerecht.

Bürokratieabbau

Günzburgs CSU-Kommunalpolitiker fordern auch endlich konkrete Aussagen zum Bürokratieabbau. Robert Strobel stellt die Überprüfung von Standards z.B. im Sozialbereich und bei den Feuerwehren in den Raum. Den Interessensvertretungen der Verbände und Wirtschaft müsse Einhalt geboten werden. Wir brauchen auch bezahlbare soziale Einrichtungen. Leistungsangebote wären anzupassen. Alois Brunhuber brachte hier die Delegation von Verantwortung im Bereich von Sozialleistungen an die Basis ins Gespräch: „Keine Abwicklung in der Anonymität: Die Gesetze werden vom fernen Bund oder Land erlassen, ein Sachbear-

beiter wickelt dann ab. Warum den Kommunen vor Ort nicht mehr Mitentscheidungskompetenz einräumen?“ Mehr Flexibilität, so die Forderung von Brunhuber.

Sorge um Infrastruktur

Ichenhausens Bürgermeister Hans Klement (stv. KPV-Kreisvorsitzender) sorgt sich um die Sicherung der Infrastruktur im ländlichen Bereich. Nach seiner Meinung brauchen wir gleichberechtigte und gleichwertige Entwicklung von städtischen Ballungsgebieten und den ländlichen Räumen. Dazu zählt der Ausbau der Verkehrswege und der Beibehaltung eines attraktiven Schulangebotes auch auf dem Land. Für Günzburgs CSU-Ortsvorsitzende Stephanie Denzler darf die Deutsche Telekom wie auch die Deutsche Post den ländlichen Raum nicht vernachlässigen und sich nur auf Ballungszentren konzentrieren. Tausende Gemeinden sind z.B. ohne DSL-Anschluss. Einhalt muss auch der Zersiedlung der Landschaft geboten werden. Alois Brunhuber schlägt hier eine Überprüfung der sog. „privilegierten“ Vorhaben vor. Die Günzburger Anregungen wurden zwischenzeitlich als Forumsbeitrag zum CSU-Grundsatzprogramm unter der Rubrik „Kommunalpolitik“ auf der Homepage www.csu.de zur allgemeinen Diskussion gestellt.

Die GZ wird noch gesondert über das CSU-Grundsatzprogramm berichten. □

Integration ausländischer Mitbürger:

Erste Schritte im Nürnberger Land

Wie kann im Landkreis Nürnberger Land die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger verbessert werden? Welche Angebote gibt es bereits? Wie können Migrantinnen und Migranten ermutigt werden, an der deutschen Gesellschaft Teil zu haben? Mit diesem Themenkomplex rund um Migration und Integration befasste sich die zweite Integrationskonferenz im Landkreis Nürnberger Land.

„Erfolgreiche Integration bedeutet Identifikation, Teilhabe und Verantwortung. Dafür sind Anstrengungen zum einen des Staates, zum anderen der bürgerschaftlichen Gesellschaft und zum dritten der Migranten und Migrantinnen selbst notwendig“, betonte Landrat Helmut Reich. Dies sei kein einfach zu lösendes Problem und bedeute einen langwierigen Prozess.

Beratung aufgenommen

Erste Schritte wurden bereits zurückgelegt: So hat Gerald Schnell vom Internationalen Bund (Fürth) die Beratung in den Räumen des Ökumenischen Vereins für Flüchtlinge und Asylsuchende in Hersbruck aufgenommen. Er steht Migranten zehn Stunden pro Woche zur Verfügung und besucht darüber hinaus regelmäßig die Integrationskurse im Landkreis. Seine Kollegin Johanna Polak wird voraussichtlich noch im September in Röthenbach ihre Bera-

tungstätigkeit - ebenfalls mit zehn Wochenstunden - aufnehmen.

Bei der Volkshochschule Unteres Pegnitztal wurde bereits ein Integrationskurs abgeschlossen, die Volkshochschule Schwarzaachtal wird im Herbst mit den ersten Kursen beginnen. Unter Umständen kann in Lauf erstmals ein Mutter-Kind-Kurs angeboten werden. Die Ausländerbehörde wird künftig verstärkt auf das weitere Angebot der Volkshochschulen, insbesondere auf „Vorkurse“ zum Integrationskurs, hinweisen.

Bei der ersten Konferenz Anfang Mai wurden in einer Bestandsaufnahme die bereits vorhandenen Angebote und Anlaufstellen für Migrantinnen und Migranten zusammengefasst. Auf der Homepage des Landratsamts sollen alle Beratungsstellen und weitere beteiligte Institutionen mit einer kurzen Aufgabenbeschreibung aufgelistet und auf ihre jeweiligen Webseiten verlinkt werden. DK

Vorschau auf GZ 18

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 18, die am 21. September erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV - Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Dienstleistungen für Kommunen
- Kommunale Büchereien

LIEFERANTEN-



NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
9 6 4 0 6 COBURG
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 0 71 95 / 69 33 00 · Fax 0 71 95 / 69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
9 6 4 0 6 COBURG
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Fahnenmasten/Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen



Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

FUNERALIA GmbH · 97078 Würzburg
☎ 0931/29903-0 · Fax 0931/29903-15
e-Mail: funeralia@t-online.de · www.funeralia.de

Kehrmaschinen, selbstaufnehmende

SCHMIDT
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D-79837 St. Blasien/Schwarzwald
Tel. 07672 / 412-0 · Fax 07672 / 412230

Kindergarteneinrichtungen

ēibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 · Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Masten

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
9 6 4 0 6 COBURG
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Papierkörbe

der Umwelt zuliebe
IUT INDUSTRIE- UND UMWELTECHNIK
EIN GESCHÄFTSBEREICH DER HYDROTEC TECHNOLOGIES AG
Düngstruper Straße 46 · 27793 Wildeshausen
Telefon: +49 (0) 44 31 / 93 55 49 · Telefax: +49 (0) 44 31 / 93 55 88
E-Mail: info@iut-umwelttechnik.de · www.iut-umwelttechnik.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773) 82218 · Telefon: (02773) 82256 + 82224

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen

KOMPAN
Playful Living
KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 · 24941 Flensburg
Tel.: +49 461 77306-0 · Fax: +49 461 77306-35
E-Mail: kompan.gmbh@kompan.com
www.kompan.com

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

ēibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 · Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

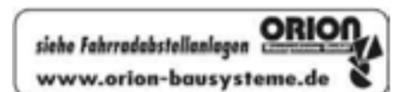
BENZ
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner
Kommunal- und Winterdienst-Technik
W. Gmeiner GmbH & Co. KG
Bgm.-Knoll-Straße 26 · D-92245 Kümmerbruck/Amberg
Tel.: ++49 (0) 9621 / 7685-0 · Fax ++49 (0) 9621 / 7685-49
E-Mail: info@gmeiner-online.de · www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen



Wassermähler

HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT
HYDROMETER GmbH · Industriestraße 13 · 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/18 06 - 601 · Fax: 09 81/18 06 - 615
www.hydrrometer.de

Weihnachtsbeleuchtung

dekoration + werbung
vertragshandel für **Jelitto Star**
weihnachtsbeleuchtung + fest-illuminationen
postfach 1141
90519 oberasbach
ruf nürnberg 09 11 / 69 39 65
telefax 09 11 / 69 59 63
email: deko-jochum@t-online.de
internet: www.deko-jochum.de

Winterdienst · Schneeräumgeräte · Streumaschinen

SCHMIDT
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D-79837 St. Blasien/Schwarzwald
Tel. 07672 / 412-0 · Fax 07672 / 412230

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de